



79. Sitzung

Freitag, den 29.03.2019

Mainz  
in der Steinhalle des Landesmuseums

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i> . . . . .	5092	– Drucksache <a href="#">17/8619</a> – . . . . .	5110
<b>AKTUELLE DEBATTE</b> . . . . .	5092	Abg. Marion Schneid, CDU: . . . . .	5110
<b>Marktwirtschaft in Rheinland-Pfalz stärken – Alternativen zur Nationalen Industriestrategie 2030</b> auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache <a href="#">17/8708</a> – . . . . .	5092	Abg. Johannes Klomann, SPD: . . . . .	5111, 5116
Abg. Steven Wink, FDP: . . . . .	5092, 5098	Abg. Martin Louis Schmidt, AfD: . . . . .	5112, 5117
Abg. Dr. Anna Köbberling, SPD: . . . . .	5093, 5098	Abg. Helga Lerch, FDP: . . . . .	5113
Abg. Gabriele Wieland, CDU: . . . . .	5094, 5099	Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5114, 5117
Abg. Matthias Joa, AfD: . . . . .	5095, 5099	Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: . . . . .	5115
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5096	Abg. Martin Brandl, CDU: . . . . .	5116
Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau: . . . . .	5097	<i>Die Aktuelle Debatte wird dreigeteilt.</i> . . . . .	5118
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5100	<i>Jeweils Aussprache gemäß § 101 GOLT.</i> . . . . .	5118
<b>Klimaschutz konsequent voranbringen – der jungen Generation eine Zukunft geben</b> auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache <a href="#">17/8701</a> – . . . . .	5100	<b>Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes</b> Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache <a href="#">17/8631</a> – Zweite Beratung . . . . .	5118
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5100	<i>Jeweils einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.</i> . . . . .	5118
Abg. Andreas Rahm, SPD: . . . . .	5101, 5108	<b>Landesgesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Landesfinanzausgleichsgesetzes (Straßenausbaubeitragsgesetz)</b> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache <a href="#">17/8673</a> – Erste Beratung . . . . .	5118
Abg. Christine Schneider, CDU: . . . . .	5103, 5108	Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: . . . . .	5118, 5127
Abg. Jürgen Klein, AfD: . . . . .	5104	. . . . .	5128, 5131
Abg. Marco Weber, FDP: . . . . .	5105, 5109	Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: . . . . .	5119, 5120
Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten: . . . . .	5106	. . . . .	5121
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5107	Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: . . . . .	5121, 5122
<b>Geplante Neuordnung der Universitätslandschaft in Koblenz, Kaiserslautern und Landau vor dem Scheitern – Betroffene sehen kein tragfähiges Konzept und keine auskömmliche Finanzierung</b> auf Antrag der Fraktion der CDU		. . . . .	5129
		Abg. Monika Becker, FDP: . . . . .	5123, 5130
		Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5124, 5129
		Randolf Stich, Staatssekretär: . . . . .	5126

Abg. Nico Steinbach, SPD: . . . . .	5130, 5131	<b>Polizeiliche Kriminalstatistik optimieren – Transparenz fördern</b>	
<i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Druck- sache 17/8673 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.</i>	<b>5132</b>	Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8670 – . . . . .	<b>5147</b>
<b>...tes Landesgesetz zur Änderung der Ge- meindeordnung</b>		Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	5147, 5150 5153
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8669 –		Abg. Wolfgang Schwarz, SPD: . . . . .	5148
Erste Beratung . . . . .	<b>5132</b>	Abg. Dirk Herber, CDU: . . . . .	5149, 5151
Abg. Michael Frisch, AfD: . . . . .	5132, 5134	Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport: . . . . .	5151
. . . . .	5137	<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Druck- sache 17/8670 – . . . . .</i>	<b>5153</b>
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5133, 5135	<b>5G-Ausbau in Rheinland-Pfalz vorantrei- ben – Status quo der Mobilfunkinfrastruk- tur ermitteln</b>	
Abg. Matthias Lammert, CDU: . . . . .	5136	Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8671 – . . . . .	<b>5153</b>
Randolf Stich, Staatssekretär: . . . . .	5138	Abg. Joachim Paul, AfD: . . . . .	5153, 5155
<i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Druck- sache 17/8669 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.</i>	<b>5138</b>	Abg. Josef Dötsch, CDU: . . . . .	5154
<b>Jungen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern eine Stimme geben – Kommunales Wahlrecht ab 16 jetzt!</b>		Abg. Martin Haller, SPD: . . . . .	5154
Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Daniela Schmitt, Staatssekretärin: . . . . .	5154
– Drucksache 17/8658 – . . . . .	<b>5139</b>	<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Druck- sache 17/8671 – . . . . .</i>	<b>5156</b>
Abg. Marc Ruland, SPD: . . . . .	5139, 5141	<b>Modellprojekt „Eingliederungsbrücke“</b>	
. . . . .	5142	Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8672 – . . . . .	<b>5156</b>
Abg. Dr. Helmut Martin, CDU: . . . . .	5140, 5142	Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: . . . . .	5156, 5157 5159
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: . . . . .	5143	. . . . .	5157
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: . . . . .	5144	Abg. Sven Teuber, SPD: . . . . .	5157
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	5145	Abg. Adolf Kessel, CDU: . . . . .	5157
Nicole Steingäß, Staatssekretärin: . . . . .	5146	Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demogra- fie: . . . . .	5158
<i>Mehrheitliche Annahme des Antrags der Frak- tionen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Überweisung des Antrags – Drucksache 17/8658 – an den Innenauss- schuss – federführend – und an den Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbrau- cherschutz. . . . .</i>	<b>5147</b>	<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags der Frak- tion der AfD auf Ausschussüberweisung. . .</i>	<b>5160</b>
		<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Druck- sache 17/8672 – . . . . .</i>	<b>5160</b>

\* \* \*

**Präsidium:**

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Astrid Schmitt, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

**Anwesenheit Regierungstisch:**

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär, Nicole Steingäß, Staatssekretärin, Randolf Stich, Staatssekretär.

**Entschuldigt:**

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD, Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Ellen Demuth, CDU, Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU, Abg. Damian Lohr, AfD, Abg. Iris Nieland, AfD; Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

**79. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 29.03.2019**

Beginn der Sitzung: 9:30 Uhr

**Präsident Hendrik Hering:**

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 79. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegen Gordon Schnieder und Markus Stein. Herr Stein wird die Redeliste führen.

Entschuldigt fehlen heute die Kolleginnen Kathrin Anklam-Trapp, Katharina Binz, Ellen Demuth, Iris Nieland und Christine Schneider, die ab 12 Uhr verhindert ist. Des Weiteren sind die Kollegen Dr. Christoph Gensch und Damian Lohr entschuldigt. Außerdem haben sich für die heutige Plenarsitzung Staatsminister Herbert Mertin und Staatsministerin Anne Spiegel entschuldigt.

Wir beginnen mit **Punkt 17** der Tagesordnung:

**AKTUELLE DEBATTE**

**Marktwirtschaft in Rheinland-Pfalz stärken –  
Alternativen zur Nationalen Industriestrategie 2030**  
auf Antrag der Fraktion der FDP  
– Drucksache [17/8708](#) –

Für die antragstellende Fraktion spricht der Abgeordnete Wink.

**Abg. Steven Wink, FDP:**

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mehr Marktwirtschaft wagen – so könnte man die Wirtschaftspolitik des Landes Rheinland-Pfalz beschreiben. Die Leitsprüche, mit denen in Rheinland-Pfalz Wirtschaftspolitik gemacht wird, haben wir gestern in der Regierungserklärung ausgiebig dargestellt und diskutiert.

Durch die Wirtschaftspolitik des Landes Rheinland-Pfalz wird jeder Idee die Chance geboten, dass sie groß werden kann. Die Nationale Industriestrategie 2030 geht allerdings an der Realität vorbei – und gerade an der rheinland-pfälzischen Realität. Unternehmenszusammenschlüsse zu erleichtern, um European Champions zu schaffen, ist nahezu ein Wunschdenken.

Die Erleichterung von Monopolbildungen würde dem Binnenmarkt schaden. Kleinere Unternehmen würden auf diese Weise an Bedeutung verlieren. Staatliche Eingriffe in den Markt können sinnvoll sein, wenn sie dessen Spielregeln schützen.

In Rheinland-Pfalz gibt es aber viele mittelständische Unternehmen, die sich heute bereits auf dem Weltmarkt behaupten. Kleine Unternehmen mit hoch spezialisierten Produkten spielen eine wichtige Rolle für unser Land und

setzen sich aktiv auf dem Weltmarkt durch. Hidden Champions sind nicht immer direkt erkennbar, spielen jedoch eine entscheidende Rolle gerade in Rheinland-Pfalz. Man kann also sehen, dass es bei Unternehmen und deren internationalem Erfolg nicht immer nur auf die Unternehmensgröße ankommt. Qualität und Know-how sind hier essenzielle Faktoren.

Diese bieten viele Hidden Champions in unserem Land. Ein Beispiel aus meiner Heimat ist das Unternehmen KECK Chemie. Es ist nicht sehr groß, spielt aber auf dem weltweiten Schuhmarkt eine entscheidende Rolle. Vor allem durch besondere Farben und Klebstoffe konnte sich das Unternehmen weltweit einen Namen machen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Wenn ich in die Südwestpfalz oder in die Südpfalz schaue, dann kann ich sagen, dort wimmelt es nur von Hidden Champions.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, Volker Wissing und Alexander Schweitzer!  
Und Christine Schneider! –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Da haben Sie aber gerade noch einmal die Kurve bekommen!)

Wissen Sie, nur weil andere Staaten mit planwirtschaftlichen oder irren Methoden auf dem freien Weltmarkt agieren, heißt das noch lange nicht, dass dies auch für Deutschland ein gangbarer Weg wäre. Wenn wir uns nicht auf einen freien Markt im klassischen Sinn berufen wollten, müssten wir unsere ganze wirtschaftlich erfolgreiche Vergangenheit infrage stellen, und ich glaube nicht, dass dies zukunftsfähig wäre. Der Vorschlag, eigene Unternehmen bei Vergabeverfahren zu bevorzugen, mag zunächst einmal schön klingen; jedoch ist diese Form des Protektionismus nur schädlich.

Die Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz ist das klare Gegenteil einer Abschottung. Unsere Unternehmen kooperieren mit ausländischen Unternehmen, um neue Märkte zu erschließen, neue Produkte und Innovationen zu finden und ihre Stärke weiter auszubauen. Der anhaltende Exporterfolg unseres Landes ist ein Wahrzeichen dieser freiheitlichen Marktpolitik. Auf diese Art und Weise werden auch Wohlstand und Arbeitsplätze gesichert.

Betrachtet man Weltkonzerne, so führt natürlich kein Weg an der BASF vorbei. Wie wir gestern schon diskutierten, wurde die BASF nicht durch Abschottung und Protektionismus zu einem solch leuchtenden Beispiel auf dem Weltmarkt. Der Weg war vielmehr ein Weg der bewussten und zielstrebigen Internationalisierung.

Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz sehen die Globalisierung als Chance und nicht als Bedrohung, und darin liegt ein wesentlicher Erfolg. Die Zukunft von ganz Deutschland liegt in und gestaltet sich mit Europa. Der europäische Austausch ist entscheidend für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand. Rheinland-Pfalz und dessen Unternehmerinnen und Unternehmer haben dies schon lange erkannt.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:  
Genau!)

Unser großer Vorteil ist unsere Lage im Herzen Europas.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Vorteil können wir unseren Unternehmen bieten. Deshalb dürfen wir uns nicht wirtschaftlich abschnitteln, um unser vermeintliches Wohlergehen zu schützen. Der richtige Weg ist weiterhin, auf einen freien Markt zu setzen, durch welchen wir alle im Land profitieren können.

Die Schaffung von fairen Rahmenbedingungen und Anreizen sollte hierbei die Aufgabe der Politik sein. Wir sollten zunehmend Wagnis und Offenheit fördern und gleichermaßen auch fordern. Unsere Wirtschaft floriert durch Marktoffenheit und Fairness. Diese Einstellung führt zum Erfolg. Beweisen wir also weiterhin, was wir können, und glänzen durch einmalige Produkte. Rheinland-Pfalz steht für Offenheit und einen fairen Wettbewerb.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Dr. Köbberling das Wort.

**Abg. Dr. Anna Köbberling, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schön, dass wir heute diese Aktuelle Debatte zum Thema „Industriestrategie“ haben. Nach meiner Ansicht passt dies sehr gut zu der gestrigen Regierungserklärung von Herrn Wirtschaftsminister Wissing.

Wir reden also heute über ein Konzept des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier von insgesamt 20 Seiten, davon sind 15 Seiten Text. Drei Seiten sind Vorwort, bis einschließlich Seite 12 findet sich eine Analyse der volkswirtschaftlichen Situation und der Herausforderungen der Zukunft.

(Abg. Alexander Licht, CDU: So wie  
gestern die Regierungserklärung!)

Diese Herausforderungen lauten Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Marktabschottungstendenzen der USA und der wachsende Einfluss Chinas. – An der Analyse habe ich nichts Falsches entdecken können. Ich fand die Probleme sehr gut auf den Punkt gebracht und formuliert, sehr verständlich. Aber es bleibt erst einmal nur eine Analyse. Die eigentliche Strategie hat einen Umfang von dreieinhalb Seiten und kann nicht mehr als ein Diskussionsbeitrag sein.

Altmaier schlägt konkret fünf Punkte vor.

Erstens: Aufweichung des Kartellrechts auf europäischer Ebene, die dann auch Fusionen von Großunternehmen

möglich machen sollte, um sich gegen Weltmarktkonzerne in China und den USA behaupten zu können.

Zweitens: Erwerb von Unternehmensanteilen durch den Staat mithilfe sogenannter Beteiligungsfazilitäten, also eines Kreditrahmens, um ausländischen Investoren zuvorkommen zu können.

Drittens: Schaffung von staatlichen Konsortien in besonders zukunftssträchtigen Bereichen. Dazu, welche das sind, nennt Altmaier allerdings nur ein Beispiel, nämlich die Batteriezellproduktion.

Viertens: Staatliche Beihilfen in bestimmten Situationen.

Fünftens: Schaffung eines Rats der Industrieminister auf europäischer Ebene. Dafür soll ein anderer Fachminister rat wegfallen, aber es wird nicht näher genannt, welcher.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, alles gute  
Vorschläge!)

All diese Punkte sind unter Volkswirten höchst umstritten, und auch der Rat der Wirtschaftsweisen hat sich in längeren Aufsätzen dazu ausgesprochen kritisch geäußert. Die SPD-Fraktion hat vor allem folgende Einwände:

Wir halten es für ökonomisch fragwürdig, einzelne Unternehmen gezielt zu schützen. Dies könnte dazu führen, dass man marode Firmen schützt. Es bestehen zwei Gefahren: Einerseits könnten Firmen im Wissen um ihre Bedeutung handeln und später Verluste sozialisieren, wie wir das schon in der Finanzkrise hatten. Oder aber sie werden träge, weil sie glauben, in der Not hilft der Staat auf jeden Fall.

Dennoch bleibt Altmaiers Analyse richtig, dass es sogenannte disruptive Elemente gibt, also bestimmte Trends, die das Gesamtgefüge radikal infrage stellen. Die Marktmacht Chinas gehört ganz sicher dazu, genauso wie die Digitalisierung oder der Klimawandel.

Es ist für uns aber mehr als fraglich, ob Altmaiers fünf Rezepte die richtigen sind. Der Tatsache, dass wir eine starke industrielle Basis brauchen, stimmen wir absolut zu. Sie sichert die Wertschöpfung und damit die Grundlage für ein tragfähiges soziales Netz. Unserer Auffassung nach muss sich staatliche Industriepolitik aber an klaren gesellschaftlichen Prioritäten orientieren:

Erstens muss Industriepolitik unserer Auffassung nach auch die Verteilung der Gewinne im Auge behalten. Es ist ein Problem, wenn industriepolitische Maßnahmen private Unternehmen dabei unterstützen, wettbewerbsfähig zu werden, aber die Gewinne unter den Aktionären und Aktionärinnen verteilt werden.

Zweitens muss Industriepolitik auch die soziale Ungleichheit reduzieren. Sie darf sich nicht darauf beschränken, Beschäftigung im industriellen Sektor zu schaffen, sondern sie muss auch Auslagerung und Leiharbeit verhindern und das starke Lohngefälle zwischen der Industrie und anderen Wirtschaftssektoren im Auge behalten.

Drittens muss Industriepolitik zu sozialökonomischen

Transformationen beitragen. Sie muss also grünes Wachstum fördern.

Zusammenfassend heißt das für uns, die Analyse von Altmaier ist richtig, aber die Antworten stimmen nicht. Also müssen wir nach anderen Wegen suchen. Wir sehen diese vor allem in der Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen, wie ich es gestern schon sehr breit ausgeführt habe und wir es gemeinsam diskutiert haben. Alles Weitere dann im zweiten Teil.

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Wieland.

**Abg. Gabriele Wieland, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Peter Altmaier Wirtschaftsminister wurde, hat er als Erstes veranlasst, dass ein Porträt von Ludwig Erhard an prominenter Stelle in entsprechender Größe im Empfangsbereich des Wirtschaftsministeriums aufgehängt wurde. Er hat damit unterstrichen – und tut das immer wieder –, dass die soziale Marktwirtschaft, dass Ludwig Erhard seine Richtschnur ist. Natürlich fühlen auch wir als CDU-Fraktion uns dieser Richtschnur verpflichtet.

(Beifall der CDU)

Dieses Prinzip der sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland 70 Jahre Wohlstand gebracht, und es ist aus unserer Sicht eine der Hauptaufgaben, diese Entwicklung zu schützen und weiter voranzutreiben.

So heißt es auch in dem Papier: „Wir brauchen mehr, nicht weniger Marktwirtschaft, wenn wir die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft bewahren wollen.“

(Beifall der CDU)

Wie passt das nun zu den Vorwürfen? – Wir haben es gehört: Teils ist der Vorwurf erhoben worden, es gehe um planwirtschaftliche Ansätze. Altmaier sagt, das Papier soll rationale Antworten auf folgende Fragen geben: „Wie können wir unser hohes Maß an privatem und öffentlichem Wohlstand dauerhaft erhalten und ausbauen – unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung, enorm beschleunigter Innovationsprozesse und expansiv beziehungsweise protektionistisch betriebener Wirtschaftspolitik anderer Länder?“

Ein zweites Argument lautet, dass es immer wieder – trotz des Siegeszuges der Marktwirtschaft – industriepolitische Eingriffe des Staates in der Wirtschaft gegeben hat, nämlich immer dann, wenn es Sondersituationen gab und diese Eingriffe nötig waren. Grundsätzlich müsse gelten: Mehr, nicht weniger Marktwirtschaft. Aber es müsse diskutiert werden, wann denn genau diese Fälle eintreten können und welches dann die Kriterien für einen Eingriff in den

Markt durch den Staat sind.

Im Kern geht es also darum, diesen Diskussionsprozess um solche Leitlinien voranzutreiben und die Kriterien auszuloten. Es geht um Kriterien wie Wettbewerbspositionen, um gravierende Auswirkungen auf Beschäftigung und um neue Energieformen und Globalisierung.

Ja, der Entwurf ist kontrovers diskutiert worden. Wir diskutieren ihn nach wie vor auch innerhalb der CDU kontrovers. Aber ich nenne nur eine Stimme, nämlich Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft: Eine stark international orientierte und vernetzte Wirtschaft wie die deutsche könne ohne solche Unterstützung nicht dauerhaft erfolgreich sein. „Die Chinesen treten mit staatlich aufgepöppelten Wettbewerbern an, da können wir nicht einfach zusehen.“

(Beifall der CDU)

Es ist deshalb auch, wie Frau Dr. Köbberling betont hat, ein umfangreiches Papier mit einem umfangreichen Analyse- und Einleitungsteil, weil die Debatte um seine Vorschläge mit zu seinem Ziel gehören. Das betont er auch. Es soll einen intensiven Dialog mit allen relevanten Akteuren aus Industrie, Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft, Politik angestoßen werden. Letztendlich soll eine EU-Industriestrategie entstehen, insbesondere mit Frankreich.

Ja, wir haben schon gehört, es gibt Teile des Papiers, die wenig umstritten sind. Es geht zunächst um eine ehrliche Analyse; denn sie ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft. Es geht um eine Diagnose einer in Teilbereichen schwierigen Wirtschaftssituation. Es geht darum, herauszuarbeiten, wo die deutsche, die europäische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb steht angesichts eines chinesischen Staatskapitalismus, der auch hegemoniale Ambitionen pflegt. Unter solchen Voraussetzungen muss Prinzipientreue diskutiert und eventuell leicht angepasst werden.

(Beifall der CDU)

Genau diese ehrliche Diagnose würde auch der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik guttun. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir in Rheinland-Pfalz, in Deutschland nur von Spitzenreitern, nur von Erfolgen sprechen. Die Konjunktur beginnt zu erlahmen. Auch in Rheinland-Pfalz basiert der Wohlstand zu einem großen Teil auf der Industrie.

(Beifall der CDU)

Diese muss sich im weltweiten Wettbewerb behaupten. Dafür brauchen wir Instrumente. Das können nicht immer die Instrumente von gestern und vorgestern sein.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist aber inhaltlich unkonkret!)

Deshalb ist aus meiner Sicht eine Diskussion über die künftige Entwicklung – das Papier heißt „Industriestrategie 2030“ – angebracht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist in der Zukunft!)

Wir sollten sie in Rheinland-Pfalz aufgreifen und führen.

Beispiele dafür in der zweiten Runde.

(Beifall der CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Zunächst Schülerinnen und Schüler der Hildegardisschule Bingen, die dort an der Berufsbildenden Schule das Fachabitur machen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Dann dürfen wir Bürgerinnen und Bürger der Bürgergemeinschaft Kirchweiler begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Auch heute dürfen wir die Künstlerin Kirsten Kötter und ihren Ehemann Peter Sandner von Artistic Research bei uns begrüßen. Erneut herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Darüber hinaus dürfen wir Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Jugendverbände im Einsatz für den Klimaschutz bei uns begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die AfD hat der Abgeordnete Joa das Wort.

**Abg. Matthias Joa, AfD:**

Werter Herr Präsident, liebe Kollegen! Nachdem Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sein Papier zu einer nationalen Industriepolitik vorgestellt hatte, entbrannte eine intensive Diskussion um die Frage: Soll es staatliche Industriepolitik geben, ja oder nein?

(Unruhe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

Die Diskussion zu dieser Fragestellung war nicht besonders produktiv. Befürworter und Gegner verharrten jeweils in ihren argumentativen Stellungen.

Die Frage sollte doch besser lauten: Welche staatliche Industriepolitik kann mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und mit den Prinzipien der Ordnungspolitik überhaupt vereinbart werden und bringt effiziente Ergebnisse?

Es gibt weltweit gesehen viele Beispiele von Industriepolitik. Die meisten brachten klägliche Ergebnisse. Einige wenige, gerade in Ostasien, Japan und Südkorea, waren in den letzten Jahren erfolgreich. Es kommt also entscheidend darauf an, nicht ob man Industriepolitik macht, sondern wie man sie macht. Da sollte zunächst einmal gelten: gleiche Regeln für alle, ob groß, ob klein, in jeder Branche.

Der deutsche Mittelstand darf nicht gegenüber den globalisierten Konzernen benachteiligt werden. Man sollte auch wissen, Wettbewerb ist das beste Mittel, um Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Marktbeherrschende Stellungen sind hier unbedingt zu vermeiden. Die AfD-Fraktion

Rheinland-Pfalz glaubt also dem Bundeswirtschaftsminister nicht, wenn er behauptet, Größe zählt; denn Größe hat nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile.

Eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, nationale und europäische Champions zu schaffen, ist nicht zielführend. Das nationale und europäische Wettbewerbsrecht muss nicht überprüft und gelockert werden. Wie es gehen soll, aus zwei Lahmen, wie bei der Commerzbank und der Deutschen Bank, einen Langstrecken-Champion zu machen, hat sich uns noch nicht erschlossen.

Industriepolitik muss nicht nur beim Unternehmen ansetzen, sondern auch bei den Technologien. Das Konzept der Schlüsseltechnologien, also der Technologien, die für viele Unternehmen und Branchen wichtig sind, ist seit Jahrzehnten bekannt. Diese Schlüsseltechnologien gilt es zu identifizieren, weiterzuentwickeln und zu verbreiten. Die Chinesen haben dies erkannt. Durch aktive Industriepolitik sollen in China Schlüsseltechnologien in zehn Sektoren gestärkt werden.

Wir teilen die Einschätzung von Minister Altmaier, dass künstliche Intelligenz (KI) eine der größten Basisinnovationen für das nächste Jahrzehnt ist. In einigen Jahren wird der Käufer eines hochwertigen Produkts, sei es ein Auto, sei es eine Maschine, wie selbstverständlich intelligente Produkte fordern. Das Maß an Intelligenz wird das Kaufkriterium werden, die Hardware an sich wird an Bedeutung verlieren.

Altmaier stellt dazu fest: „Zu den entscheidenden KI-Anwendungen der Zukunft gehören das Autonome Fahren und die medizinische Diagnostik. Deutschland ist im Bereich der Forschung gut aufgestellt, hinkt aber bei der praktischen Anwendbarkeit deutlich hinterher.“

Die Stärkung von Schlüsseltechnologien soll auch der Sinn der von uns geforderten Digitalagentur sein, aber auch darüber hinaus müssen wir das wissens- und technologiebasierte Wirtschaftsgeschäft stärken, insbesondere über steuerliche Bedingungen für Forschung und Entwicklung. In diesem Sinn bleibt die Industrie das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Ob ihr Anteil an der Wertschöpfung gerade 25 % betragen muss, wie Altmaier behauptet, oder vielleicht auch 22 oder 23 %, darüber muss die Politik nicht befinden. Interessant ist dagegen die Idee einer Airbus-KI. Airbus ist in der Tat eines der seltenen Beispiele erfolgreicher Industriepolitik in Europa. Das lag daran, dass man bei der Gründung von Airbus ein klares Ziel hatte. Man wollte den Rückgang gegenüber der nordamerikanischen Flugzeugindustrie aufholen. Airbus förderte darüber hinaus den Wettbewerb und beugte einer Monopolisierung des Flugzeugmarkts vor.

Nach diesem Muster könnte auch ein europäisches Google erfolgreich sein. Suchmaschinen sind im Moment das wichtigste Anwendungsfeld der KI. Auch hier müssen wir die begonnene oder sich im Werden befindende Monopolisierung durch amerikanische Konzerne wieder zurückdrehen.

Zunächst müssen wir uns aber darum kümmern, den Abfluss von deutschem Know-how zu verhindern. Wir müssen die Industrie vor Spionage schützen. Wir müssen aber

auch vermehrt darauf achten, die Übernahme deutscher durch ausländische Unternehmen zu überwachen und gegebenenfalls zu unterbinden.

Der Ausverkauf von Wissen, das in unserem Land über Generationen aufgebaut wurde, muss beendet werden. So haben wir das bereits im Bundestagswahlkampf gefordert. Wir begrüßen es, dass sich der Bundeswirtschaftsminister nun auch hierüber Gedanken macht.

Es ist ein beständiges Muster in der Wirtschaftsgeschichte, dass neue innovative und zukunftsfähige Arbeitsplätze nicht unbedingt in den Ländern und Regionen entstehen, in denen bestehende Arbeitsplätze durch den technologischen Fortschritt wegfallen. Das hat Altmaier richtig erkannt. Die Gefahr, dass sich die Geschichte wiederholt, ist groß.

(Beifall der AfD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Blatzheim-Roegler.

**Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist es lobenswert, wenn sich der Bundeswirtschaftsminister Gedanken in strategischer Richtung macht und erkennt, dass die Digitalisierung voranschreitet. Ob er wirklich erkennt, dass sich die Klimakrise verschärft, weiß ich nicht. Auf jeden Fall stellen die USA im Moment den Multilateralismus infrage. China – das wissen wir alle – will der Globalisierung seinen Stempel aufdrücken.

Die richtige Antwort darauf finde ich aber nicht bei Herrn Altmaier. Ich denke, die richtige Antwort ist, dass Europa durchaus mit einer gemeinsam industriepolitischen Strategie antwortet und den eigenen Wirtschaftsstandort stärkt. Altmaier versäumt es nach meinem Gefühl aber, Europa in sein Strategiepapier in angemessenem Maß aufzunehmen. Darin ist zu wenig Europa enthalten. Die Chancen einer nachhaltigen Industrie werden links liegen gelassen. Bei Unternehmen scheinen offensichtlich nur die Größe und nicht die Vielfalt sowie die Innovation zu zählen.

Er setzt auf Bestandssicherung, denn Konzerne wie Thyssen-Krupp oder die Deutsche Bank sollen sozusagen unter „Artenschutz“ gestellt werden. Nach seinem nationalen Vorpreschen hat Altmaier versucht, die Kurve ein Stück weit zu bekommen und immerhin mit seinem französischen Kollegen nachgelegt. In ihrem gemeinsamen Papier „Französisch-deutsches Manifest für eine europäische Industriestrategie für das 21. Jahrhundert“ haben sie stärker die europäische Perspektive in den Blick genommen. Aber auch da zeigt sich, das Konzept ist schlicht nach dem Motto „Je größer, desto besser“ angelegt.

Unterstützte Industriepolitik, auch vom Staat unterstützte Industriepolitik kann in dem einen oder anderen Punkt durchaus erfolgreich sein. Sie erinnern sich an die EEG-

Umlage, über die Solarpanels gefördert und rentabel gemacht wurden. Das war ein wichtiger Anschlag. Das war ein richtiger Anschlag für die alternative Energieerzeugung. Doch genau diese Visionen fehlen bei Altmaier völlig – Visionen, die in eine klimafreundliche Richtung weisen.

Stattdessen kehrt er in die nationale Vergangenheit zurück, als seien die Thyssens, BASFs und Siemens-Industriebetriebe dieser Welt diejenigen, die auf staatliche Hilfe angewiesen wären. Nein, wir brauchen eine Industriestrategie, die für ganz Europa gilt, die ökologisch, sozial und digital ausgerichtet ist, die den Staatengemeinschaften eine aktivere Rolle bei Innovationen und Investitionen in Zukunftstechnologien zuteilt und – ganz wichtig – den fairen Wettbewerb verteidigt; denn die Vielfalt der Unternehmen, ihr Ideenreichtum, ihre Flexibilität und auch ihre Innovationsbereitschaft sind die Stärken in einem Kampf um einen globalen Wettbewerb.

Wir haben es gestern gehört – auch heute Morgen haben es die Kollegen gesagt –, genau dafür ist Rheinland-Pfalz gut aufgestellt, weil kleinere und mittlere Unternehmen sehr viel flexibler auf diese Marktherausforderungen reagieren können.

Ich möchte erwähnen, dass die Landesregierung, der Staatsminister, mit den Fraktionen zusammen schon mehrere Außenwirtschaftsreisen durchgeführt hat. Zweimal führten sie auch nach China. Genau dort hat sich gezeigt, welche großen Chancen Firmen aus Rheinland-Pfalz haben, die zu den, wie schon gesagt wurde, Hidden Champions gehören.

Eine weitere, meiner Ansicht nach geradezu abenteuerliche Idee ist Altmaiers Vorstoß, mit einem Federstrich die Fusionskontrolle auszuhebeln. Dabei ignoriert Altmaier, dass schon heute die Wettbewerbsbehörden Effizienzgewinne, Skaleneffekte und verbesserte Innovationsmöglichkeiten in ihren Fusionsentscheidungen berücksichtigen. Sie schauen auf globale Märkte und auf die künftige Entwicklung des Wettbewerbs. Selbst in hoch konzentrierten Märkten erlauben sie Fusionen, wenn dadurch ein Gegengewicht zu einem dominanten Unternehmen geschaffen werden kann.

Es geht also um faire Bedingungen im Wettbewerb mit den sehr kapitalkräftigen und teilweise staatlich geförderten chinesischen Unternehmen oder auch mit den den US-amerikanischen Markt beherrschenden digitalen Plattformen, die nirgendwo Steuern zahlen. Dafür sollten die Möglichkeiten von Antidumpingmaßnahmen, Subventionskontrollen, Maßnahmen gegen den Missbrauch von Marktmacht sowie gegen globale Machtkonzentrationen verbessert werden, damit wir tatsächlich einheitliche Wettbewerbsbedingungen schaffen, ohne den Wettbewerb zu beschädigen; denn das käme die Verbraucher und den Mittelstand und insbesondere Rheinland-Pfalz zu teuer.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es klingelt nicht; ich sehe 5 Minuten und 12 Sekunden, aber ich höre jetzt auf.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)



**Präsident Hendrik Hering:**

Ich klinge nicht schon nach der ersten Sekunde ab.

Für die Landesregierung hat jetzt Wirtschaftsminister Dr. Wissing das Wort.

**Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell – ein Erfolgsmodell, das den Menschen in Rheinland-Pfalz einen Lebensstandard verschafft hat wie niemals zuvor in der Geschichte. Diesem Land geht es gut. Es geht ihm sehr gut, weil wir Marktwirtschaft wagen und eine richtig starke Marktwirtschaft haben.

Das Erfolgsmodell soziale Marktwirtschaft steht vor global großen Herausforderungen. Ich habe das gestern in der Regierungserklärung schon angesprochen. Die globalen Märkte sind für uns einerseits Chance, aber die Spielregeln auf den globalen Märkten sind andererseits zum Teil andere, als wir sie uns in unserer Volkswirtschaft wünschen, andere, als wir sie in unserer Volkswirtschaft organisiert haben. Deshalb ist es richtig, dass wir heute über einen ganz zentralen Aspekt dieser Fragen diskutieren, nämlich über die Frage der Zukunft der Industrie.

Es ist zu Recht gesagt worden, die Industrie spielt in Rheinland-Pfalz eine große Rolle. Nahezu 30 % unserer Wertschöpfung stammt aus dem Industriesektor. Deswegen ist rheinland-pfälzische Wirtschaftspolitik ganz klar immer Mittelstandspolitik – 99,5 % unserer Unternehmen sind Mittelständler –, aber sie ist immer auch Industriepolitik, weil wir ein bedeutender und international extrem wettbewerbsfähiger Industriestandort sind, meine Damen und Herren.

Es ist richtig, wenn das Bundeswirtschaftsministerium einen Entwurf für eine deutsche und europäische industriepolitische Strategie zur Diskussion stellt. Was ich nicht richtig finde, sind die Vorschläge, die in diesem Papier angesprochen werden.

Wir erleben im Moment eine Diskussion, in der deutsche und europäische Interventionisten meinen, weitblickender als der Markt zu sein. Es ist wirklich ein Phänomen: Deutschland ist mit der Marktwirtschaft außerordentlich erfolgreich, aber immer dann, wenn ihre Effizienz und Stärke gefragt sind, kommen Politiker daher und überlegen, wie man sie genau an dieser Stelle ausschalten könnte.

Meine Damen und Herren, das halte ich für einen strategisch fundamentalen Fehler.

(Beifall der FDP und der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wird denn als Produkt künftig erfolgreich sein? Welches Unternehmen wird sich denn behaupten? Welche Idee wird sich durchsetzen und welche nicht? Was sind die Zukunftsbranchen, und was ist die optimale Unternehmensgröße, meine Damen und Herren? Wollen wir solche

Fragen ernsthaft im Parlament diskutieren, und wollen wir sie wirklich verantwortlich beantworten?

(Zuruf von der FDP: Nein!)

Die Suche nach einer Antwort auf diese Fragen kommt in Wahrheit dem Blick in die Glaskugel gleich. Deswegen müssen wir zurück zu unseren marktwirtschaftlichen Prinzipien. All die von mir genannten Fragen können nur vom Markt selbst beantwortet werden.

(Beifall der FDP und der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass staatlich-dirigistische Industriepolitik auch einmal erfolgreich ist. Schaut man aber genauer hin, sieht man mehr Zufallstreffer und Scheinerfolge als nachhaltig erfolgreiches Wirtschaften.

(Beifall der Abg. Helga Lerch und Steven Wink, FDP)

Anstatt also Bestandsgarantien für Unternehmen abzugeben, sollte sich die Politik auf Rahmenbedingungen für alle Unternehmen und Branchen konzentrieren. Meine Damen und Herren, Marktwirtschaft bedeutet, offen zu sein für künftige technologische Entwicklungen, unterschiedliche Unternehmensgrößen und vor allen Dingen Neues und den Mittelstand, damit neue Ideen die Chance haben, groß zu werden.

(Beifall der Abg. Helga Lerch, FDP)

Wenn man in Berlin meint, mit Macht sogenannte nationale Champions zusammenschustern, geht das nur mit massiven Eingriffen und Verstößen gegen marktwirtschaftliche Prinzipien. Ich habe manchmal den Eindruck, man hat aus der europäischen Industriegeschichte wirklich nicht die richtigen Schlüsse gezogen. Wenn das, was man sich jetzt als Diskussionsentwurf vorgenommen hat, wirklich realistisch wäre, müsste die Bundesrepublik Deutschland neidisch auf Frankreich als Industriestandort blicken; denn genau dort hat man versucht, mit einer staatlich-dirigistischen Industriepolitik Großunternehmen zu schaffen, die sich am Ende aber eher als träge und nicht als international wettbewerbsfähig erwiesen haben. Deswegen lehne ich eine solche Industriepolitik ab.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Volksrepublik China und andere Volkswirtschaften fordern uns heraus. Sie sind effizient, wenn es darum geht, schnell Infrastrukturen aufzubauen. In China können in kürzester Zeit riesige Fabriken aus dem Boden gestampft werden. Es fehlt weder an Durchsetzungskraft noch an Kapital. Woran es fehlt, sind Individualrechtsschutz, Freiräume, Kreativität und Chancen für Menschen, aus einer guten Idee ein Geschäftsmodell zu entwickeln.

Woran es fehlt, sind Kreativität, Freiräume und Innovation. Das ist der Grund, warum China eher als Kopierstube der Welt bekannt ist und nicht als Innovationstreiber. Deswe-

gen sollten wir nicht den Fehler begehen, die Kopierstube der Welt zu kopieren. Wir sollten vielmehr unsere eigenen Stärken erkennen und uns an einer Wirtschaftspolitik orientieren, die eher die von Ludwig Erhard ist, die unser Land stark gemacht hat, und die es in seiner Stärke gegenüber den dirigistischen Volkswirtschaften bewahren kann. Freiräume, Innovationskraft und Kreativität in unserem Land muss man stärken und fördern.

Deswegen würde ich mich mehr freuen, wenn man sich mit der Frage beschäftigen würde, wie wir Forschung und Entwicklung in Deutschland noch stärker vorantreiben können, statt mit der Frage, wie wir marktwirtschaftlichen Erfolg durch staatlichen Dirigismus ersetzen können, um ein bisschen nachzuahmen, womit die anderen uns herausfordern.

Ich möchte, dass wir authentisch und so erfolgreich bleiben. Das geht nur mit der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Wink.

**Abg. Steven Wink, FDP:**

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, danke für die ausführliche Klarstellung, worauf wir in Rheinland-Pfalz großen Wert legen.

Wir haben einige Kritiken gehört. Ich darf in diese Runde das eine oder andere Zitat einbringen, das diese Kritiken bestätigt. Blicken wir in die WELT vom 5. Februar 2019. Dort heißt es: Der Bundeswirtschaftsminister legt sich mit jenen an, „die seine Stütze sein sollten“. Aktive staatliche Flankierung – „Marktwirtschaft sieht anders aus“, so der Wirtschaftsweise und Wirtschaftsprofessor Dr. Lars Feld.

In der Epoch Times vom 1. Februar 2019 finden wir eine Förderungs-, Subventions- und Regulierungskiste, einen Griff in die Mottenkiste. Auch die Süddeutsche Zeitung bezeichnet das Papier zurzeit als „Gestaltungswahn“.

Wir haben es gehört, und ich darf es noch einmal zusammenfassen: Das Konzept begünstigt Großunternehmen und nennt diese auch. Es schädigt den rheinland-pfälzischen Mittelständler, wenn wir den Weg so strikt gehen würden. Hören wir auf die Unternehmerinnen und Unternehmer. Es hat sich gezeigt: Die große Politik kann selten Flughäfen, will jetzt aber die wirtschaftliche Entwicklung detailliert planen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist aber  
ein Eigentor!)

Das kann nur schiefgehen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Dr. Köbberling.

**Abg. Dr. Anna Köbberling, SPD:**

Frau Kollegin Wieland, ich glaube, es wäre klug, wenn man eine Diagnose stellen möchte, „Diagnose“ und nicht „Strategie“ darüber zu schreiben. Das wäre vielleicht etwas weniger missverständlich gewesen.

Es gibt noch ein anderes Missverständnis: Wir diskutieren nicht über den Antagonismus Staat und Markt. Das ist zu einfach gesprochen. Wir diskutieren, wie es die Wirtschaftsweisen ausdrücken, über den Unterschied zwischen einer horizontalen und einer vertikalen oder intervenierenden Industriepolitik. Horizontal heißt einfach, es werden allgemeine Rahmenbedingungen geschaffen. Darüber haben wir gestern vor allem gesprochen, dazu gehören Rechtssicherheit oder ein gutes Bildungssystem. Vertikal heißt, es gibt Eingriffe in bestimmte Industriebranchen.

Das ist aber eine sehr theoretische Diskussion. Die Frage ist nämlich nicht, ob es eine staatliche Industriepolitik geben soll, sondern wie sie ausgestaltet ist und vor allem wo ihre Grenzen liegen. Natürlich muss der Staat industriellen Strukturwandel ermöglichen. Hätte man sich nach dem Untergang der DDR einfach nur auf die Marktkräfte verlassen, wären die industriellen Kerne in Ostdeutschland vollkommen ausgeblutet und heute nicht mehr vorhanden.

Es gab in der europäischen Geschichte immer wieder gezielte Markteingriffe durch staatliche Unternehmensgründungen oder -stützungen. Darunter waren positive Beispiele – Airbus wurde heute bereits angeführt – und Millionengräber wie der „Schnelle Brüter“ in Kalkar.

Fest steht, ohne staatliches Engagement können bestimmte Risiken gar nicht getragen werden. Fehlschläge sind dabei möglich. Sie belegen nur, es ist ein hohes Risiko. Es lässt sich aber nicht wegdiskutieren, es gibt sogenannte disruptive Tendenzen wie die Digitalisierung, den Klimaschutz oder die Marktmacht Chinas.

Wichtig ist, dass alle staatlichen Markteingriffe an bestimmten Kriterien und Werten ausgerichtet sein müssen. Für uns sind dies Wohlstandsvermehrung – und zwar nicht nur für Einzelne –, soziale Gerechtigkeit und Eingrenzung des Klimawandels. Sie müssen so transparent wie möglich geschehen.

(Glocke des Präsidenten)

Außerdem kann unser Land angesichts der genannten Herausforderungen nicht alleine handeln, sondern nur im Kontext der Europäischen Union erfolgreich sein. Reden wir also nicht über das Ob, sondern das Wie staatlichen Handelns.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Wieland das Wort.

**Abg. Gabriele Wieland, CDU:**

Das ist eine schöne Diskussion, weil endlich einmal grundsätzliche Unterschiede deutlich werden. Im Unterschied zur SPD ist unser Fokus nicht zuerst auf die Verteilung gerichtet. Bevor etwas verteilt werden kann, muss die Industrie dafür sorgen, dass es erwirtschaftet wird.

(Beifall der CDU und des Abg. Jürgen Klein,  
AfD –  
Abg. Alexander Licht, CDU: Das sagt auch  
Herr Wissing!)

Das ist ein Kern. Die Diagnose ist Voraussetzung, sie ist Grundlage und unabdingbar, aber dabei bleibt es nicht. Wir haben schon gehört, was die Kernpunkte sind und in welche Richtung sie gehen. Das freie Spiel der Kräfte gibt es nie, selbst Friedrich Engelhorn ist nicht durch Zufall in Ludwigshafen gelandet, sondern weil er in Mannheim abgelehnt wurde. Auch das ist ein Eingriff.

(Beifall der CDU)

Das Internet wäre ohne staatlichen Eingriff nicht entstanden, wenn im Jahr 1966 der Chef der Forschungsabteilung des amerikanischen Verteidigungsministeriums nicht 1 Million US-Dollar hätte lockermachen können. Ähnliches gilt für GPS, für Siri, für Touchscreens. Ja, es gibt solche Augenblicke und Schlüsseltechnologien, bei denen zusätzliche Finanzspritzen nötig sind. Ja, meiner Meinung nach ist auch die Künstliche Intelligenz ein solcher Punkt. Wir sind bei dieser seitens der Forschung in Deutschland und insbesondere in Rheinland-Pfalz sehr gut aufgestellt, aber es hapert an der Umsetzung.

Ein Beispiel ist die Firma iTAC, die an der Smart Factory beteiligt ist und wesentliche Grundlagen für die Anwendung von Industrie 4.0 erforscht und wissenschaftlich aufgearbeitet hat. Sie hatte große Probleme, einen Testfall in der Industrie zu finden. Sie hat diesen jetzt gefunden, allerdings leider in Hessen. Dort wäre vielleicht ein kleiner Eingriff sinnvoll gewesen, um einen Partner in Rheinland-Pfalz zu finden.

(Beifall der CDU)

Eine kurze Anmerkung noch zum Thema „Vielfalt“. Vielfalt hat auch etwas mit unterschiedlichen Größen zu tun.

(Glocke des Präsidenten)

Rheinland-Pfalz lebt von diesen unterschiedlichen Größen der Unternehmen. Wir brauchen auch unsere Großunternehmen; unsere Aufgabe ist es auch, die Zukunft der Großunternehmen zu sichern. Gerade die BASF als unser größtes Unternehmen liegt genau im Fokus des Bundeswirtschaftsministers. Die Batteriezellenproduktion hat viel mit der BASF zu tun.

(Glocke des Präsidenten)

Diskutieren wir mit der BASF und mit dem Wirtschaftsministerium.

(Beifall der CDU –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist  
wichtig!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Joa.

**Abg. Matthias Joa, AfD:**

Geehrter Präsident, liebe Kollegen! Ich möchte noch ein anderes Argument in die Debatte einbringen, nämlich das Thema der Mentalität, die in Deutschland und Europa mittlerweile herrscht.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Ideologie!)

Viele Parteien und Teile der Bürger haben eine Art – wie soll ich es ausdrücken? – passive Versorgungsmentalität. Wir müssen klarstellen, dass der Staat nicht allmächtig und nicht für den Einzelnen zuständig ist, sondern dass Leistung zählt.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Gebt das mal an Eure  
Wähler weiter!)

Herr Dr. Wissing, die soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell, aber es muss auch klar sein, dass Werte erst einmal geschaffen werden müssen: Mehrwerte, der Wettstreit der Ideen, neue und erfolgreiche Geschäftsmodelle.

Wir müssen natürlich eines sehen: Der Zeitfaktor spielt eine Rolle. Wenn Sie sich ansehen, was beispielsweise gerade im Technologiebereich, gerade im Bereich der Start-ups, in den USA oder China mittlerweile entstanden ist, dann muss man leider konstatieren, dass wir ein Stück weit den Anschluss verloren haben.

Microsoft wurde damals in einer Garage gegründet, genauso wie Apple und Amazon. Wenn man einmal rein auf die Börsenkapitalisierung blickt, dann zeigt das schon eine erste Indikation, wohin die Reise aktuell geht: Microsoft hat einen Börsenwert von 794 Milliarden US-Dollar, Apple von 788 Milliarden US-Dollar, Amazon von 769 Milliarden US-Dollar. Das sind alles Firmen, die vor 10, 15 oder 20 Jahren noch gar nicht existierten.

Zum Vergleich: BASF hat einen Börsenwert von 60 Milliarden Euro, Daimler von 54 Milliarden Euro, RWE von 14 Milliarden Euro und SAP, der nationale Spitzenreiter, von 124 Milliarden Euro. Allein die Barreserven der großen US-Techs würden ausreichen, um mehr als den halben DAX auf einmal zu kaufen.

Man sieht, Innovation und Leistungsorientierung zahlen sich aus. Bei den Problemen, die wir im Land haben,

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme zum Ende – müssen wir ein Stück weit die Mentalität anpassen. Wir haben zu hohe Steuern, wir ha-

ben eine ausufernde Bürokratie, und es muss schon in den Schulen klar sein: Der Staat sorgt nicht für mich, sondern ich muss auf eigenen Beinen stehen. Setzen wir also attraktive Rahmenbedingungen, und verlassen wir die Komfortzone.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Dr. Braun das Wort.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Er verlässt jetzt auch die „Komfortzone“!)

**Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rheinland-Pfalz ist das Land des Mittelstands und der Innovation. Darauf sind wir stolz. Ich glaube, das tragen wir alle gemeinsam mit. Das ist die Grundlage, auf der unsere Wirtschaftspolitik stattfindet.

Ich glaube aber, heutzutage können wir nicht mehr sagen, wir wissen nicht, wohin sich die Welt und die Wirtschaft entwickeln. Das muss die Wirtschaft alleine sagen. Man muss tatsächlich ergänzen – das kam jetzt ein wenig zu kurz –, dass wir genau wissen, dass wir dann, wenn wir so weiterwirtschaften wie bisher – wir stehen kurz vor der Wand –, mit hoher Geschwindigkeit an die Wand fahren, nicht allein sozial, aber eben auch ökologisch. Der Klimawandel und die Klimakatastrophe, die uns bevorsteht, brauchen natürlich Rahmenbedingungen. Wir können nicht mehr sagen, die Wirtschaft wird es schon regeln. Das wird nicht gehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei SPD und FDP)

Ich habe gestern das Angebot der CDU so verstanden, dass sie – so hoffe ich es – jetzt auch ökologische und nachhaltige Rahmenbedingungen in der Wirtschaft haben möchte. Wir haben in Rheinland-Pfalz natürlich einen Großkonzern, der jetzt selbst sagt, er will Wachstum ohne CO<sub>2</sub>-Wachstum haben. Das ist richtig und wichtig. Wir haben aber beispielsweise gestern gehört, es gibt Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene. Da muss es stattfinden.

Das Einwegplastikverbot auf europäischer Ebene ist nicht nichts. Das muss man regeln. Es müssen sowohl kleine als auch große Unternehmen wissen, unter welchen Rahmenbedingungen wir uns in diesen Tagen in der Wirtschaft entwickeln. Dann muss ich wissen, dass es kein Zukunftsweg ist, Plastikeinweggeschirr zu produzieren, sondern das wird nicht weitergehen. Es ist richtig so, dass wir solche Schranken, Barrieren und Leitplanken in der Wirtschaft setzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei SPD und CDU)

Dafür stehen wir alle ein. In diesen europäischen und hof-

fentlich auch weltweiten Schranken darf und muss dann die Innovation frei stattfinden. Da finde ich auch, es ist nicht richtig, große Konzerne wie BASF besonders zu beglücken, weil sie 4 Milliarden Euro Gewinn im Jahr machen und tatsächlich die Forschung auch selbst zahlen können. Es ist gut, wenn wir die Freiheit für die Forschung eröffnen,

(Glocke des Präsidenten)

aber finanziell müssen wir sie garantiert nicht unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei SPD und FDP)

**Präsident Hendrik Hering:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist der erste Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

**AKTUELLEN DEBATTE**

**Klimaschutz konsequent voranbringen – der jungen Generation eine Zukunft geben**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/8701 –

Für die antragstellende Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hartenfels das Wort.

**Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, wir sind in der Situation, dass unsere junge Generation zurzeit massiv auf die Straße geht, weil sie vor dem Hintergrund des Klimawandels ihre Zukunft bedroht sieht. Sie demonstrieren mit dem Ruf: „Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Aus dieser Bewegung ist eine weltweite Bewegung geworden, was bei dem Thema nicht wundert. Das haben wir zum Anlass genommen, diese Aktuelle Debatte zu beantragen, weil wir im politischen Raum innehalten und prüfen sollten, wo wir stehen. Ist diese Forderung, ist diese Angst berechtigt? Wo müssen wir an welchen Stellen nachlegen?

Wenn ich mir die Bundesebene anschau, so müssen wir leider konstatieren, dass Frau Merkel an vielen Stellen der Energiewende Stillstand verordnet hat. Ich möchte einige Beispiele nennen. Beispiel Photovoltaik und Solarenergie: Schon im Jahr 2014 wurde durch die Änderung im Erneuerbaren-Energien-Gesetz die Photovoltaikbranche in die Krise getrieben. Wir hatten stark rückläufige Ausbauzahlen. Erst jetzt erholt sich die Branche ein wenig, und wir können ein Stück weit wieder aufholen.

Beispiel Windkraft: Die Umstellung hin zum Ausschreibungssystem hat dazu geführt und wird weiter dazu führen, dass die Windkraft in den Ausbauzahlen stark zurückgeht, sich vor allem falsch regional verteilt. Wir brauchen Windkraft nämlich nicht zuallererst in den nördlichen Bundeslän-

dern, sondern wir brauchen sie in der Mitte und im Süden von Deutschland.

Beispiel Gebäudeenergiegesetz: Es ist eine Katastrophe, was sich in dem Bereich abspielt. Seit vielen Jahren liegen die Sanierungsquoten im untersten Ein-Prozent-Bereich. So werden wir den Klimaschutz nicht realisieren können.

Als letztes Beispiel möchte ich das Klimaschutzgesetz nennen. Wir haben jetzt nach vielen Jahren der Forderung endlich einmal auf Bundesebene einen Referentenentwurf. Dieser Referentenentwurf – das konstatiert die Fachwelt – wird schon nicht genügen, die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten. Er ist noch gar nicht durch die anderen Häuser auf Bundesebene gegangen. Da schwant mir wirklich Böses.

Vor dem Hintergrund muss man auch festhalten: Ja, die Forderungen und Ängste unserer jungen Generation sind bundesweit berechtigt. Wir müssen zusehen, dass wir Frau Merkel zum Jagen tragen. Dafür können wir jede Unterstützung brauchen, die wir bekommen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei SPD und FDP)

Kommen wir zur Landesebene. Wir haben in vielen Feldern eindeutig unsere Hausaufgaben gemacht. Ich beginne mit dem ersten und einem der wichtigsten Punkte: Seit dem Jahr 2014 haben wir ein Landesklimaschutzgesetz mit klaren und verbindlichen Zielen. Diese Ziele werden wir erfreulicherweise voraussichtlich bis zum Jahr 2020 erreichen. Wir haben dem ein Landesklimaschutzkonzept mit 100 konkreten Maßnahmen zur Seite gestellt, wie wir diese Ziele in Rheinland-Pfalz erreichen wollen. Auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg.

Wir haben der Windkraft 2 % der Landesfläche zur Verfügung gestellt, insbesondere auch im Wald, weil dort die Windhöflichkeit am größten ist und wir sehr gut ökonomisch gute Zahlen generieren können.

Wir haben im Jahr 2017 die Wärmewände mit Dutzenden von Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht, die sehr gut nachgefragt werden.

Wir haben den Kommunen die Energieagentur an die Seite gestellt, weil wir den Klimaschutz in die Fläche treiben wollen. Das ist ein mühsames Geschäft.

Wir haben ganz aktuell im Doppelhaushalt 2019/2020 unsere Solaroffensive gestartet, mit der wir vorhaben, den Kommunen, aber auch den Privathaushalten den nächsten Schritt zu ermöglichen, nämlich auf die Speichertechnologie der Batteriespeicher zu setzen. Das ist der logische nächste Schritt, der kommen muss, nämlich nach dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch die Speichertechnologien in die breite Massenanzwendung zu bringen.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, müssen wir feststellen, leider hat sich die CDU auf Landesebene nicht als Partner erwiesen. Die

meisten unserer Maßnahmen und Forderungen wurden leider torpediert.

Das letzte Stichwort ist natürlich bei den Beratungen unseres Doppelhaushalts die Streichung der Energieagentur. Es ist ein Beispiel von vielen. Wenn ich ganz rechts in den Raum schaue, so beschränkt sich die klimapolitische Kompetenz der AfD auf den Satz: Der Diesel gehört zu Deutschland, und das ist gut so. –

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist auch gut so!)

So viel zur klimapolitischen Kompetenz in Ihren Reihen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ist das alles, was Sie von uns wissen?)

Ich möchte aber auch deutlich machen, dass wir auf Landesebene noch unsere weiteren Hausaufgaben zu machen haben. Wir müssen uns auch an der eigenen Nase fassen.

(Abg. Dr. Weiland, CDU: Oh, das ist jetzt Kritik!)

Stichwort: Wir wollen bis zum Jahr 2030 einen klimaneutralen Gebäudebestand bei der Landesverwaltung haben. Da werden wir noch dicke Bretter bohren müssen. Das ist kein Selbstläufer. Wir werden diese 100 Maßnahmen auch weiterentwickeln und überarbeiten müssen, weil sie natürlich nicht ausreichen. Wir müssen immer wieder nachjustieren. Deswegen sind wir froh, wenn es gesellschaftliche Gruppen und eine Jugend gibt, die uns massiv daran erinnert, dass wir diese Hausaufgaben regelmäßig machen und anpassen müssen, um die Geschwindigkeit der Energiewende zu beschleunigen.

Damit komme ich auch zu meinem letzten Satz, Herr Präsident. Wir freuen uns über dieses Engagement der jungen Generation. Wir müssen leider feststellen, dass im politischen Raum viel zu wenig Profis unterwegs sind. Lassen Sie uns das ändern.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Rahm das Wort.

#### **Abg. Andreas Rahm, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie passend, dass wir uns heute, an einem Freitag, mit diesem Thema befassen. Überall auf der Welt, auch in Rheinland-Pfalz, ist freitags der Tag der jungen Menschen geworden, die die Welt vor dem Klimakollaps retten wollen. Wir Sozialdemokraten finden das Engagement, die Kreativität des Protests und die Zähigkeit der Jugendlichen großartig.

Ich finde es gut, dass die Jugend auf die Straße geht und sich nicht nur für globale Themen einsetzt, sondern gerade

auch die Lösung von Umweltproblemen vor Ort in ihrem direkten Lebensumfeld fordert.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Dies zeigt vielen Erwachsenen, die immer wieder beklagen, dass sich die Jugend nur noch mit dem Kopf nach unten mit ihrem Smartphone bewegt oder sich nur für Chillen oder Partymachen interessiert, junge Menschen interessieren sich offensichtlich für weitaus mehr. Sie interessieren sich für ihre Zukunft und engagieren sich lautstark dafür. Das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage, die viele nun diskutieren, ist: Muss das unbedingt während der Schulzeit sein? Betrachten wir es doch einmal aus einem anderen Blickwinkel. Streiken können eigentlich nur Menschen, die Geld für ihre Arbeit bekommen. Wenn Schülerinnen und Schülern aus politischen Gründen dem Unterricht fernbleiben, würde ich es nicht als Streik bezeichnen. Es ist ein Boykott. Wer einen Regelbruch begeht, um damit einem Anliegen Gehör zu verschaffen, nimmt wissentlich die Konsequenzen in Kauf.

Ich habe großen Respekt vor den demonstrierenden Schülerinnen und Schülern, gerade weil sie die Nachteile in Kauf nehmen, um ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen. Diese Nachteile – das wissen die Schülerinnen und Schüler – sind der Preis des Protests.

Meine Damen und Herren, sind wir doch ehrlich zu uns selbst.

(Zurufe von der AfD –  
Glocke des Präsidenten)

Hätte es solch eine große mediale oder politische Aufmerksamkeit gegeben, wenn die Jugendlichen am Wochenende demonstriert hätten? – Wohl eher nicht.

Die Schule zu schwänzen und an der Demo teilzunehmen, ist zwar ein bewusster Tabubruch, die Proteste sollten aber mit den Schulen abgesprochen sein. Das ist im Übrigen in der Regel auch der Fall. Dass jetzt Stimmen in der AfD laut werden, wundert mich nicht. Sie, meine Damen und Herren von der AfD, lehnen die Demonstrationen ab,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Während der  
Schulzeit lehnen wir sie ab!)

und sie fragen sogar bei der Landesregierung nach, Herr Dr. Bollinger, welche Strafen man sich denn für das Schulschwänzen ausdenken könne. Hervorragend! Eine durchaus nachvollziehbare Reaktion Ihrer Fraktion, der AfD; denn wer den Klimawandel bestreitet, wie es die AfD heutzutage immer noch tut, wird auch kaum einen Schülerstreik für das Klima gut finden. Das wird er niemals.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie sich das einfach einmal durch den Kopf gehen.

Meine Damen und Herren, die globalen Schüler- und Stu-

denteninitiativen, die sich immer freitags für eine Verbesserung des Klimaschutzes einsetzen, sind gelebte Demokratie. Junge Menschen müssen ihr Demonstrationsrecht, ihr aktives Recht auf Teilhabe an der Demokratie, ausleben und nutzen können.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Finden Sie auch  
Schüler-Demos gegen Islamisierung gut?)

– Wir können das einmal besprechen.

(Zurufe von der AfD)

Was Sie gut finden, finde ich sicherlich nicht gut. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Der Zweck heiligt die  
Mittel!)

Die meisten der Schülerinnen und Schüler sind unter 18 Jahre alt und können nicht wählen. Die Demonstrationen sind für sie eine Gelegenheit, kritische Demokraten zu werden. Vielleicht will das die AfD nicht. Wir nehmen die Jugendlichen und ihr Anliegen ernst, nicht nur freitags. Sie sind Experten in eigener Sache und müssen Gehör finden, beispielsweise durch die Möglichkeit des Wählens ab 16. Damit beschäftigen wir uns heute noch.

Wir wollen eine junge Generation, die Verantwortung übernimmt, kritisch denkt, sich für unsere Gesellschaft engagiert und politisches Bewusstsein entwickelt. Dafür brauchen sie keine selbst ernannten Profis, auch keine altväterlichen Ratschläge. Vielmehr verdienen sie, dass wir uns mit ihren Forderungen auseinandersetzen. Der Kampf gegen den Klimawandel kann auf so viele kreative und entschlossene Köpfe keinesfalls verzichten, auch wenn er vielleicht dem einen oder anderen hier im Hause Angst macht.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Der Klimawandel ist real. Er findet auch vor unserer Haustür statt. Wir sind die letzte Generation, Herr Dr. Bollinger, die das lebensbedrohliche Ausmaß der Erderwärmung bei zügigem Handeln noch abwenden kann.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das ist eine  
Illusion!)

Ihre Bekämpfung ist für uns auch eine Frage von sozialer Gerechtigkeit. Mit dem Abkommen von Paris hat sich Deutschland dazu verpflichtet – das wissen wir alle –, die Erderwärmung zu begrenzen. Dazu stehen wir. Dazu stehen die meisten hier im Hause. Den Verweis, dass Deutschland allein das Klima nicht retten kann, finde ich mehr als zynisch. Die Verursacher sind vor allem die Industriestaaten. Es ist an uns zu handeln. Wir wollen die sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft. Wir wollen die Umwelt schützen.

(Glocke des Präsidenten)

Eines garantiere ich Ihnen: Die ökologische Transformation wird mit uns sehr sozial gerecht ablaufen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Schneider.

**Abg. Christine Schneider, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir haben die Pflicht, den nachfolgenden Generationen eine intakte Lebenswelt zu hinterlassen.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schülerinnen und Schüler artikulieren ihre Ängste, und wir sind alle gut beraten, wenn wir sie ernst nehmen, die Diskussion aufgreifen und mit den Schülerinnen und Schülern auf Augenhöhe diskutieren.

Politik kann gesetzliche Rahmenbedingungen und Reduktionsziele setzen, aber wir alle in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und in Europa sind aufgerufen, diese Ziele dann auch mit Leben zu füllen.

Das eine sind Zielsetzungen, aber das andere sind die Umsetzungen im alltäglichen Leben; denn ohne den individuellen Beitrag eines jeden Einzelnen laufen alle unsere Bemühungen und Zielsetzungen ins Leere.

Die Bewahrung der Schöpfung mit dem modernen Leben, mit all seinen Annehmlichkeiten, die wir alle, auch die junge Generation, tagtäglich gerne in Anspruch nehmen, steht immer im Zielkonflikt mit unserer Umwelt; denn wir können nicht wirtschaften und konsumieren, ohne CO<sub>2</sub> zu produzieren. Das wird nicht funktionieren.

Es reicht auch nicht, wenn wir uns nur auf die Problembeschreibung fokussieren und anderen die Lösung überlassen.

(Beifall der CDU)

Deshalb wünsche ich mir, dass sich das Engagement der jungen Menschen nicht nur auf Freitagsdemonstrationen beschränkt, sondern dass sie auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, zum Beispiel vor Ort in den Kommunen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

In unseren kommunalen Gremien wird über Klimaschutz und Umweltpolitik entschieden. Dort wird über öffentliche Grünflächen entschieden: ob auf ihnen insektenfreundliche Blühstreifen gepflanzt werden oder ein pflegeleichter englischer Rasen eingesät wird. Dort wird entschieden, ob es Elektrotankstellen gibt, eine Mitfahrerbank, oder ob Carsharing angeboten wird.

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Dort wird entschieden, ob es Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden gibt und wie es mit dem Wärmeschutz aussieht. Dort wird konkret über Klimaschutzmaßnahmen entschieden, über den Erhalt der Biodiversität und über eine Nachhaltigkeitsstrategie.

(Beifall der CDU)

Aber was sind unsere Antworten für die Schülerinnen und Schüler?

(Zurufe von der SPD: Wahlalter ab 16!)

– Das Schöne ist, bei Ihnen ist genauso der Reflex da, wie ich ihn von der AfD erwarte, sodass wir vom Klimaschutz zur Islamisierung kommen. Jetzt diskutieren wir konkret, was wir tagtäglich umsetzen. Und was kommt? „Wahlalter ab 16!“

(Beifall der CDU –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: So ein  
Blödsinn!)

Das sind genau die gleiche Mechanismen, bloß auf der anderen Seite.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte noch einmal den Blick auf den gestrigen Tag lenken.

(Weitere Zurufe von der SPD –  
Glocke des Präsidenten)

Wir haben gestern eine Regierungserklärung des Wirtschaftsministers von über 30 Minuten gehört. In der über 30-minütigen Regierungserklärung ist nicht einmal das Wort „Klimaschutz“ vorgekommen. Nicht einmal.

(Beifall der CDU –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Bravo!)

So werden wir in Rheinland-Pfalz keine Ziele setzen, wie wir Wirtschaft und Klimaschutz in Einklang bringen können. Da müssen wir schon ressortübergreifend zusammenarbeiten.

(Beifall der CDU)

Die Bundesregierung hat es uns an diesem Punkt vorge-macht. Die Bundesregierung hat jetzt ein Klimakabinett installiert. Wir machen Ihnen den Vorschlag, machen Sie es der Bundesregierung nach. Richten Sie in Rheinland-Pfalz einen Klimarat ein, in dem ressortübergreifend zusammen-gearbeitet wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind gerne bereit, mitzuarbeiten und unsere Ideen ein-zubringen.

(Zurufe der Abg. Giordina Kazungu-Haß,  
SPD, und Marco Weber, FDP –  
Weitere Zurufe aus dem Hause –  
Glocke des Präsidenten)

Wir müssen aber auch konkrete Maßnahmen vorlegen, die die Menschen mitnehmen und nicht bevormunden.

Wir brauchen Anreize statt Verbote. Mit Blick auf die Zeit möchte ich nur noch einige schlaglichtartig nennen: neue Antriebstechnologien für den Verkehr – elektrisch, mit Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen. Hier müssen wir technologieoffen sein. Im Gebäudebereich brauchen wir dringend steuerliche Anreize für die energetische Sanierung der Häuser. Wir brauchen eine Umsetzungsstrategie der drei großen E: Energieeinsparung, Energieeffizienz und der Einsatz von erneuerbaren Energien.

Der Einsatz von erneuerbaren Energien wird aber nur dann funktionieren, wenn wir bereit sind, auch mehr in die Erforschung von Speichertechnologien zu investieren; denn der Erfolg der alternativen Energieträger

(Glocke des Präsidenten)

hängt essenziell von der Entwicklung geeigneter Speichertechnologien ab.

(Beifall der CDU)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Klimaschutz geht uns alle an. Mit einer Artikulation der Herausforderungen ist der erste Schritt getan, aber es müssen weitere Schritte folgen.

(Beifall der CDU)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Klein.

#### **Abg. Jürgen Klein, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Grünen fordern in ihrem Antrag, den Klimaschutz konsequent voranzubringen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Es gibt gar keinen  
Antrag!)

Was soll das heißen? Es ist eine Propagandaformel, die vielleicht in den Medien Zustimmung findet. Aber wonach sollen wir denn konkret streben? Wollen wir die gegenwärtigen Klimaverhältnisse erhalten und nur noch den Jahresgang des Wetters dulden?

Wieso stellen Sie die Forderung in unserem Landtag auf, wenn doch anerkanntermaßen Klimapolitik eine Aufgabe der Weltgemeinschaft ist? Praktisch läuft der Klimaschutz doch immer auf das Gleiche hinaus: die Förderung der erneuerbaren Energien mit administrativen Anordnungen, mit Propaganda und Milliarden von Euro an Subventionen,

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

die vom Steuerzahler eingetrieben werden. Auch wenn man das Ziel der CO<sub>2</sub>-Begrenzung ernst nehmen sollte, so ist doch die Energiewende schon sichtbar gescheitert. Der Ausstoß an Treibhausgasen bleibt seit Jahren auf etwa gleichem Niveau. Nur die Windräder werden stetig vermehrt.

(Zuruf aus dem Hause: Stimmt!)

Die Unterstützung der Bewegung „Fridays for Future“ ist die Mobilisierung eines letzten Aufgebots, eine Flucht ins Irrrationale.

(Weitere Zurufe aus dem Hause –  
Abg. Martin Haller, SPD: So ein Blödsinn!  
Lesen Sie den Kram einmal durch, bevor  
Sie ihn hier vortragen! Sie müssen nicht  
alles erzählen, was man Ihnen aufschreibt!)

Statt eine nüchterne Analyse fördern die Grünen hier eine Kampagne der Unfehlbarkeit der Lehren des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).

(Beifall der AfD)

Auf Bundesebene gibt es die Parallelaktion des Versuchs der Erhebung dieses diffusen Ziels in den Rang eines Verfassungsziels.

(Abg. Benedikt Oster, SPD: Diffus ist nur  
die Rede!)

Auch damit sollen die wirren und realitätsfernen Absichten der demokratischen und parlamentarischen Erörterung entzogen werden.

Wozu denn diese Mobilisierung? Dass das Klima sich ändert, ist im Rückblick auf die historischen Zeiten sicher und wohldokumentiert. Auch ein Rückblick auf die Erdgeschichte zeigt enorme Schwankungen der Temperaturen auf.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Unsicher ist aber, in welche Richtung sich das derzeitige Klima in Europa oder weltweit verändert. Unsicher und sogar umstritten ist, wie die möglichen Veränderungen zu bewerten sind. Höchst zweifelhaft ist auch, ob das verteilte CO<sub>2</sub> bei den Klimaveränderungen eine wichtige Rolle spielt.

(Zurufe von der SPD)

Unzweifelhaft ist allerdings, dass das CO<sub>2</sub> ein Grundbaustein der Vegetation ist und erdgeschichtlich gesehen derzeit zu wenig davon in der Atmosphäre enthalten ist.

(Beifall der AfD –  
Abg. Martin Haller, SPD: Das ist eine  
groteske Rede, die Sie hier halten!)

Die von den Grünen betriebene Indoktrination und deren Unterstützung durch ihre Gesinnungsgenossen trägt schon totalitäre Züge.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es muss  
ein Streich gewesen sein, dass Ihnen  
jemand so etwas aufschreibt!)

Damit sollen Andersdenkende eingeschüchtert und kühlere Köpfe diskreditiert werden.

(Beifall des Abg. Joachim Paul, AfD)

Zu beklagen ist auch, dass diese deutsche Bewegung in unseren Nachbarländern als lächerlich oder gar gefährlich



empfunden wird. Sorgen macht ferner, dass in dieser Jugendbewegung weder das Problem genau bezeichnet wird noch die technischen Lösungsmöglichkeiten offen erörtert werden.

(Zurufe von der SPD)

Verdrängt wird auch, dass jede denkbare Klimapolitik die Mitwirkung der gesamten

(Weitere Zurufe von der SPD –  
Glocke des Präsidenten)

Staatengemeinschaft erfordert. Die nach Fläche und Wirtschaftsleistung großen Staaten haben aber ganz andere Auffassungen von den klimatischen Zusammenhängen und sehr unterschiedliche Interessen mit Blick auf den Klimawandel.

Die Grünen wollen der jungen Generation eine Zukunft geben.

(Heiterkeit und Beifall des Abg.  
Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Das wollen  
nicht nur die Grünen, sondern wir auch!)

– Sie sind doch grün, Frau Schneider!

(Heiterkeit und starker Beifall der AfD)

Wäre diese fürsorgliche Regung echt, sollten Sie dafür sorgen, dass Deutschland nicht auf den Stand eines Agrarlands mit Biolandbau zurückfällt. Sie müssten auch dafür sorgen, dass die Schulen dem Lernen und nicht der Stimmungsmache dienen. Im Übrigen sollten Sie auch im Hinblick auf die jüngere Generation dafür eintreten, dass die Sicherheit daheim und an den Landesgrenzen verbessert wird.

(Zurufe von der SPD: Oh,  
„Landesgrenzen“!)

Wenn die Mitglieder des Landtags der Meinung sind, wir gehen klimatisch unsicheren Zeiten entgegen, sollten Sie sich nicht daran versuchen, das Klima steuern zu wollen,

(Abg. Benedikt Oster, SPD: Sie sollten die  
Rede am Aschermittwoch halten!)

sondern sich für eine vorsorgende Anpassung einsetzen. Elemente einer solchen Vorsorge wären eine Stärkung des Katastrophenschutzes und der Ausbau und die Stärkung der technischen Infrastruktur.

(Glocke des Präsidenten)

Das Land muss viel mehr in die Erneuerung der morschen und überalterten Drainagesysteme in den Kommunen investieren. Und zum guten Schluss: Der Diesel gehört zu Deutschland, und das ist auch gut so.

(Beifall der AfD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Weber das Wort.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Marco, sei  
vorsichtig, sonst wirst auch Du noch grün!)

**Abg. Marco Weber, FDP:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Vorredner nötigt mir einen Satz oder zwei ab, auch wenn ich mich damit ein bisschen schwer tue. Ich bin aber wirklich dankbar, dass vier Fraktionen in diesem Landtag das Thema ernst nehmen bzw. die Ernsthaftigkeit des Themas erkannt haben, und zwar zweifach: Zum einen, Jugendliche beschäftigen sich mit der Politik und Ernsthaftigkeit dieses Themas, und zum anderen machen sie sich auch über Umwelt und Klima Gedanken. Auch wir in vier Fraktionen machen uns ernsthaft Gedanken darüber und führen deshalb eine politische Debatte.

(Beifall der FDP, der SPD, der CDU und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann erkennen, dass es unterschiedliche Auffassungen dazu gibt, was die Notwendigkeit und Ausführung von „Fridays for Future“ anbelangt. Man kann heute in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf der ersten Seite eine Stellungnahme dazu lesen und die unterschiedlichen Auffassungen wahrnehmen.

Frau Schneider, Sie haben erwähnt, dass Sie gestern gut zugehört haben. Ich habe eine andere Variante gewählt. Gestern war Girls' Day. Wir in der FDP-Fraktion hatten eine Gruppe aus Koblenz zu Gast. Ich habe mit ihr zusammen das heutige Thema diskutiert und die Gruppe der jungen Frauen gebeten: Nennt mir einmal die Themen, die Euch bewegen in Eurem Alter zwischen 16 und 18 Jahren. – Sie haben mir einige Themen, die ihnen wichtig sind, aufgeschrieben und mitgegeben.

Ein Thema ist die Mülltrennung. Sie machen sich Gedanken über die Mülltrennung, über das Thema „Plastik“, über Plastik in Gewässern, aber auch über Plastik in Böden, in landwirtschaftlichen Böden, in unserer Umwelt. Sie fordern eine konsequentere Mülltrennung bzw. eine konsequentere Plastikvermeidungsstrategie auf europäischer Ebene, nicht nur in Deutschland.

Ein weiterer Schwerpunkt, den sie nannten, war der Verkehr. Dieses Thema haben wir schon öfter hier diskutiert. Ich glaube, es ist allgemein politisch gewollt, dass der öffentliche Personennahverkehr weiter ausgebaut wird. Eine Anregung der Jugendlichen war, über weitere Vergünstigungen nachzudenken bzw. auch darüber, ob weiterhin Flugzeuge im Billigsegment im Zusammenhang mit Fern- oder Städtereisen unterwegs sein können.

Ein weiteres Thema war der Forst, die Beschäftigung mit Waldflächen und Wiederaufforstung. Wir haben in Rheinland-Pfalz einen hohen Waldanteil. Dementsprechend reden wir auch über weitere Versiegelungsflächen, wenn Neubaugebiete oder Firmenerweiterungen anstehen und in der Diskussion sind. Wir reden bei diesem Thema aber zum Beispiel auch über Einsätze nach Starkregen-

oder Windereignissen. Wie können wir unsere Wälder nachhaltiger aufbauen?

Auch ein großes Thema war der Fleischkonsum. Muss sich der Fleischkonsum ändern? Muss sich bei der Tierhaltung etwas ändern? Dazu sind wir politisch auch deutschlandweit in der Diskussion, und wir haben im Landtag schon darüber gesprochen. Die Fragen lauten: Müssen die Produkte teurer werden? Muss mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden, wie unsere Ernährung aussehen kann? Welche gesundheitlichen Auswirkungen hat eine falsche Ernährung?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben beim Klimaschutz große Herausforderungen zu bewältigen. Wir müssen Folgendes feststellen: Die Kollegen haben schon aufgezählt, wie wir in der Ampelkoalition zusammen mit der Landesregierung viele Projekte auf dem Weg haben und Windkraft, Solar und erneuerbare Energien in der Speichertechnologie voranbringen. Diese Projekte müssen weiter ausgebaut werden. Wir sind da noch nicht am Ende.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Thema „CO<sub>2</sub>“. Sehr geehrter Herr Kollege Klein, für einen effektiven Klimaschutz braucht es eine internationale Lösung. CO<sub>2</sub>-Emissionen halten sich nicht an Ländergrenzen. CO<sub>2</sub> muss begrenzt werden, bzw. vielleicht muss beim Emissionshandel über Instrumente nachgedacht werden, wie wir CO<sub>2</sub> besteuern oder den Wert beim CO<sub>2</sub>-Handel verteuern.

Wir Freien Demokraten nehmen uns dem Aufruf der jungen Generation an, werden uns in Zukunft noch mehr anstrengen und unsere Aktivitäten für mehr Klimaschutz intensivieren.

Ich fordere alle auf, nicht über die Schulpflicht oder die Teilnahme zu diskutieren, sondern die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen,

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

welche Zukunftsperspektiven die Jugendlichen haben und welche Aufgaben zu bewältigen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Das sind unsere Themen. Aber meine persönliche Meinung ist, Schulpflicht ist Schulpflicht, und man sollte die Schule besuchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen weitere Gäste im Landtag begrüßen: zunächst Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe des Mittelrhein-Gymnasiums Mülheim-Kärlich. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Wir begrüßen außerdem Schülerinnen und Schüler der Adolf-Diesterweg-Realschule plus Ludwigshafen, die an dem Tagesseminar teilnehmen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Und wir begrüßen Schülerinnen und Schüler der 12. Jahrgangsstufe der Integrierten Gesamtschule Sophie Sondheim Bad Kreuznach. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung spricht Umweltministerin Höfken.

#### **Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte einen Teil der Vordebatte mit aufgreifen. Es geht hier um soziale Marktwirtschaft. Es geht vor allem um ökologische Marktwirtschaft. Das ist nicht nur ein Zukunftsthema der Wirtschaft, sondern auch der Jugend.

Die Einschläge der Klimaveränderungen kommen näher und sind spürbar: Stürme, Starkregen, Hitze und Dürre. Schauen wir allein nur auf die Dürre und die Wassersituation, dann sehen wir bei der BASF einen Verlust von 250 Millionen Euro allein durch das Niedrigwasser. Das berührt den Standort Deutschland. Das muss man sich klarmachen. Es ist ein Standortfaktor.

Oder das Wasser: Die Nachbildung des Grundwassers berührt uns alle. Deswegen müssen wir auf das Wasser und dessen Sauberkeit aufpassen.

Kollege Weber, Sie haben schon gesehen, der Wald ist ein großes Thema, und es ist auch ein großes Thema für die Jugend.

Ich war diese Woche in Rettert, einem Ort im Westerwald: Katastrophenstimmung im Dorfgemeinschaftshaus, das muss man sagen, angesichts dieser schwerwiegenden Folgen für die Natur, aber genauso für die Kommunen, die dort die Waldentwicklung genommen hat. Das „Waldsterben“ ist leider wieder ein Begriff, den man benutzen muss.

Das heißt für uns alle, auch in Rheinland-Pfalz, ein Verlust von Heimat, von Identität, von Natur und von Erholung, und das berührt die Jugend. Das berührt auch mich. An die Herren von der AfD: Das Waldsterben der 1980er-Jahre ist nicht deswegen weggegangen, weil man es geleugnet hat, sondern weil gehandelt wurde, und zwar von der Politik – der Schwefel ist aus dem Benzin herausgekommen – und von der Wirtschaft.

Wir müssen ganz klar sagen, was wir sehen, sind die Symptome, aber die Ursachen sind zu bekämpfen. Die Ursachen liegen in der Verbrennung fossiler Energien. Das heißt, die Lösungen sind Solaranlagen und Windkraft. Das müssen wir aufgreifen. Wir müssen auch die Zukunftsangst der Jugend ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben die Verantwortung. Alles, was wir nicht tun, ist unterlassene Hilfeleistung sowohl unserer Jugend als auch unserer Wirtschaft und unserem Staat gegenüber.

Kollege Lindner von der FDP sagte, das soll man doch den Profis überlassen. – Das war jetzt vielleicht nicht ganz so geschickt, aber er kann nicht die Jugendlichen gemeint haben, die keine Profis sind; denn sie haben sich ein unglaubliches Wissen über die Themen erarbeitet, sodass man wirklich eine riesige Achtung davor haben muss. Ich glaube, das war letztendlich auch eine riesige Bildungsaktion.

Er hat sicherlich auch nicht unsere Bundesminister Altmayer und Scheuer gemeint; denn wir müssen sagen, Herr Baldauf, wenn das Thema „BASF“ doch ein so wichtiges ist – was es ja ist –, dann muss man einmal schauen, was zum Beispiel der Vorstandsvorsitzende, Herr Brudermüller, und der ganze Vorstand von BASF sagen – wir hatten ihn im Ministerrat, Frau Schneider –: klimaneutrales Wachstum, kontinuierliche Optimierung – da ist das Thema „Eigenstrom“ unwahrscheinlich wichtig – und CO<sub>2</sub>-armer Energieeinkauf. Das ist das Thema des grünen Stroms mit Windanlagen und Ersatz von Erdöl und Kohle. Die BASF stellt auch die Frage an die Politik, was sie wirklich getan hat: Warum geht das in Indien, und warum geht das nicht bei uns?

Wir müssen genau diese Hemmnisse beseitigen, und ich muss sagen, liebe Kollegen von der CDU und CSU in Berlin, das Haupthemnis liegt bei der Bundesregierung, es liegt in ihrer Verantwortung. Ich rede gar nicht von der AfD.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und FDP)

Mit ihrer Politik gehen wir in die Deindustrialisierung. Es ist eine Zukunftsverweigerung. Herr Kollege Hartenfels hat es schon erwähnt, jeden Monat erleben wir von Berlin eine neue Hürde. Da ist die Absenkung der Solarenergievergütung, das Geschenk zu Weihnachten an die Dachdecker und die Gewerbetreibenden – Planungsunsicherheit bei der Wirtschaft in hohem Maße! –,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Hoch subventionierten Wirtschaft!)

gleich im Januar das Kippen des Einspeisevorrangs zugunsten der Kohle, und die Arbeitsgruppe „Akzeptanz“ beim Thema „Kohleausstieg“ beschäftigt sich damit, wie man den Bau von Windanlagen verhindern kann. Ich meine, das gibt es doch gar nicht.

Beim Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir einen Deckel statt einen Ausbau. Die Eigenstromnutzung wird nicht ermöglicht. Dort liegt ein riesiges Hemmnis bei der Nutzung von Speicherung, von Flexibilität und von Power-to-Gas. Das ist unwirtschaftlich. Frau Ministerpräsidentin hat gerade noch das Pumpspeicherwerk erwähnt. Das sind alles Hemmnisse, die abgebaut werden müssen.

Am Dienstag hat die Kommission für Klimaschutz im Verkehr 17 Stunden daran gearbeitet, Klimaschutz und Ver-

kehr zusammenzubringen. Was ist herausgekommen? – Nichts, gar nichts. Das haben sie nicht geschafft.

(Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

Wir erleben die Bundesregierung in Brüssel in einem trauten Bündnis. Frau Schneider, dort werden Sie demnächst sitzen und eine Rolle zu spielen haben. Ein tolles Bündnis von Deutschland, Polen, Ungarn und Tschechische Republik verweigert die Klimaschutzziele. So sieht es im Moment aus.

Ich glaube, das ist eine Situation, die wir nicht hinnehmen können. Wir haben kein Bundesklimaschutzgesetz. Wir haben kein Gebäudeenergiegesetz. Dem Land bleiben leider beschränkte Möglichkeiten.

Aber umgekehrt sehe ich, dass wir im Landtag kämpfen, auch gemeinsam, und sogar die CDU schon als grün bezeichnet wird. Das müsste dann aber einmal Realität werden. Wir haben beschränkte Möglichkeiten, aber wir haben ein Klimaschutzgesetz. Wir haben beim Strom jede zweite Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien, und wir wollen Bündnisse mit den Kommunen und auch mit der Jugend schließen, um weiter voranzukommen.

Es ist wichtig, wir schreiben ein Klimaschutzkonzept fort. Frau Schneider, übrigens haben Sie sich darüber total lustig gemacht, als wir das hier diskutiert haben. Die ganzen Maßnahmen, die Sie jetzt erwähnt haben, haben Sie lächerlich gemacht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, das stimmt!)

Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir in den Kommunen aktiv werden und Partner und Bündnisse suchen und finden. Das ist unter anderem die Jugend, aber es sind alle, die das unterstützen, ob es die Wissenschaftler, die Eltern oder sonst wer ist.

Wir werden am 3. Mai eine Klimaschutzkonferenz mit den Jugendlichen starten. Ich denke, es ist meine Aufgabe und unsere Aufgabe als Landesregierung, Angebote zu machen und es ernst zu nehmen. Mit einer solchen Jugendklimakonferenz können wir ein Stück weit die Dinge aufnehmen, die für die Zukunft für den Klimaschutz zu machen sind. Wir brauchen eine starke Klimapolitik.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Abgeordneter Dr. Braun.

**Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Danke für die Debatte, die bis auf einen Beitrag durchaus eine positive und zukunftsgerichtete Debatte war. Ich

glaube, das kann und muss der Staat sein, der den Klimaschutz auch nach unserem Klimaschutzgesetz und nach den Möglichkeiten, die wir im Land haben, erneut überprüft.

Ich bin der Auffassung, wir müssen alle unsere Aufgaben vor Ort erfüllen. Es wurde gesagt, in den Kommunen ist es wichtig, den Klimaschutz zu betreiben. Beispielsweise dürfte es keine Schulen und öffentlichen Gebäude ohne Solaranlagen mehr geben. Es gibt auch statische Gründe, warum das nicht machbar ist, aber dort, wo es möglich ist, müssen in den Gemeinden noch einmal Überprüfungen stattfinden und können wir es machen.

Es lohnt sich auch. Es kostet kein Geld, sondern Solarenergie ist die günstigste Energie, die wir erzeugen können. Sie kostet im Moment 5 bis 6 Cent. Jede Atomkraft und jedes Kraftwerk für Braunkohle ist viel teurer. Meine Damen und Herren, deswegen ist es eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Sache, wenn wir die Solaroffensive größer machen und immer größer werden lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

Dazu kommt, wir brauchen europaweit eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Wir müssen nicht alles klein-klein im Einzelnen regeln. Nein, wir brauchen in der europäischen Politik grundsätzliche Leitplanken. CO<sub>2</sub> muss bepreist werden, dann können andere Steuern wegfallen. Wenn wir CO<sub>2</sub> einen ordentlichen Preis geben, lenkt das die Wirtschaft in die Richtung, innovativ zu sein und CO<sub>2</sub> einzusparen. Meine Damen und Herren, über eine innovative Wirtschaft, die wir auch in Rheinland-Pfalz unterstützen, haben wir vorhin und gestern diskutiert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

Zum Schluss eine Bewertung: vielen Dank an die Bewegung „Fridays for Future“. Greta Thunberg hat, als sie gefragt wurde, ob sie stolz auf ihre Erfolge sei, zu Recht gesagt: Welche Erfolge denn? Es hat sich doch noch gar nichts bewegt. – Deswegen ist es wichtig, dass die Politik in Bewegung kommt. Es ist toll, dass die Schülerinnen und Schüler und die Jugendlichen auf der Straße in Bewegung sind,

(Glocke des Präsidenten)

übrigens gibt es auch „Omas und Opas for Future“. Ich war schon dabei. Es ist aber wichtig, dass wir als Politik in Bewegung kommen und die Dinge umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion spricht Abgeordneter Rahm.

**Abg. Andreas Rahm, SPD:**

Herr Präsident, vielen Dank. – Meine Damen und Herren! Frau Schneider, Sie sagen, Sie haben eine politisierte Jugend vor sich, und Sie sagen, ja, sie sollen in den Räten mitarbeiten und entscheiden, was in den Kommunen passiert. Das geht in vielen Fällen noch gar nicht. Das geht noch gar nicht, darüber reden wir später im Zusammenhang mit dem Wahlalter ab 16 Jahren.

Ich werde von den Aussagen von Herrn Klein von der AfD getrieben. Herr Klein, Peinlichkeit Akt 1: Sie sagen an diesem Pult, Sie kennen die Ziele der Initiative nicht. Ich darf sie Ihnen nennen: Es soll auf die klimapolitischen Missstände und auf das Übereinkommen von Paris aufmerksam gemacht werden, der Abbau fossiler Brennstoffe soll beendet werden, Subventionen für fossile Energieverwendung sollen abgeschafft werden, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen der Verkehrswende usw. Auch für das Wahlalter 16 wird bei der Initiative „Fridays for Future“ demonstriert. Peinlichkeit Akt 1, alle diese Dinge kennen Sie nicht.

Peinlichkeit Akt 2: Das muss ich ehrlich sagen, Sie erdreisten sich, eine solche Initiative von jungen Menschen als „letztes Aufgebot“ in Deutschland zu bezeichnen. Eine Frechheit ohnegleichen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Es tut mir leid: So über junge Menschen zu sprechen, zeigt wirklich den Geist der AfD. Das gehört sich einfach nicht. Wenn diese jungen Menschen das „letzte Aufgebot“ in Deutschland sind, dann bin ich stolz auf dieses letzte Aufgebot.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der  
CDU)

Die SPD-Fraktion wird sich im Anschluss an diese Debatte mit einigen jungen Menschen aus dieser Initiative treffen. Ich bin sehr gespannt, was sie zu Ihrer Rede sagen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Schneider.

**Abg. Christine Schneider, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Weber, wir haben gestern die Variante gewählt, erst dem Minister bei der Regierungserklärung zuzuhören und dann auch mit den Jugendlichen, mit den Jungs und Mädels, die bei uns in der CDU-Fraktion waren, zu diskutieren, und zwar nicht nur gestern. Wir hatten bereits die Landesschülervertretungen in der Fraktion zu Besuch.

Wie auch andere Kollegen diskutieren wir mit den Bewegungen „Fridays for Future“ auch in unseren Wahlkreisen, weil wir genau das umgesetzt haben wollen, was ich in meiner ersten Rede gesagt habe: Das eine ist, das Problem zu beschreiben, aber das andere ist dann auch, Lösungen zu präsentieren

(Beifall bei der CDU)

und zu überlegen, wer an welcher Stelle welche Aufgabe wahrnehmen und umsetzen kann.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist schon viel passiert im rheinland-pfälzischen Landtag,

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

aber dass ich als Grüne bezeichnet wurde, war heute neu.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –  
vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Ich habe mir Gedanken darüber gemacht. Vielleicht rentiert es sich gar nicht, darüber nachzudenken, aber möglicherweise hat der AfD-Vertreter gut recherchiert. Ich weiß nicht, ob Ihnen der Name Herbert Gruhl noch etwas sagt.

(Zuruf von der AfD: Natürlich! –  
Vizepräsident Hans-Josef Bracht  
übernimmt den Vorsitz)

Er war CDU-Bundestagsabgeordneter, landete Mitte der 70er-Jahre mit seinem Buch „Ein Planet wird geplündert“ einen Bestseller und brachte die Umweltbewegung maßgeblich mit voran.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Und er trat aus  
der CDU aus!)

1970 CDU-Bundestagsabgeordneter – die Grünen wurden erst zehn Jahre später gegründet. Von daher habe ich dann doch einen leicht grünen Anstrich in mir.

(Vereinzelt Heiterkeit bei dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Das stimmt; denn Klimapolitik hat mit der Bewahrung der Schöpfung zu tun. Bewahrung der Schöpfung ist die Grund-DNA der Christlich Demokratischen Union,

(Beifall der CDU)

da das mit unserem „C“ symbolisiert wird.

Ich könnte Ihnen jetzt noch Auszüge aus dem CDU-Grundsatzprogramm von 1994 vorlesen, aber die Zeit lässt es nicht mehr zu.

Ich möchte eines zusammenfassen: Wir waren uns als vier Fraktionen in dieser Debatte einig. Das eine sind die Demonstrationen. Wir wollen mit den Jugendlichen, mit den jungen Erwachsenen auf Augenhöhe über Lösungen diskutieren. Aber das andere ist – da ist jeder an seiner Stelle gefragt, da reicht es nicht, dass wir hier im Land mit

dem Finger nach Berlin oder nach Europa zeigen, jeder an seiner Stelle ist gefragt –, wir sind gefragt, wie wir die Hausaufgaben der Zukunft machen.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb unser Angebot: Richten Sie einen Klimarat ein. Wir sind bereit, darin in Rheinland-Pfalz mitzuarbeiten.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächster Redner ist der Abgeordnete Weber von der Fraktion der FDP.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Der grüne  
Marco!)

**Abg. Marco Weber, FDP:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein, zwei Anmerkungen machen, die heute noch nicht erwähnt worden sind. Die handelnden Akteure im ländlichen Raum sind zum einen – ich habe es vorhin schon angedeutet – die Waldbesitzer und die Forstleute, aber auch die in der Landwirtschaft und im Weinbau Tätigen. Sie sind Akteure, die im ländlichen Raum mit der Umwelt bzw. mit den Klimafolgen zu tun haben, aber auch den Klimawandel mitgestalten können.

(Beifall des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Sie müssen in die Diskussion mit einbezogen werden.

Unsere Aufgabe als Politik ist es – ich glaube, da haben wir einen Konsens gefunden –, mit den Jugendlichen zu reden, mit den Forderungen ernst umzugehen, aber auch mit denjenigen, die die Themen umsetzen, mit den handelnden Akteuren – und das sind viele – Gespräche zu führen.

Ich glaube, das ist heute in der Diskussion noch einmal deutlich geworden. Wir haben eine große Aufgabe vor uns. Lassen Sie uns sie fraktionsübergreifend anpacken, dann nehmen wir auch die Jugend ernst.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir im Rahmen dieses Teils der Aktuellen Debatte nicht mehr vor, damit sind wir am Ende des zweiten Teils.

Wir kommen zum dritten Thema der

## AKTUELLEN DEBATTE

**Geplante Neuordnung der Universitätslandschaft in  
Koblenz, Kaiserslautern und Landau vor dem  
Scheitern – Betroffene sehen kein tragfähiges  
Konzept und keine auskömmliche Finanzierung**  
auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 17/8619 –

Ich darf um Wortmeldungen bitten und erteile das Wort der Abgeordneten Schneid von der antragstellenden Fraktion.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Es wäre schön, wenn der zuständige Minister auch da wäre bei der Debatte! –

Abg. Daniel Schöffner, SPD: Der Staatssekretär ist doch bestimmt da!)

**Abg. Marion Schneid, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat sich konstruktiv und offen gegenüber der Umstrukturierung der Hochschullandschaft gezeigt, aber wir haben von Anfang an klare Forderungen und Bedingungen gestellt und formuliert, Bedingungen, die für jedwede Umstrukturierung zwingend notwendig sind. Das sind eine transparente Kommunikation, ein klares und tragfähiges Konzept und eine solide und auskömmliche Finanzierung.

(Beifall der CDU)

Das, was vonseiten des Ministeriums bislang vorgelegt wurde, ist in jeder Hinsicht ungenügend. Auf dieser Basis lehnen wir eine Fusion mit Kaiserslautern und Landau entschieden ab.

(Beifall der CDU –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Oh!)

Zur Kommunikation: Von Anfang an sind gravierende Fehler gemacht worden.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Sehr richtig! –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Ja!)

Um einen solch großen Prozess wie eine Umstrukturierung zweier Universitäten gut zu gestalten, sind die Kommunikation und das offene Gespräch das A und O.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, Sie haben die Entscheidung ohne Personalvertretungen, ohne Hochschulgremien, ohne AStA-Vertretungen und ohne die Vertretung der kommunalen Kräfte getroffen. Sie haben damit Gerüchte geschürt, Sie haben Verunsicherung und Verärgerung geschürt. Letztendlich – ich habe es schon das letzte Mal gesagt – könnte ich mir eine schlechtere Vorgehensweise für diesen großen Prozess kaum vorstellen.

(Beifall der CDU)

Statt gemeinsam in einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess einzutreten, haben Sie Misstrauen und Abwehrhaltung geschürt. Solange das so ist, sieht die CDU-Fraktion überhaupt keine Basis für eine Fusion.

(Beifall der CDU)

Zum Konzept: In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage heißt es, dass die Landesregierung das Ziel hat, „die

Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen im Land zu steigern und die Attraktivität von Rheinland-Pfalz als Studien- und Wirtschaftsstandort zu erhöhen“.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU:  
Plattitüder geht es nicht mehr!)

Wie soll denn das funktionieren, wenn kein Konzept existiert, wenn konkrete Zielvorgaben fehlen, wenn die Hochschule die Entwicklung von konkreten Entscheidungsstrukturen jetzt auch noch selbst erarbeiten soll? Erst die Hochschulen aus dem Entscheidungsprozess fernhalten, aber sie dann beauftragen, die Kohlen aus dem Feuer zu holen! So geht es nicht.

(Beifall der CDU)

Der dritte, der wichtigste Punkt: die Finanzierung. Hochschulen brauchen eine solide und sichere finanzielle Grundlage, umso mehr, wenn ich nebenher zu dem normalen Geschäft als Hochschule noch neu eine Umstrukturierung schultern und umsetzen muss.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Gebetsmühlenartig haben wir seit wirklich vielen Jahren die viel zu geringe Grundfinanzierung thematisiert. Wir fordern erneut eine Anhebung der Grundfinanzierung, und wir fordern auch erneut eine Zusage der Landesregierung, den Eigenanteil zum Hochschulpakt zu verstetigen.

(Beifall der CDU)

Absolut, wirklich absolut unverständlich ist, dass Sie für Ihr Hochschulzukunftsprogramm zum Haushalt keinerlei Vorsorge getroffen haben. Nachdem Sie dieses Feuerchen an den Universitäten entfacht haben, rufen Sie jetzt nach der Feuerwehr, die selbstverständlich für Sie immer in Berlin sitzt. Aber nein, das Bundesbildungsministerium hat auf Anfrage unseres Abgeordneten Gebhart sehr deutlich dargestellt, dass es für eine Fusion nicht mehr Hochschulmittel geben wird als bislang.

(Beifall der CDU)

Sie haben also weder Vorsorge getroffen noch eine Planungssicherheit für die Hochschulen und Universitäten geschaffen.

Bevor eine Umstrukturierung angegangen werden kann, müssen finanzielle und personelle Ressourcen geschaffen werden. Sie müssen vorhanden sein.

Ich sage es ganz ehrlich: Mit einem leeren Tank kann ich keine große Reise mit dem Auto machen. Ich tanke, bevor ich in Urlaub fahre. Wenn Sie das nicht machen, kommen Sie wahrscheinlich immer nur bis zur nächsten Autobahnraststelle, aber nie bis zum Ziel.

(Beifall der CDU)

Was ich hier kurz skizziert habe, steht in Übereinstimmung mit den Senatsbeschlüssen vor Ort, steht in Übereinstimmung mit Briefen der Betroffenen, mit Briefen von Gewerkschaften, steht in Einklang mit den Hochschulleitungen, den Personalvertretungen und den Studierendenvertretungen.

gen.

Alles Geisterfahrer, Herr Minister? – Wohl kaum. Der jüngste Brief des Präsidenten der Universität Kaiserslautern bestätigt uns noch einmal. Stoppen Sie Ihre verkorksten Fusionspläne, schaffen Sie ernsthafte Perspektiven für unsere Hochschulen!

Danke.

(Beifall der CDU –  
Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Sehr gut!)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort dem Abgeordneten Klomann für die Fraktion der SPD.

**Abg. Johannes Klomann, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer sich in der Regierungsverantwortung befindet, der hat auch die Verpflichtung, immer wieder zu prüfen, wie man Abläufe, Verfahren und Strukturen verbessern kann und gegebenenfalls Dinge reformiert und Prozesse anstößt. Das zeigen zum Beispiel die zahlreichen Reformwerke im Bereich der Bildung der letzten Jahre. Ich denke dabei an die Einführung der Ganztagschule, das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ oder die Schulstrukturreform.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Kleine  
Grundschulen!)

Wer sich in Regierungsverantwortung befindet und Veränderungsprozesse startet, der weiß aber auch, dass er nicht immer ausschließlich Beifall erntet,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist  
es!)

oftmals der Widerspruch groß ist, weil die Interessenlagen unterschiedlich sind – ja, ich weiß, Sie wissen es nicht, aber wir wissen es –

(Heiterkeit der Abg. Alexander Schweitzer,  
SPD, und Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und es oftmals scheint, dass sie nicht unter einen Hut zu bringen sind.

Das ist der Alltag, wenn man die Regierung stellt. Wenn man das nicht möchte, lässt man Veränderungen bleiben und verwaltet nur.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Das dürfte aber keiner von uns wollen. Von daher war es richtig, dass die Koalition im Koalitionsvertrag beschlossen und die Regierung es umgesetzt hat, nämlich eine Kommission einzusetzen, die mit externem Sachverstand die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft unter die Lupe nimmt und schaut, wo die Stärken und Schwächen der einzelnen Hochschulstandorte liegen und man die Profilbildung noch verbessern kann.

Unter anderem ist dabei ein Vorschlag herausgekommen – den die Landesregierung nun unterbreitet hat –, dass die Universität Koblenz-Landau aufgelöst werden soll, eine Forderung, die im Übrigen nicht neu ist, sondern schon seit Jahren in der Hochschulszene diskutiert wird. Der Standort Koblenz soll eigenständig werden, und der Standort Landau, so der Vorschlag weiter, soll mit der Technischen Universität Kaiserslautern zusammengeführt werden.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: So steht  
das nicht da!)

In der Aktuellen Debatte im Plenum am 20. Februar haben die Fraktionen – auch die CDU – diesen Vorschlag zunächst einmal als positiven Schritt bewertet, auch aus dem Grund, dass Stillstand, bloßes Verwalten nicht die Antwort auf die Fragen dieser Zeit sein kann.

Frau Schneid von der CDU hat im Plenum am 20. Februar insofern ganz zu Recht bekundet – ich zitiere aus dem Plenarprotokoll –: „Wir werden diesen Prozess aufmerksam begleiten, und wir wollen, dass es gut wird.“

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Jetzt machen Sie nach gerade einmal vier Wochen den U-Turn und sagen, dass alles gescheitert ist.

Wir von der SPD-Fraktion wollen weiter, dass ein Strukturreformprozess gut wird oder, anders ausgedrückt, eine Erfolgsgeschichte. Für uns sind folgende Punkte dabei wichtig:

Erstens: Die gute Reputation aller Universitätsstandorte muss von solch einem Prozess profitieren. Wir wissen, was wir an der TU Kaiserslautern haben, und wir sind stolz auf sie,

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

stolz auf die zahlreichen Sonderforschungsbereiche, auf das Landesforschungszentrum OPTIMAS, auf die Ansiedlung zweier Fraunhofer-Institute oder das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI).

Wir wissen zudem, dass die Universität Koblenz-Landau auf ihren Schwerpunkt, der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, stolz sein kann. Als Mitglied des Bildungsausschusses weiß ich, wie wichtig die Lehrerbildung für den schulischen Bereich, für die Qualität der Didaktik und natürlich für die Unterrichtsinhalte ist und damit für die Ausbildungsreife und Studierfähigkeit junger Menschen.

Dieser Schwerpunkt im pädagogischen Bereich ist ein Pfund, mit dem man wuchern kann und muss. Sowohl Koblenz als auch Landau haben große Potenziale durch die in den vergangenen Jahren herausgearbeiteten Fachbereiche für Informatik respektive Psychologie.

Zweitens: In einem parlamentarischen System wie dem unseren entscheidet das Parlament über eine Zusammenführung von Hochschulstandorten. Daher ist es müßig – ich verweise auf die Debatte gestern zum Kindertagesstättengesetz –, hier aufgeregt über etwas zu diskutieren,

was als Gesetzentwurf noch gar nicht existiert und dem Landtag noch gar nicht zugeleitet ist.

(Abg. Martin Haller, SPD: Peinlich ist es auch! –

Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Sehr wohl dem Kabinett!)

Drittens: Wir respektieren selbstverständlich den vor Ort geäußerten Wunsch, dass ein solches Gesetzgebungsverfahren erst dann im Landtag angekurbelt wird, wenn der nun vom Ministerium begonnene Diskussionsprozess mit den Beteiligten dazu führt, dass – ich zitiere die Resolution des Stadtrats Kaiserslautern – „sich beide Universitäten über die im Gesetz zu regelnden Vereinbarungen einig geworden sind“.

Wir begrüßen, dass das Ministerium mit allen beteiligten Standorten in den Prozess des intensiveren Dialogs eintritt. Dabei ist klar, dass bei den unterschiedlichen Fragestellungen nur die vom jeweiligen Szenario – also Auflösung, Eigenständigkeit und Zusammenführung – Betroffenen beteiligt sind.

Meine Damen und Herren, entscheidend wird sein, wie die kommenden Wochen und Monate in diesem Prozess ablaufen. Ich werbe darum, dass wir diesem Prozess – das ist auch der Wunsch vor Ort – die nötige Zeit und Ruhe geben.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut! –

Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Völlige Fehleinschätzung der Situation! Das hat mit der Realität gar nichts zu tun!)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort dem Abgeordneten Schmidt für die Fraktion der AfD.

**Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:**

Herr Präsident, verehrte Kollegen! Die Ministerpräsidentin betonte in ihrer ersten Regierungserklärung vor sechs Jahren: „Ich will das staatliche Handeln transparenter machen.“ Erst im Juli 2018 forderte Frau Dreyer von der Opel-Geschäftsleitung mehr Transparenz. Mit dem Transparenzgesetz geht die Ministerpräsidentin gerne hausieren.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sie geht nie „hausieren“, unsere Ministerpräsidentin!)

Leider spielt ein transparentes Vorgehen bei ihrem Wissenschaftsminister keine Rolle. Das katastrophale Informationsmanagement von Herrn Professor Wolf bei der geplanten Neuordnung der Hochschullandschaft hat deshalb für Stürme der Entrüstung gesorgt – und das zu Recht.

Es entspricht keiner demokratischen Kultur, wenn vom Ministersessel herab Entscheidungen getroffen werden,

ohne sich mit den Betroffenen zuvor in einer ernsthaften Art und Weise auseinandergesetzt zu haben.

(Beifall der AfD)

Mangelhafte Ernsthaftigkeit des Wissenschaftsministers konnten wir im Plenum schon des Öfteren erleben. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die Besprechung unserer Großen Anfrage zur Notengebung und deren Aussagekraft am 20. September 2018, als der Minister selbstherrlich ausführte: „Das Schlechttreden der Gegenwart wird nicht helfen, die Zukunft zu gestalten. Da wir aber die Zukunft gestalten, brauchen wir uns um das Land und die Menschen keine Sorgen zu machen.“

Offenbar verfuhr der Minister nun mit den Hochschulen in einer ähnlich arroganten Weise wie mit der Opposition im Landtag.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Oh je!)

So beklagt sich die Technische Universität Kaiserslautern (TUK), dass die Gremien der Standorte Kaiserslautern und Landau nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden wurden. Im Senatsbeschluss der TUK vom 11. März heißt es: „Die TUK lehnt eine Zwangszusammenführung entschieden ab!“

Eine Zwangszusammenführung lehnen auch wir von der AfD ab. Unsere Partei steht für Subsidiarität, und deshalb sind wir gegen Zwangsfusionen, wenn das vor Ort nicht gewünscht wird.

Zwar kann unsere Fraktion im Modell einer faktischen pfälzischen Volluniversität Kaiserslautern-Landau durchaus viele Chancen erkennen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass das nicht gegen den Willen der beiden Standorte geht. Noch viel wichtiger ist: Dazu bedarf es eines fachlich und finanziell ausgereiften Konzepts. Organisatorische und strukturelle Fragen müssen geklärt sein. Das ist derzeit nicht erkennbar. In diesem Fall überwiegen dann in der Tat die Risiken.

Es ist nicht sinnvoll, den zweiten vor dem ersten Schritt zu tun. Deshalb plädieren wir für eine möglichst enge Kooperation von Kaiserslautern und Landau. Die beiden Standorte könnten einen Hochschulverbund eingehen. Die Universitäten behielten dabei ihre organisatorische Eigenständigkeit und würden zudem ihr charakteristisches, wissenschaftliches Profil vollumfänglich bewahren. Das ist gerade für die auch international angesehene TU Kaiserslautern extrem wichtig. Dieser Prozess sollte vom Wissenschaftsministerium mit Wohlwollen und ohne Zeitdruck begleitet werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD stehen hinter der Forderung des Senats der TU Kaiserslautern, „die Umsetzung des voreiligen und für uns nicht nachvollziehbaren Ministerratsbeschlusses auszusetzen, d. h. keine neuen gesetzlichen Festlegungen zu treffen, bevor eine einvernehmliche Klärung der zukünftigen Strukturen und deren Finanzierung vorliegt“.

Wichtig ist aber auch, dass die Universität Landau am En-



de nicht alleingelassen wird. Was die Finanzierung angeht, habe ich bereits in meiner Rede am 20. Februar eine angemessene und möglichst rasche Mittelaufstockung für beide Standorte gefordert. Nur so kann dieses gerade für die Pfalz bedeutende Zukunftsprojekt gelingen. Es muss sichergestellt werden, dass es keinen Verlierer gibt.

Ich betone an dieser Stelle noch einmal: Wir begrüßen die Trennung von Koblenz und Landau, weil sich dieses künstliche Konstrukt nicht bewährt hat. Es verwundert daher auch nicht, dass an der Universität Koblenz aktuell die Chancen und Entwicklungspotenziale gesehen werden, die sich aus der Trennung von Landau ergeben.

Wir sehen den eingeschlagenen Weg, die Grundrichtung durchaus positiv, weil wir das große Ganze im Blick haben. Das Ziel, die Hochschulen stärker in ihren Regionen zu verankern und die Profile zu schärfen, findet unsere Zustimmung. Was wir aber kritisieren, sind die dilettantische Umsetzung und die undemokratische und intransparente Vorgehensweise des Ministers, die ein an sich begrüßenswertes Vorhaben in eine fatale Sackgasse hineinmanövriert haben.

Vielen Dank. – Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Lerch für die Fraktion der FDP.

**Abg. Helga Lerch, FDP:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch heute haben wir es wieder mit einer Wiederholungsdebatte zu tun; denn vor wenigen Wochen hatten wir an dieser Stelle genau das gleiche Thema.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja, aber die Sachlage hat sich geändert! Haben Sie das nicht gemerkt?)

Frau Schneid, in der Tat handelt es sich hier nicht um einen „Urlaubsspaziergang“. Herr Schmidt, es handelt sich auch nicht um eine „Zwangszusammenführung“ – um einige Begriffe meiner Vorredner zu wiederholen.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Was ist es dann?)

Es wurde angemahnt, es gebe keine Grundlage für das Bestreben, die Universitätslandschaft neu zu ordnen. Ich muss noch einmal wiederholen, dass es eine Grundlage gibt. Es wurde externer Sachverstand berufen. Es kam zu Empfehlungen dieser unabhängigen Expertenkommission mit dem Ziel, den Prozess der Hochschullandschaft neu zu ordnen, Schwächen aufzuzeigen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Standorte zu stärken.

Das Hochschulzukunftsprogramm soll alle Hochschulen im Land stärken und verbessern und hat auch in deutlicher Klarheit angemahnt, wo es – auf Grundlage der Meinung der Experten – Verbesserungen geben sollte.

Einer dieser Vorschläge war die Trennung der Universität Koblenz-Landau. Ich höre aus den Stellungnahmen meiner Vorredner heraus, dass dieser Prozess relativ unstrittig ist; denn wir hatten eine Verwaltungsstruktur, die in Mainz angesiedelt war. Die Hochschulen waren deutlich voneinander entfernt, eine im Norden und eine im Süden. Insofern ist diese Trennung mit dem Ziel der Profilentwicklung ein sehr vernünftiger Schritt, der auch von den Hochschulen – das ist das, was bei mir ankommt – so gesehen wird.

Die Hochschulen Koblenz und Landau haben damit die Möglichkeit, eigene Profile weiterzuentwickeln. Ich denke zum Beispiel an die Möglichkeit, Förderschullehrkräfte nun auch wieder im Norden des Landes, in Koblenz auszubilden. Da hatten wir eine Einseitigkeit im Süden.

Ich denke zum Beispiel auch daran, in Landau für Grundschullehrkräfte wieder den Studienschwerpunkt Musik zu etablieren. Dies ist eine Forderung, die vom Landesmusikrat ganz intensiv unterstützt wird und unsere Zustimmung findet; denn wir wollen natürlich in den Grundschulen die musikalische Bildung weiter verstärkt wissen, und dies nicht durch Kräfte, die dafür nicht ausgebildet sind.

Insofern ist diese Trennung von Koblenz und Landau sicherlich ein Schritt, den es zu befürworten gilt. Im Übrigen – auch darauf habe ich schon hingewiesen – gibt es im Stadtrat von Koblenz bereits Überlegungen, wie man die Profilbildung schärfen könnte.

Die Frage der Technischen Universität Kaiserslautern ist eine differenziertere Sache; denn hier gibt es unterschiedliche Profilierungen, was Landau und Kaiserslautern angeht. Die Proteste haben auch wir vernommen, aber ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass es eine klare Empfehlung der Expertenkommission gab und es nunmehr gilt, diese Vorgaben umzusetzen.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Hierdurch sollen auf der Basis von bereits vorhandenen Forschungsbereichen neue, leistungsstarke Forschungsvorhaben entstehen.

Für uns als Freie Demokraten ist es an dieser Stelle außerordentlich wichtig, dass es keine einseitige Mittel- oder Ressourcenvergabe zugunsten eines Standorts geben darf.

Die Landesregierung ist nun aufgefordert, die Hochschulen zu beteiligen – da mache ich eine Pause und sage noch einmal: die Hochschulen zu beteiligen – und die Prozesse der strukturellen Veränderungen entscheidend zu begleiten.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wichtig wäre, die Hochschulen e n d l i c h zu beteiligen!)

Herr Klomann, Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, mit Ruhe und mit der notwendigen Zeit. Das hat das zuständige Ministerium bereits angekündigt. Gleiches gilt natürlich für die Mittel aus dem Hochschulpakt, die eine Verstärkung über das Jahr 2020 hinaus brauchen. Es wird keine Abstriche in diesem Punkt geben; denn da zählen die Köpfe der Studenten, und es zählt nicht die Frage, ob

man Hochschulen zusammenführt.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich dem Abgeordneten Dr. Braun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Inhaltlich kann ich Frau Lerch eigentlich nicht mehr viel hinzufügen. Genau das ist die Sachlage, das ist die Grundlage, mit der wir zu tun haben.

Klar haben wir – das halte ich auch für richtig – vor Ort eine grundlegende Diskussion. Natürlich müssen die Universitäten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erst einmal darüber diskutieren: Wollen wir denn eine Fusion haben? Wie sieht es denn aus? Wie können wir bessere Ziele erreichen? Wie können wir uns an jeder einzelnen Universität und an jedem einzelnen Standort verbessern? Das ist nicht nur dort wichtig. Das ist an allen Standorten wichtig, auch in Koblenz.

Koblenz scheint tatsächlich – nach dem, was ich insgesamt höre – mit dem Fortschritt zufrieden zu sein. Ich sage in dem Fall tatsächlich Fortschritt, weil Koblenz-Landau eine Notgeburt war. Man versucht jetzt, eine Struktur einzuführen, die zumindest räumlich und geografisch sinnvoll ist. Koblenz ist insofern zufrieden, dass der Standort von Landau losgelöst werden und eine eigene Universität bilden kann. Dort gibt es sehr gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Wir haben dort nicht die Konkurrenz wie im Süden des Landes, wo es sehr starke, große Hochschulen nicht weit von Landau entfernt gibt, beispielsweise das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Die Institute in Karlsruhe sind natürlich sehr stark. Auf der anderen Seite haben wir den Rhein-Neckar-Raum mit Heidelberg, Mannheim und – als Ludwigshafener muss ich das sagen – Ludwigshafen als Hochschulstandort. Aber das sind nicht so große Konkurrenten wie beispielsweise Karlsruhe.

Also muss man etwas tun. Ich glaube, an dieser Stelle der Diskussion sind wir im Moment. Man muss etwas tun, um die gute Entwicklung, die es in Kaiserslautern und in Landau gibt, fortzuführen. Es mag sein, dass ein Beschluss, den es zu einer Fusion gibt, zuerst einmal für Verunsicherung sorgt. Aber man muss auch vor Ort erkennen, dass man eine Zukunftsdiskussion führen muss. Man kann nicht allein bleiben. Ich glaube, man kann die Standorte nicht allein entwickeln.

Wenn Sie von der CDU das Petitum haben, beide Standorte sich allein entwickeln zu lassen, und dann werde es schon besser laufen, würde ich das von Ihnen gerne einmal hören, weil die Alternative dazu noch nicht gegeben zu sein scheint.

Frau Schneid, die Alternative, die Sie einfordern und letztes Mal eingefordert haben, ist Zeit zur Diskussion. Das habe ich letztes Mal zumindest so verstanden. Diese Zeit zur Diskussion bis zum Jahr 2022 soll gegeben werden.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Die Diskussion muss ein wenig schneller sein als die Fusion. Das ist vollkommen klar. Deswegen ist die Zeit für eine Diskussion aber durchaus nicht übermorgen und nicht zu den Sommerferien und nicht im nächsten Semester zu Ende, sondern man hat schon die Möglichkeit, verschiedene Varianten einzubringen.

Auch wir werden von den Menschen vor Ort angeschrieben. Wir werden von unseren Leuten vor Ort angerufen, die eine positive Lösung haben wollen. Es gibt aus der Universität heraus verschiedene Vorschläge. Das geht von „Lasst uns in Ruhe“ bis „Wir wollen einen Verbund machen“ und „Das ist vielleicht eine positive Diskussion, und das ist alles durchaus machbar und diskutierbar“.

Deswegen muss ich jetzt an der Stelle aber auch sagen – tut mir leid, ich will nicht die Opposition kritisieren, die Opposition soll eigentlich immer die Regierung kritisieren, das machen Sie ja auch –, seit der letzten Diskussion vor drei, vier Wochen im Landtag hat sich außer einer gewissen Aufgeregtheit in Kaiserslautern nichts geändert.

(Abg. Marion Schneid, CDU: Das ist ja das Schlimme!)

Wir haben also keine neue Lage, wir haben keine neuen Beschlüsse dazu, sondern wir haben, so weit ich das gesehen habe, bisher – – –

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Doch, im Stadtrat!)

– Ja, natürlich, eine Resolution im Stadtrat. Ja, klar. Wir hatten vor dieser Resolution, wenn ich es richtig weiß, auch Gespräche mit dem Minister dort, um sich auszutauschen. Ich glaube, es ist positiv, dass man sich mit den Personen aus der Landesregierung, den Personen aus der Universität und mit Personen aus den Städten, die Verantwortung tragen, gemeinsam an einen Tisch setzt, diese Optionen diskutiert und dann aber auch sieht, was positive Optionen sein können.

Ich muss jetzt nicht noch einmal die 8 Millionen Euro zusätzlich für die Verwaltung erwähnen, die wir hätten. Ob das reicht oder nicht, darüber kann man sich streiten, aber es ist zusätzliches Geld. Auf der anderen Seite muss man vor Ort spezifisch noch einmal darüber reden, was die Profile sein müssen.

An dieser Stelle ist, wenn ich es richtig verstanden habe, die Landesregierung jetzt dabei, mit den Menschen vor Ort, mit den Engagierten zu reden, und dann können wir vielleicht in sechs Monaten wieder im Landtag darüber diskutieren, aber bitte nicht schon wieder im Mai, weil es eine gewisse Aufgeregtheit ist, die Sie mit diesen Diskussionen schüren.

(Heiterkeit und Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Die brauchen wir nicht zu schüren!)

Die brauchen wir vor Ort nicht unbedingt.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Für die Landesregierung darf ich nun Herrn Staatsminister Professor Dr. Wolf das Wort erteilen.

**Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der entscheidende Satz meines Redebeitrags zur Weiterentwicklung des Wissenschaftslands Rheinland-Pfalz

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ich zitiere mich selbst!)

in der Aktuellen Debatte am 20. Februar 2019 lautete: „Hochschulentwicklung ist Landesentwicklung und umgekehrt.“ Natürlich gilt das für alle Regionen unseres Landes und vor allen Dingen auch für die Hochschulstandorte.

Ich will noch einmal festhalten, natürlich ist die Entscheidung der Landesregierung vom 12. Februar 2019 zur Entwicklung einer eigenen Universität Koblenz und zur Zusammenführung der Technischen Universität Kaiserslautern mit dem Standort Landau der richtige Weg. Das haben auch alle Fraktionen in der Plenardebatte am 20. Februar 2019 bestätigt. Die Argumente haben sich seither nicht verändert.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Selbstverständlich gelten sie nach wie vor.

Ich habe in den letzten Wochen zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aller Statusgruppen in allen drei Städten und an den Universitäten geführt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das hätte man ja vorher machen können!)

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir die Anforderungen und Rahmenbedingungen des Prozesses gemeinsam mit den Universitäten erarbeiten und definieren und mit den Beteiligten gemeinsam voranbringen; denn natürlich ist es das Ziel, dass alle Universitätsstandorte gestärkt aus dem Prozess hervorgehen.

Aber klar ist auch, wir stehen hier am Anfang eines Prozesses,

(Abg. Christine Schneider, CDU: Und das Ergebnis steht fest!)

der ein Prozess ist, der Zeit erfordert.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Wir stehen am Anfang eines Prozesses, aber das Ergebnis steht fest!)

Natürlich nehme ich mir auch die Zeit, mit den Universitäten zu reden und deren Bedenken und Anforderungen zu berücksichtigen; denn klar ist, dass man selbstverständlich nicht einfach einen Fahrplan ausrollen kann, sondern dass man Fahrplan und Weg mit den Universitäten zusammen erarbeitet.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, und warum machen Sie es nicht?)

Das Konzept besteht, wie ich es mehrfach erläutert habe, auf der einen Seite in einem Umstrukturierungskonzept mit den Universitäten zusammen und zum Zweiten in einem Profilbildungsprozess, der langfristiger ist und ganz stark aus den Universitäten heraus gebildet werden muss, wie das auch immer der Fall war und der Hochschulautonomie entspricht.

Zur Finanzierung habe ich erläutert, dass man hier sehr klar unterscheiden muss zwischen den Umstrukturierungskosten einerseits, die wir berücksichtigen, und den Profilbildungskosten andererseits.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Natürlich stehen wir bei der Finanzierung der Hochschulen mit dem Hochschulpakt in einer grundsätzlichen Umstellung. Diese Umstellung wird dafür sorgen, dass wir eine deutlich stärkere Planungssicherheit in den nächsten Jahren, nach dem Jahr 2021 haben.

Mit dieser Planungssicherheit ist es dann auch möglich, dass wir die Profile an den Hochschulen noch einmal sehr viel deutlicher herausarbeiten, festlegen und über die entsprechenden Profile diskutieren können.

Der Prozess findet auf verschiedenen Ebenen statt. Es handelt sich um die Entflechtung der Universität Koblenz Landau, um die Zusammenführung der Technischen Universität Kaiserslautern mit dem Campus Landau und die Verselbstständigung der Universität Koblenz.

Ich habe ausgeführt, dass wir selbstverständlich Universitäten und Hochschulen brauchen, die stark in ihre Region hineinwirken und aus der Region heraus wiederum stark mit den Hochschulen verknüpft sind – das natürlich vor dem Hintergrund der Internationalisierung und der Globalisierung, die uns alle betrifft.

Alle großen Zukunftsthemen – wie die Digitalisierung, die Entwicklung von Innovationen, die Fachkräftesicherung – sind selbstverständlich vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir dafür arbeiten müssen, möglichst optimale Universitätsstrukturen zu haben, die dafür sorgen, dass die jungen Menschen in unserem Land zum Studium bleiben und wir zusätzlich junge Menschen aus anderen Regionen gewinnen, als wir es heute tun, auch international.

Wir haben Tausende von Menschen an unseren Hochschulen, die mit viel Engagement, mit Herzblut und mit ihrer ganzen Kraft für die Hochschulen arbeiten und damit auch für die Zukunft des Landes.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Gibt es denn da ein Defizit? Ich sehe das Defizit nicht!)

Damit das zum Erfolg führt, brauchen wir optimale Strukturen. Diese optimalen Strukturen erarbeiten wir mit diesem Prozess.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Wir kommen in die zweite Runde, und ich darf dem Abgeordneten Brandl für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

**Abg. Martin Brandl, CDU:**

Herr Präsident, herzlichen Dank! Lieber Kollege Braun, ich glaube, wir brauchen gar keine Aufgeregtheit zu schüren. Sie ist vor Ort massiv da. Die Verunsicherung ist Realität.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Man braucht keine CDU-Fraktion, um das noch einmal in irgendeiner Form weiter zu pushen.

Lieber Kollege Klomann – das ist auch bei vielen anderen angeklungen –, es gibt gar keinen U-Turn. Die Kollegin hat beim letzten Mal für die Fraktion klipp und klar gesagt, es gibt hier ein „Management bei Chaos“, und dieses Management sehen wir weiterhin. Es läuft eben nicht in geordneten Bahnen, und es gibt eben keine Basis für eine solche Strukturreform. Man braucht natürlich die zusätzlichen Mittel. Man braucht natürlich auch die entsprechenden Konzepte. Aber das ist der Minister bisher alles schuldig geblieben.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Ehrlich gesagt erkenne ich jetzt auch gewisse Parallelen zum Kita-Gesetz.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die sitzen ja auch nebeneinander!)

Erst macht man einen Aufschlag und sagt, das ist unser Vorschlag, da geht es hin, um dann nach der Betroffenheit, der Aufgeregtheit, den Protesten der Betroffenen zu sagen: Hach, ja gut, äh, so war es eigentlich vielleicht gar nicht gemeint, wir werden nachbessern, und wir werden reden, und wir werden Diskussion starten. –

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Super Regierungsarbeit!)

Vorher aber hat man selbst diese Verunsicherung und Proteste ausgelöst!

(Beifall der CDU –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Genau, erst einmal alle auf die Bäume jagen!)

Und dann kommen Sie im Umkehrschluss wieder ins Plenum und sagen: Also bitte nicht hier im Plenum diskutieren, bitte nicht im Landtag diskutieren, das ist ja furchtbar. – Als hätten Sie es nicht selbst verursacht!

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja, wo denn sonst? –

Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Die Debatte letztes Mal war von der SPD! –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Alle Ampeln auf grün!)

Das passt doch überhaupt nicht zusammen. Dieser Diskussionsprozess muss doch strukturiert werden. Dafür hatten Sie jetzt vier Wochen Zeit, Herr Minister. Und was haben wir gehört? Dasselbe wie vor vier Wochen: Ja, wir müssen das strukturieren, wir werden in Gespräche gehen, alles wird gut. – Aber Konkretheit? Null. Fehlanzeige, meine Damen und Herren!

(Beifall der CDU und des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD)

Deshalb: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben zwei Minister, die im Moment die großen Reformvorhaben bearbeiten. DIE RHEINPFALZ schrieb, es gibt nicht viele

(Glocke des Präsidenten)

Reformvorhaben für dieses Jahr bis zur Wahl. Das Kita-Gesetz und die Hochschulreform zählen dazu, und beide Minister sind deutliche Underperformer. Regeln Sie diese Dinge. Nehmen Sie sie in die Hand. Sie wollten am Dienstag in Kaiserslautern sein, schrieb DIE RHEINPFALZ. Wir sind gespannt, was dieses Spitzengespräch bringen wird.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort dem Abgeordneten Klomann für die Fraktion der SPD.

**Abg. Johannes Klomann, SPD:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Ja, es ist richtig, Kommunikation ist alles. Wenn die betroffenen Universitäten eine bessere Kommunikation von der Regierung verlangen, tun sie das zu Recht. Die Regierung ist dem schon nachgekommen und hat in den vergangenen Wochen sehr viele Gespräche geführt

(Zurufe von der CDU)

das wissen Sie alle. Wir hatten in Mainz schon so langsam den Eindruck, der Amtssitz des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur wurde nach Kaiserslautern und Koblenz verlegt.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Zumindest einmal das erste Eingeständnis, dass hier Chaos verursacht wurde!)

Aber das ist auch richtig so, weil man mit den Betroffenen

reden muss.

Ich denke, Sie haben trotz alledem, auch wenn Sie es hier bestreiten, Herr Brandl, eine 180-Grad-Wendung hingelegt,

(Abg. Martin Haller, SPD: Absolut!)

und diese 180-Grad-Wendung nehme ich Ihnen nicht ab. Erst die Idee für gut heißen und sagen, okay, können wir uns mal anschauen, ist gar nicht so schlecht, und dann nach gerade einmal vier Wochen – es sind vier Wochen gewesen – das Urteil fällen, alles ist gescheitert.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Sie wissen natürlich schon, dass alles so ist, wie Sie sich das vorstellen, und Sie lehnen es ab.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sind Sie derjenige, der nur für Mainz spricht?)

Und, erlauben Sie mir das, Sie ergötzen sich schon so ein bisschen an der Aufregung. Das ist sehr, sehr sprunghaft, muss ich sagen.

(Beifall der SPD und bei FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erkläre es noch einmal: Es ist richtig, jetzt den Beteiligten die nötige Zeit zu geben, Ruhe hineinzubringen und das Resultat der Gespräche abzuwarten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächster Redner ist der Abgeordnete Schmidt für die Fraktion der AfD.

#### **Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:**

Herr Präsident, liebe Kollegen! Die Kritik am dilettantischen und intransparenten Management der unumgänglichen Neuordnung der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft hat aus sehr guten Gründen den Hauptteil meiner Rede geprägt. Wenn die CDU nun allerdings mit dem reißerischen Titel der Aktuellen Debatte ein finales Scheitern geradezu herbeizureden scheint, dann ist das aus unserer Sicht nicht hilfreich.

Wir wünschen uns selbstverständlich kein Scheitern. Wir als AfD möchten stattdessen, dass die Politik die eingeschlagene Richtung einer Neuordnung der Hochschullandschaft weiterverfolgt, aber schnell und konsequent entscheidende Nachbesserungen vorgenommen werden. Wir sind gegen eine Fundamentalkritik, die zumindest rhetorisch nicht an Lösungen interessiert ist.

Was, liebe Kollegen von der CDU, wollen Sie eigentlich konkret? Das sollten Sie beizeiten schon formulieren.

(Beifall der AfD –  
Zuruf der Abg. Marion Schneid, CDU)

Für die AfD stehen auf jeden Fall die Entwicklungschancen der Universitäts- und Forschungslandschaft Rheinland-Pfalz im Vordergrund.

Frau Lerch, Sie haben auf die wichtigen Perspektiven einer Musiklehrausbildung in Landau hingewiesen. Ich möchte meine Rede mit der konkreten Idee einer Verbesserung schließen, die ich schon in meiner Rede im Februar sehr betont habe: Zwecks Profilstärkung der Universität Landau sollte man wirklich ernsthaft darüber nachdenken, die im benachbarten Germersheim ansässigen weltweit anerkannten Übersetzer- und Dolmetscherstudiengänge eng mit dem Standort Landau zu verknüpfen.

Bislang ist der Germersheimer Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft mit seinen zwölf angebotenen Sprachen und in etwa 2.200 Studenten als externer Fachbereich der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zugeordnet. Auch hier sehen wir Handlungsbedarf im Sinne einer konstruktiven Lösung.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Braun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Klar haben wir die Diskussion vor Ort. Ich habe das vorhin schon einmal betont. Ich will Sie nur darauf hinweisen, Herr Brandl, ich habe gesagt, Sie schüren die Debatte, ich habe nicht gesagt, Sie haben sie angezündet. Schüren heißt, dem neue Luft zuführen, und das ist das, was Sie hier tun.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Schüren  
heißt, das Feuer nicht ausgehen lassen!  
Das ist unsere Aufgabe!)

– Ja, nicht ausgehen lassen, genau. Die Debatte vor Ort ist das Feuer, und Sie sind daran interessiert, es nicht ausgehen zu lassen. Das haben Sie sehr gut gesagt, Herr Dr. Weiland. Genau das ist die Situation.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Herr  
Weiland sitzt seit 30 Jahren am  
Lagerfeuer! –

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ich bin ein  
alter Pfadfinder!)

– Und schürt und gibt mal ein bisschen Luft hinein, wenn es sein muss. Aber leider ist es nur Luft, die Sie hineingegeben haben, und keine essenziellen Vorschläge.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Deswegen will ich noch einmal vorschlagen: Wir wollen alle gemeinsam – dahinter steht auch die CDU, das weiß

ich doch – eine gute Zukunft dieser beiden Standorte. Wir haben Landau von einer kleinen Hochschule im Bereich Pädagogik und ein bisschen Psychologie zu einer gut aufgestellten Hochschule und einem sehr anerkannten Standort entwickelt. Auch Kaiserslautern hat sich dermaßen gut entwickelt, wie man es vor 20 Jahren zunächst nicht erwartet haben dürfte.

Niemand – bestimmt nicht die Landesregierung und bestimmt nicht die Parteien und Fraktionen im Landtag – will diese gute Entwicklung gefährden, sondern wir wollen diese gute Entwicklung weiter fördern. Darüber kann man gern streiten, und das ist in einer Demokratie gut so. Man kann gern darüber streiten, was die besseren Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das wollen Sie ja gar nicht! –  
Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

– Herr Licht, bitte, Zwischenfrage oder nicht?

(Glocke des Präsidenten)

Wir müssen aber den Standort in Rheinland-Pfalz gegenüber Standorten in anderen Bundesländern absichern. Das ist unsere Aufgabe als Landesparlament, und dahinter stehen wir auch als Grüne.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und FDP)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem dritten Thema unserer heutigen Aktuellen Debatte nicht mehr vor. Ich schließe demnach die komplette Aktuelle Debatte des heutigen Tages.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, darf ich Gäste auf unserer Besuchertribüne willkommen heißen: Mitglieder des Lions Clubs Koblenz. Herzlich willkommen bei uns im Landtag! Schön, dass Sie da sind.

(Beifall im Hause)

Wir freuen uns über die Anwesenheit des Lehrerkollegiums des Koblenz Kollegs. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Außerdem freuen wir uns, dass Schülerinnen und Schüler der Geschichts-AG der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Rochus-Realschule plus Bingen bei uns sind. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Schön, dass Sie da sind.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich darf **Punkt 18** der Tagesordnung aufrufen:

#### **Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/8631 –  
Zweite Beratung

Die Fraktionen haben im Ältestenrat besprochen, dass die heutige zweite Beratung ohne erneute Aussprache erfolgen soll, da wir darüber vorgestern in der ersten Beratung eine intensive Debatte hatten.

Wir können also gleich zur Abstimmung kommen. Ich stelle den Gesetzentwurf in zweiter Beratung zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Das war einstimmig.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich aufzustehen! – Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

#### **Landesgesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Landesfinanzausgleichsgesetzes (Straßenausbaubeitragsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/8673 –  
Erste Beratung

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Ich darf zur Begründung des Gesetzentwurfs einem Mitglied der antragstellenden Fraktion, dem Abgeordneten Dr. Weiland von der Fraktion der CDU, das Wort erteilen. Bitte schön.

#### **Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist vor Ort – in den Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Städten unseres Landes – längst zu einer überparteilichen, vom gemeinsamen Willen der betroffenen Kommunalpolitiker und der betroffenen Bürgerinnen und Bürger getragenen Bewegung geworden.

(Beifall bei der CDU)

Immer mehr Räte fassen unabhängig von ihrer parteipolitischen Zusammensetzung oft einstimmige Beschlüsse, in denen die Landesregierung und der Landtag, also wir, aufgefordert werden, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wer die Forderung nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge mit der Begründung abzulehnen versucht, das System habe sich doch bewährt, der ist nur noch zynisch, meine sehr geehrten Damen und Herren. Er verkennt den Problemdruck vor Ort.

Die Problematik und der Problemdruck vor Ort sind mittlerweile so groß, dass sich der Petitionsausschuss und die

Bürgerbeauftragte mit der Problematik zunehmend befassen müssen;

(Beifall bei der CDU)

denn in der kommunalen Realität führen die Straßenausbaubeiträge immer wieder und immer mehr zu Auseinandersetzungen und Belastungen zwischen Bürgern und Verwaltung, zwischen Bürgern und Ratsmitgliedern und in den Räten selbst. Hauptleidtragende sind oft die kleinen ehrenamtlichen Ortsbürgermeister, die man mit dem Problem alleinlässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer schon einmal in einer Anliegerversammlung den Ratsbeschluss zum Ausbau einer Straße vertreten und verteidigt hat, weiß, wovon die Rede ist.

(Beifall bei der CDU)

Die erste Frage in der Anliegerversammlung ist: Was muss ich bezahlen? – Meine sehr geehrten Damen und Herren, schon diese erste Frage kann der beste Beitragsachbearbeiter nicht mehr genau beantworten, weil das Beitragsrecht mittlerweile ein überwiegend von Einzelfallentscheidungen geprägtes Richterrecht ist. Es ist intransparent, kaum nachvollziehbar und deshalb nicht mehr begründbar.

(Beifall bei der CDU)

Um auch das gleich vorweg zu sagen: Der Versuch, den Problemdruck durch die Einführung wiederkehrender Beiträge wegzunehmen, gelingt in der Praxis nicht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist falsch! –  
Unruhe bei der SPD)

Wo Rechtsunsicherheiten vermieden werden sollten, kommen neue hinzu. Hoffnungen, wiederkehrende Beiträge würden zu einer Akzeptanzsteigerung oder zu einer größeren Transparenz bei der Beitragserhebung führen, erfüllen sich in der Realität nicht.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Die Abgrenzung von Berechnungseinheiten und die Undurchsichtigkeit der Beitragsberechnung sind oft nicht nachvollziehbar und führen zu Misstrauen, Unverständnis und Ablehnung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann landen sie wieder vor Gericht.

(Beifall bei der CDU)

Die Lebenswirklichkeit und das Lebensgefühl haben sich in den vergangenen 30 Jahren grundlegend gewandelt. Die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Gemeindestraßen im Unterschied zu Bundes-, Landes- und Kreisstraßen ist aus Sicht der Bürgerschaft unfair und muss abgeschafft werden. Auch Gemeindestraßen werden – völlig zu Recht – als Bestandteil der allgemeinen öffentlichen Straßeninfrastruktur verstanden und sind deshalb als Gemeinschaftsaufgabe zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird der ohnehin hohe Kostendruck auf Wohneigentum gemindert. Das hilft insbesondere jungen Familien mit Kindern und älteren, oft alleinstehenden Menschen mit niedrigen Renten. Der Erwerb und die Renovierung von Altimmobilien in unseren Ortskernen werden erleichtert, wenn die Unsicherheit über zukünftig zu zahlende Ausbaubeiträge wegfällt.

Die belastende Auseinandersetzung über Einmal- oder wiederkehrende Beiträge in den kommunalen Gremien entfällt. Der Streit zwischen Bürgern und Verwaltung über die Höhe der Beiträge, ihre Berechtigung und die Art ihrer Berechnung entfällt. Dadurch verbessert sich das Verhältnis der Bürger zu ihrer Verwaltung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus allen diesen Gründen bringen wir heute das Straßenausbaubeitragsabschaffungsgesetz ein.

(Beifall bei der CDU)

Die bisher auf die Anlieger entfallenden Beiträge sollen künftig aus dem originären Landeshaushalt, also von der Gemeinschaft der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, bezahlt werden. Am finanziellen Anteil der Gemeinden und an ihrer Entscheidungs- und Planungshoheit ändert sich nichts.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Umverteilung von unten nach  
oben!)

Für die wegfallenden Einnahmen aus den Anliegerbeiträgen erhalten die Gemeinden zweckgebundene Zuweisungen aus dem Landeshaushalt. Diese erfolgen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Weiteres in der zweiten Runde.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächster Redner ist Abgeordneter Noss für die Fraktion der SPD.

**Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich zunächst auf die Plenarsitzung vom 24. August des vergangenen Jahres hinweisen und einen Redebeitrag des allseits geschätzten Kollegen Christof Reichert, CDU, in Erinnerung rufen:

„Für die CDU wäre der Verzicht auf Straßenausbaubeiträge das absolut falsche Signal. Das Land wird nicht in der Lage sein, die dadurch fehlenden Einnahmen zu kompensieren. Es wäre auch falsch, bei dieser Frage in die kommunale Selbstverwaltungshoheit der Städte und Gemeinden einzugreifen.“

(Abg. Martin Haller, SPD: Recht hat der  
Mann!)

Und weiter: „Letztendlich – und das muss jedem klar sein – werden auch zukünftig die Bürgerinnen und Bürger die Straßen finanzieren, egal, nach welchem Weg. Die Forderung nach einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist hingegen reiner Populismus.“

(Beifall der SPD, vereinzelt bei FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg.  
Martin Brandl, CDU)

Das Protokoll vermerkt anschließend Beifall der CDU-Fraktion. Der Kollege Reichert hat recht, aber all das, was dieser in seiner damaligen Rede kritisiert und anprangert, findet sich heute im Gesetzentwurf der CDU wieder. Man könnte sich wundern. Seit einem halben Jahr hat sich nämlich an der generellen Situation, die diesen Meinungsumschwung der CDU begründen könnte, nichts geändert. Es wird aber deutlich, bei dem vorliegenden Gesetzentwurf haben wohl die anstehenden Kommunalwahlen und eine gehörige Menge Populismus Pate gestanden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Kommen wir aber zum vorliegenden Gesetzentwurf der CDU-Fraktion.

(Unruhe im Hause)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Etwas mehr Ruhe im Saal, bitte.

#### **Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:**

Ein paar Punkte: Zum 1. Januar 2020 sollen die Straßenausbaubeiträge abgeschafft und durch eine entsprechende Zuweisung des Landes ersetzt werden. Das heißt, die Bürger werden zumindest scheinbar entlastet. Der Staat soll bezahlen. Ich glaube, im juristischen Sprachgebrauch nennt man so etwas Vertrag zulasten Dritter.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Nein, das nennt man so nicht, aber macht nichts!)

Die CDU hat bereits angemerkt, dieser Betrag von 75 Millionen Euro muss eventuell angepasst werden, und betont, man musste auf Vergleichswerte zurückgreifen, weil keine verlässlichen Zahlen vorliegen. Die gleiche Situation gab es aber auch im Zusammenhang mit dem AfD-Antrag und wurde seitens der CDU mit als Grund herangezogen, deren Antrag abzulehnen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Herr Schnieder, machen Sie sich ehrlich. Bezüglich der Vorgehensweise zur Errechnung der erforderlichen Zuweisungen des Landes gibt es bei den beiden Gesetzentwürfen keinen Unterschied,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: So ist es, da komme ich auch noch drauf!)

obwohl Sie belastbare Zahlen angekündigt hatten, aber offensichtlich nicht liefern können. Es ist also nichts mit Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Die CDU fordert, dass die Gemeinden allerdings im Rahmen des Selbstverwaltungsrechts wie bisher die Planungs- und Entscheidungshoheit über den Straßenausbau behalten. Trotz der Vielzahl von Beitragsbescheiden, die jährlich erlassen werden, sind in den Jahren 2015 bis 2017 im Durchschnitt jährlich jeweils ca. 55 erstinstanzliche Verfahren bei Einmal- als auch bei wiederkehrenden Beiträgen zu verzeichnen. Beim Oberverwaltungsgericht lagen die Zahlen in den drei Jahren bei lediglich zwölf bzw. elf Verfahren. Es kann also keine Rede von der von Ihnen so dargestellten Klagewelle sein.

Für die Behauptung eines unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwands bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ergeben sich aus einer Großen Anfrage, die gestellt wurde, keinerlei Anhaltspunkte.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Natürlich,  
17 %, teilweise 100 %!)

Viele Bürgermeister verschiedener Couleur, ähnlich wie auch aus anderen Richtungen, wie auch der Städtetag und der Gemeinde- und Städtebund haben sich deutlich – sehr deutlich sogar – für die Beibehaltung des jetzigen Systems ausgesprochen.

(Zurufe von der AfD)

So hat der Gemeinde- und Städtebund schon frühzeitig die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abgelehnt und für eine Beibehaltung des jetzigen Systems votiert, wobei er betont, man sollte ein bewährtes System nicht ohne Not über Bord werfen, sondern müsste dieses fortentwickeln. Gleichzeitig hat der Gemeinde- und Städtebund vor einem Hauruckverfahren gewarnt.

Der Gemeinde- und Städtebund fährt bezüglich Ihres Gesetzentwurfs eine klare Linie. Warum Sie trotzdem dieses Gesetz mit seinen vielen Schwachpunkten heute einbringen, hat offensichtlich etwas mit den anstehenden Wahlen zu tun, wie ich vorhin bereits sagte.

Der Gemeinde- und Städtebund führt weiter aus, die Bürger zahlen die Kosten für den Straßenausbau ohnehin, wenn nicht durch Beiträge, dann mittelbar durch Steuern. Hier gaukeln Sie den Menschen vor, sie würden entlastet. Die Gemeinden gelten über den steuerfinanzierten Gemeindeanteil die Benutzung der Straße durch die Allgemeinheit ab. Die Beteiligung der Anlieger an den Ausbaukosten ist gerechtfertigt;

(Glocke des Präsidenten)

denn die Anliegergrundstücke erfahren durch die Sanierung entsprechende Vorteile.

Darüber hinaus reichen die vorgesehenen 75 Millionen Euro bei Weitem nicht aus, um den entstehenden Beitragsausfall auszugleichen, vielmehr ist ein mittlerer dreistelliger Millionenbetrag jährlich erforderlich, wobei der Gemeinde- und Städtebund mit dieser Meinung nicht alleine steht.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich bin gleich fertig.



(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Das Kommunalabgabengesetz und die Abgabenordnung sehen Billigkeitsmaßnahmen vor,

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ist das jetzt das Zauberwort?)

die nur geringe jährliche zumutbare Belastungen der Grundstückseigentümer mit sich bringen.

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Wann ist das „gleich“, Herr Kollege? Wir sind schon fast 1 Minute über der Zeit.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

**Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:**

Die SPD-Fraktion wird geeignete Schritte untersuchen, wie auf der Basis der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen weitere Verbesserungen für die Anlieger und Möglichkeiten der Abmilderung von Härtefällen erreicht werden können.

(Beifall bei der SPD –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Ja,  
wunderbar!)

Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf daher ab, freuen uns aber dennoch auf die Diskussion im Innenausschuss.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Ralf Seekatz, CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

So, jetzt ist aber Schluss, lieber Herr Kollege.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Wir hätten  
gern Ihre Redezeit bei uns drauf! –  
Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Ein  
lebenslanges Konto! –  
Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

– Das lebenslange Konto müsste aber langsam anders aufgefüllt sein.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Bollinger für die Fraktion der AfD.

**Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:**

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Debatte um die Straßenausbaubeiträge geht in die nächste Runde. Die AfD-Fraktion stand von Anfang an klar und eindeutig für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und steht auch weiterhin klar dafür. Wir haben diese Diskussion angestoßen und vorangetrieben und werden dies auch weiterhin tun.

Die Gründe für die Abschaffung habe ich hier schon mehrfach im Plenum vorgetragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Sie sind inzwischen Allgemeingut, und ich glaube, es reicht daher, sie noch einmal stichpunktartig zu resümieren.

Das sind die hohe Steuer- und Abgabenlast der Bürger allgemein, die zu den höchsten weltweit zählt,

(Zuruf von der AfD: Ja!)

die hohen Verwaltungskosten, die nach der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage im Schnitt 17 % der Einnahmen auffressen, tendenziell bei kleineren Kommunen mehr als bei größeren, die hohen, potenziell ruinösen Einmalbeiträge, die zahlreichen und aufwendigen Rechtsstreitigkeiten und dass ein Sondervorteil für die Anleger durch einen Straßenausbau nicht mehr gesehen wird.

Zurzeit erreichen uns fast täglich Resolutionen von Städte- und Gemeinderäten, die eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fordern. Den Großstädten Koblenz und Trier schließen sich nun viele kleinere Gemeinden an, zuletzt die Ortsgemeinden Freudenburg, Münster-Sarmsheim und die Gemeinde Grafschaft.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Bad  
Bergzabern!)

Nur noch innerhalb der SPD und der Grünen wehrt man sich gegen die Abschaffung, wobei das bei beiden Parteien auf kommunaler Ebene bröckelt.

(Abg. Gordon Schnieder, CDU: Hier  
bröckelt auch was!)

Ich möchte trotzdem daran erinnern, dass die CDU die Straßenausbaubeiträge vor wenigen Monaten beibehalten wollte – das Zitat des Kollegen Reichert wurde vorhin vorgetragen – und sie am 31. Januar unseren Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abgelehnt hat.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Weil er  
schlecht war!)

Auch durch diese Ablehnung wurden die schnelle Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 1. April und damit schnelle Klarheit für die Gemeinden verhindert.

(Abg. Martin Haller, SPD: Einmal  
abgesehen davon, dass Sie hier keine  
Mehrheit hatten, ein kleines Detail am  
Rande!)

– Wenn die FDP ihren Ankündigungen folgen würde, hätten wir eigentlich eine Mehrheit, nur einmal so viel dazu.

(Beifall bei der AfD –  
Zuruf von der AfD: So ist es! –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Ja! –  
Zuruf aus dem Hause)

Der Koalitionsvertrag geht über die Bürgerinteressen – hochinteressant.

Nun haben wir die Situation, dass viele Gemeinden verunsichert sind und teilweise sogar Straßenausbauprojekte

aufschieben.

Liebe Kollegen, das hätte vermieden werden können. Meine Damen und Herren, hat sich wenigstens das Warten auf den CDU-Gesetzentwurf gelohnt?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja!)

Ich glaube, nein. Der CDU-Gesetzentwurf bleibt hinter unserem zurück.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Nein!)

Zum Thema „Kosten“, verehrte Abgeordnete der CDU, können auch Sie keine exakten Zahlen vorlegen. Das ist natürlich nicht Ihre Schuld – das ist die Schuld der Landesregierung –, aber Sie haben uns vorgeworfen, dass wir zur Abschätzung Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern genommen haben.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das war nicht der einzige Grund!)

Was machen Sie? – Richtig, Sie nehmen Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern. Ihre Übergangsregelung bis zum 31. Dezember können wir gerne im Detail im Ausschuss diskutieren. Ich möchte gleich auf den Hauptunterschied zwischen Ihrem Gesetzentwurf und unserem zu sprechen kommen.

(Abg. Gordon Schnieder, CDU: Ihrer ist schlecht!)

Das ist die Frage, auf welchem Weg den Gemeinden der Einnahmefall beim Wegfall der Straßenausbaubeiträge kompensiert werden soll; denn während die AfD eine unbürokratische Pauschale favorisiert, will die CDU die Kommunen zu Bittstellern beim Land degradieren. Die Kommunen sollen für jede Straßenerneuerung einen Antrag stellen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Oh Gott!)

Ich habe einmal ein Antragsformular mitgebracht, wie es bisher für kommunale Straßenbaumaßnahmen beim Land eingesetzt wird. Es sind acht Seiten auszufüllen, und zahlreiche Zusicherungen müssen unterschrieben werden.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Acht Seiten, das ist doch wenig! Ich kenne andere Anträge!)

Die Abrechnungen über die Bauleistungen sind ebenfalls einzureichen. Wichtig: Nach dem CDU-Vorschlag müssen die Gemeinden nämlich erst einmal in Vorleistung gehen. Eine Pauschale, wie wir sie gefordert haben, könnte dagegen ab 2020 zu Jahresanfang ausgezahlt werden.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Völlig ungeeignet! Keine Ahnung! – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Die CDU kommt auch nicht ohne eine neue umfangreiche Rechtsverordnung aus, die das Innenministerium erlassen soll. Es müssen hier nicht nur „das Verfahren der Antragstellung, der Auszahlung und der Fälligkeit der Erstattungsleistungen sowie die zuständigen Verwaltungsbehörden“

geregelt werden.

Trotz allen Bekenntnissen zur kommunalen Entscheidungshoheit muss diese Rechtsverordnung, wenn das CDU-System funktionieren soll, letztlich auch Standards für den Straßenbau und Obergrenzen für die Erstattung vorschreiben. So hat es die CDU auf ihrer Pressekonferenz zugegeben. Die Einhaltung der Standards muss dann ebenfalls nachgewiesen und aufseiten des Landes selbstverständlich überprüft werden.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Bürokratie ohne Ende!)

Nun hat Herr Schnieder am 31. Januar am Rednerpult behauptet: „Das sind vereinfachte Verfahren. Darüber hat sich noch niemand beschwert.“ Dagegen sagt der Koblenzer Oberbürgermeister David Langner: „Ich habe keine Lust, jeden Straßenausbau mit der Landesregierung zu besprechen.“

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Da hat er recht! –

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Weil er Misstrauen gegenüber der Landesregierung hat!)

Was in Koblenz gilt, gilt wohl in kleineren Kommunen noch viel mehr, liebe Kollegen der CDU.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Weil er Angst hat, dass die Landesregierung nicht zahlt! –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Deswegen ist Koblenz für die Abschaffung! –  
Abg. Alexander Licht, CDU: Ausgerechnet der Langner!)

Herr Schnieder, übrigens haben Sie am 31. Januar ebenfalls vorgetragen: „Es gibt nicht die typische Gemeindestraße (...).“ Und: „Wir haben ein sehr inhomogenes Straßennetz (...).“ Eine pauschale Abgeltung würde dem nicht gerecht. – Nun schlagen Sie selbst Standards und Obergrenzen vor. Das, Herr Schnieder, wird den Verhältnissen vor Ort in Rheinland-Pfalz auf keinen Fall gerecht.

(Beifall der AfD –  
Zurufe aus dem Haus)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Liebe Kollegen, der Redner hat das Wort.

#### **Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:**

Vielen Dank, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, schon mehrere Bundesländer haben die Straßenausbaubeiträge komplett abgeschafft. Einzig die Bayern haben dabei zur Kompensation die Erstattungslösung eingeführt, die offensichtlich auch die CDU-Fraktion favorisiert.

Doch das war in Bayern von Anfang an nur als Übergangslösung vorgesehen. Bereits ab 2019 soll den Gemeinden vom Freistaat Bayern eine pauschale Finanzierungsbeteiligung gewährt werden.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Aha!)

Der Koalitionsvertrag zwischen Freien Wählern und CSU hat das dieses Jahr noch einmal bekräftigt. Das heißt, offensichtlich ist man nirgendwo, selbst nicht in Bayern, von der Überlegenheit einer Erstattungslösung überzeugt.

(Glocke des Präsidenten)

Auch Mecklenburg-Vorpommern will nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Pauschale einführen, wie auch Baden-Württemberg.

Wir freuen uns auf die inhaltliche Diskussion in den Ausschüssen, derer wir uns – im Gegensatz zu Ihnen im Zusammenhang mit der Diskussion unseres Gesetzentwurfs – nicht verweigern werden.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort der Abgeordneten Becker für die Fraktion der FDP.

**Abg. Monika Becker, FDP:**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ein Thema der aktuellen politischen Debatte ist die Diskussion über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Zuletzt haben wir im Januar über die Abschaffung der Beiträge diskutiert. Damals ging es um einen ähnlichen Gesetzentwurf der kleinen Oppositionsfraktion.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Kleineren! –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wir sind doch  
größer als Ihr! Der war nur in Ansätzen  
ähnlich! Er war eigentlich schlechter! –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Viel besser!)

Heute zieht die CDU nach und möchte für den Kommunalwahlkampf auch noch ein paar Fleißpunkte einsammeln.

Die Debatten um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Landtag ähneln immer mehr dem oppositionellen Best-of von Landarztquote und Kita-Novelle. Ähnlich wie bei diesen Themen kommen aus den Oppositionsfraktionen – jetzt sind sie sich gerade einig – auch zum heutigen ein paar zackige Sätze, ohne jedoch auf tatsächliche Fakten eingehen zu können oder zu wollen. Dazu werde ich gleich noch einige Sätze sagen, vor allem mit Blick auf die wackeligen Finanzierungsmodelle der Opposition.

Zunächst einige Grundsätzlichkeiten: Ja, es stimmt, zwischen den Ländern herrscht derzeit kein Konsens über die Finanzierung des kommunalen Straßennetzes.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Frau Becker,  
waren Sie auf dem Landesparteitag?)

– Herr Dr. Weiland, passen Sie auf, es kommt.

So wurden in den Ländern Bayern, Baden-Württemberg

und dem Stadtstaat Berlin die Straßenausbaubeiträge ausgesetzt.

(Zuruf des Abg. Ralf Seekatz, CDU)

Ja, auch wir denken wie viele andere Parteien bzw. Länder derzeit über eine Modifizierung des Systems nach. Neben den einmaligen und den wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen steht auch die Übernahme der Kosten durch das Land zur Diskussion.

(Abg. Ralf Seekatz, CDU: Wie ist es mit der FDP? Seid Ihr Euch nicht einig?)

Meine Damen und Herren, zu Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2016 – ein ganz entscheidender Satz, habe ich im Januar auch schon gesagt –

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

gab es allerdings kein wahrnehmbares Signal aus der kommunalen Familie, an der derzeit gültigen Praxis zur Erhebung von Ausbaubeiträgen eine Änderung in den Koalitionsvertrag aufzunehmen;

(Vereinzelt Beifall bei der FDP –  
Zuruf des Abg. Ralf Seekatz, CDU –  
Zurufe aus dem Hause)

denn die derzeitige Erhebung der Straßenausbaubeiträge – –

(Unruhe im Hause)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Lärmpegel ist ein wenig zu hoch.

**Abg. Monika Becker, FDP:**

– – zur Finanzierung der kommunalen Straßen entstammt der Anwendung finanzwissenschaftlicher Grundregeln und ist seit vielen Jahren kommunale Praxis, und das, Herr Dr. Weiland, ist keine zynische Bemerkung. Das ist Fakt.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist  
es! –  
Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus! –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist  
blanker Zynismus!)

Ein Zusammenhang zwischen der Entscheidungskompetenz über das kommunale Straßennetz und der Finanzierung in Form der Beitragserhebung ist grundsätzlich im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung.

Meine Damen und Herren, natürlich sollte über die Ausbaubeiträge diskutiert werden, wie es aktuell auch in diesem Land geschieht. Ja, die FDP hat auf ihrem Landesparteitag in Ransbach-Baumbach den eindeutigen Beschluss gefasst, die jetzige Form der Erhebung abzuschaffen.

(Beifall bei FDP, CDU und AfD –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Bravo! –  
Zurufe von der CDU –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wie aus der  
Vogelperspektive!)

Aber trotz dieser Entscheidung kann – das habe ich auch  
im Januar gesagt – dies nicht aus der Vogelperspektive  
geschehen, sondern muss gemeinsam mit den beteiligten  
Akteuren diskutiert werden. Das sind zum Beispiel die  
kommunalen Spitzenverbände.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abg.  
Martin Haller, SPD)

Im Schnellverfahren eine seit Langem durchgeführte Pra-  
xis aufzubrechen, ist bei einer solch wichtigen und bedeu-  
tungsvollen Aufgabe wie die der künftigen Sicherstellung  
der Investitionen für eine moderne kommunale Straßenin-  
frastruktur kein vernünftiger Lösungsweg.

(Abg. Martin Haller, SPD: Aber es ist doch  
Kommunalwahl, Frau Kollegin!)

– Ja, habe ich gesagt, gleich zu Anfang. Das war schon  
klar.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Bedanken  
Sie sich einmal bei Herrn Haller!)

Aber nicht nur aus diesem Grund können wir dem hier  
vorliegenden Gesetzentwurf der CDU-Fraktion nicht zu-  
stimmen. Es ist vieles unklar, da die CDU im Vorfeld keine  
solide Prüfung vorgenommen hat, so zum Beispiel, was  
die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge kostet.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: 50 Millionen  
Euro, Rainer Bröderle!)

Die Spanne reicht von 50 Millionen bis 75 Millionen, oder  
sind es vielleicht 150 Millionen Euro?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: 50 Millionen  
Euro, Rainer Bröderle! –  
Abg. Uwe Junge, AfD: 35 Millionen Euro,  
Hessen!)

Die Berechnungsgrundlage für den festgesetzten Bedarf  
ist unklar. Genauso unklar, meine Damen und Herren der  
CDU-Fraktion, ist, wie und in welcher Reihenfolge die An-  
träge der Gemeinden bearbeitet werden sollen. Auch bei  
der Gegenfinanzierung bleibt der CDU-Gesetzentwurf ne-  
bulös.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Eine  
Pauschale, wie wir sie fordern!)

Die Abschaffung der einmaligen und wiederkehrenden Bei-  
träge erfordert eine solide Gegenfinanzierung, die nicht  
umsonst zu haben ist.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Natürlich!)

An dieser Stelle macht es sich die Opposition eben zu  
einfach,

(Abg. Martin Haller, SPD: Wie immer!)

indem sie eine pauschale Lösung vorschlägt.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Diesem nebulösen Gesetzentwurf fehlt es an Gründlichkeit.  
Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich gern  
wiederholen, wie ich es bereits in meiner letzten Rede zu  
den Straßenausbaubeiträgen deutlich gesagt habe: Wir,  
die FDP-Fraktion, halten uns an den Koalitionsvertrag.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut! –  
Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort der Abgeordneten Schellhammer  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Frau  
Schellhammer ist dafür! –  
Abg. Alexander Licht, CDU: Frau  
Schellhammer sagt, mit uns würde sich ja  
reden lassen!)

#### **Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und  
Herren! Wir beraten heute über einen Gesetzentwurf der  
CDU, der die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge  
zum Ziel hat.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn für meine Fraktion be-  
tonen, der Ausbau und Erhalt von kommunalen Straßen  
und Wegen gehört ohne Wenn und Aber zur kommunalen  
Selbstverwaltung, die die CDU zentral angreift. Daran  
werden und wollen wir nicht rütteln.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie rütteln mit  
7,3 Milliarden Euro Kassenkrediten daran!)

So ist eine langfristige Finanzierung durch das Kommunal-  
abgabengesetz weiterhin unser Mittel der Wahl. Ich werde  
auch nicht müde zu wiederholen – ich befürchte, ich habe  
das bis Mai noch häufiger zu wiederholen –, dass bereits  
40 % der Kommunen die wiederkehrenden Beiträge erhe-  
ben.

(Abg. Gordon Schnieder, CDU: Nur! –  
Zuruf des Abg. Ralf Seekatz, CDU)

Das ist eine faire und angemessene Beteiligung der Bür-  
gerinnen und Bürger an dem Erhalt und Ausbau ihrer Stra-  
ßeninfrastruktur.

Diese Haltung für die wiederkehrenden Ausbaubeiträge  
hat auch unser Parteitag am vergangenen Wochenende  
ganz klar bestätigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD –

Abg. Martin Haller, SPD: Da habt Ihr mal was Sinnvolles beschlossen!)

– Wir beschließen ganz viel Sinnvolles.

Die CDU hat nun einen Gesetzentwurf auf einer sehr, sehr wackeligen Datengrundlage vorgelegt. Sie zeichnen immer wieder das Schreckgespenst, dass Menschen vor Ort in den Ruin getrieben werden, ohne es konkret zu belegen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Oh!)

Wir hingegen müssen faktenbasiert feststellen, dass die wiederkehrenden Beiträge gerade soziale Härten verhindern.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wenn es Ihnen tatsächlich um soziale Härten ginge, würden Sie sich auch vor Ort intensiv für die wiederkehrenden Beiträge einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Ich lasse uns auch nicht Zynismus vorwerfen. Wir wissen sehr wohl, dass gerade die einmaligen Beiträge die Bürgerinnen und Bürger belasten können. Hierfür hat unser Kommunalabgabengesetz ein geeignetes Mittel. Die wiederkehrenden Beiträge sind planbar, wesentlich niedriger, und wesentlich mehr Straßennutzer werden fair beteiligt. Bereits 500 Kommunen in Rheinland-Pfalz nutzen diese Möglichkeit.

Ich kann für meine Fraktion nur wiederholen – das wurde in der Debatte schon gesagt –, der vorliegende Gesetzentwurf ist nichts anderes als ein Wahlkampfmanöver. Haben Sie Bammel vor der AfD? Es ist wirklich ein Trauerspiel.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Sollten Sie auch haben!)

Das sage ich wirklich in allem Ernst. Es ist ein Trauerspiel für eine so stolze Kommunalpartei wie die CDU, dass Sie über dieses Stöckchen springen. Das ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Eigentlich würde dieser Kritikpunkt schon voll ausreichen. Aber ganz wesentlich ist auch die fragwürdige Finanzierung in Ihrem vorliegenden Gesetzentwurf. Sie regeln diese ganz kurz unter dem Punkt „Kosten“. Zum Landeshaushalt sagen Sie, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Dieser wird in Folge anhand eigener Erkenntnisse entsprechend anzupassen sein.“

Sie legen also einen Gesetzentwurf vor, Sie kalkulieren Pi mal Daumen 75 Millionen Euro Belastung,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das machen Sie mit jedem Landeshaushalt im Umweltbereich!)

und dann sagen Sie, Sie wollen einen Nachtragshaushalt machen und legen nicht offen, wie Sie diese Gegenfinanzierung leisten wollen.

(Zuruf von der CDU: Was ist denn Ihre Kalkulation?)

Das ist eine Luftnummer, die Sie schon bei den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt gezeigt haben. Sie haben einen Rechenfehler gemacht, auf den ich eingehen möchte.

Ginge es nach dem Willen der CDU, also den Vorschlägen zur Gegenfinanzierung, die uns vorlagen, würden Sie sich an der Anpassung der Beamtenbesoldung bedienen, die um jährlich 2 % zu steigen hat, also an den Personalverstärkungsmitteln, den globalen Mehrausgaben für das Personal. Aus diesen Mitteln haben Sie die Gegenfinanzierung beantragt.

Es ist Ihnen aber ein großer Rechenfehler unterlaufen. Sie haben die Tarifbeschäftigten und die Zunahme der Beamtenbesoldung nach den aktuellen Tarifiergebnissen vergessen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Quatsch!)

Haushalterisch ist das eine Luftnummer, weil Sie diese Mehrausgaben nicht mit berücksichtigt haben.

Das zeigt, Sie haben ein Wahlkampfthema gefunden. Das werden Sie jetzt die nächsten Wochen vorantreiben, und Sie betreiben auf dieser Basis eine verantwortungslose Politik. Erklären Sie einmal den Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten, warum Sie sich an diesem Topf bedienen wollen. Das ist wirklich nicht seriös.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP –  
Zuruf des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Wir müssen uns auch noch einmal vom System her vergegenwärtigen: Was wollen Sie mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge machen? Die Abschaffung entlastet die Grundstückseigentümer – so schön, so gut –, führt aber im Umkehrschluss zu einer Belastung aller Personen.

(Zuruf von der CDU)

Das heißt ganz populistisch ausgedrückt: Die Steuerzahlerin in der Mietwohnung zahlt letztendlich den Straßenausbau im Villenviertel.

(Abg. Martin Haller, SPD: So ist das! Deswegen ist es ungerecht!)

Diese Umverteilung machen wir nicht mit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –  
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Wie auch schon der Gesetzentwurf der AfD ist der Gesetzentwurf der CDU weder fundiert noch nachhaltig. Die Begründung ist haarsträubend und wackelig, und wir werden ihm nicht zustimmen.

Aus Angst werfen Sie ein bisher bewährtes System, das vor Ort angewendet wird, über Bord. Das lassen wir nicht mit uns machen.

(Glocke des Präsidenten)

Den Landeshaushalt belasten Sie auf unbestimmte Weise. Das ist durchsichtig und leider unseriös.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr  
gut! –  
Zuruf aus dem Hause: Blaue Karte! –  
Abg. Martin Haller, SPD: Zu spät!)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Es tut mir leid, die Rede ist zu Ende. Die Meldung für eine Kurzintervention muss während der Rede erfolgen.

Liebe Kollegen, bevor ich Staatssekretär Stich das Wort erteile, möchte ich noch eine Bitte äußern. Der Lärmpegel im Saal ist bei der Besprechung dieses Gesetzentwurfs sehr hoch. Ich verstehe, dass es untereinander Diskussionen gibt, aber wir sollten es so gestalten, dass sowohl die Mitglieder des Parlaments, die zuhören wollen, als auch unsere Besucher zuhören können.

Bitte schön, Herr Staatssekretär. Sie haben für die Landesregierung das Wort.

#### Randolf Stich, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Rheinland-Pfalz verfügt über ein gerechtes, modernes und sachgerechtes Beitragssystem.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Die Kommunen haben mit den Ausbaubeiträgen eine zuverlässige Einnahmequelle bei Umsetzung konkreter Projekte und werden bei Entscheidungen nicht unnötig eingeschränkt. Das ist genau der Grund, warum der Gemeinde- und Städtebund ausdrücklich fordert, das bestehende System beizubehalten.

Das Kommunalabgabensystem sieht schon heute Möglichkeiten vor, mit denen die Gemeinden gerade Härten, die durch hohe Einmalbeiträge in Einzelfällen und bei ungünstigen Umständen entstehen können, abmildern können. Hier besteht ein entsprechendes Instrumentarium, das genutzt werden kann.

Herr Abgeordneter Schnieder, entgegen Ihrer Ankündigungen am Pult im Januar weist der heute vorliegende Gesetzentwurf zahlreiche, auch handwerkliche Fehler auf,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Quatsch!  
Blanker Unsinn!)

die bestenfalls Verwirrung stiften, aber schlimmstenfalls

erhebliche Probleme für die kommunalen Verwaltungen schaffen. Auf die Fehler kann ich im Hinblick auf die Redezeit nicht eingehen. Das können wir gerne nachher noch einmal besprechen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Aha! –  
Zurufe von der CDU)

Aber ich will meinen Blick auf die wesentlichen Punkte richten;

(Abg. Martin Haller, SPD: Wir haben viele  
Schreiben ehemaliger CDU-Mitglieder  
bekommen!)

denn neben den handwerklichen Fehlern gibt es drei Hauptaspekte des Entwurfs und seiner Begründung, auf die ich im Detail eingehen will.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Abzocker!)

Erstens: In der Begründung knüpft der Entwurf an die letzte Plenarrede von Herrn Schnieder an.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:  
Sozialneider! –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Alle sind  
dagegen, mit Ausnahme der CDU!)

Herr Präsident, in der Begründung heißt es: „Die Planung, der Neu- und Ausbau, die Instandhaltung und Instandsetzung und gegebenenfalls die Beseitigung qualifizierter Straßen (...) stellen eine legitime öffentliche Aufgabe dar und werden allgemein als Teil staatlicher Daseinsvorsorge verstanden.“

Später heißt es: „Der Ausbau sämtlicher öffentlicher Straßen, Verkehrs- und Nebenanlagen ist daher als Gemeinschaftsaufgabe zu betrachten. Die Erhebung von kommunalen Beiträgen für den Ausbau öffentlicher Gemeindestraßen ist daher nicht länger aufrechtzuerhalten.“

Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören aber auch die Versorgung mit Energie und Wasser, die Entsorgung von Abfall und Abwässern, die Unterhaltung von öffentlichem Personennahverkehr, die Bereitstellung von Posten und Telekommunikationsdienstleistungen.

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU, wenn ich Ihre Begründung ernst nehmen will, gehe ich davon aus, dass die CDU auch in all diesen Bereichen künftig die Beiträge und Gebühren abschaffen möchte. Dann viel Spaß.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Blanker  
Unsinn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zweitens: Sie legen großen Wert darauf, dass die Entscheidungshoheit über Ausbauprojekte bei den Gemeinden bleibt.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:  
Regierungszynismus pur!)

Da aber selbstverständlich nicht uneingeschränkt Landesmittel verfügbar sind, wird natürlich durch Ihren Entwurf

gerade die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden eingeschränkt.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Quatsch!)

Wenn wir uns an die bereits bestehenden Verfahren anlehnen – so Ihr Faktenpapier –, müssten bald Anträge beispielsweise in den Landkreisen gesammelt und dort mit Prioritäten versehen werden, und dann müsste das Land je nach Verfügbarkeit entsprechender Mittel über die Projekte entscheiden. Dann ist es natürlich unwahrscheinlich, dass noch jedes Jahr alle Straßenausbaumaßnahmen umgesetzt werden können. Deswegen ist es gut und richtig, dass die Entscheidung über Ausbaumaßnahmen vor Ort getroffen wird und die Kommunen entsprechende Einnahmen für die Projekte haben.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das bleibt auch so!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, drittens: Ich möchte – wie meine Vorredner – darauf eingehen, dass hier geschätzte 75 Millionen Euro Landesmittel eingesetzt werden. Herr Schnieder, das ist ein Punkt, an dem Sie im Zusammenhang mit dem zuletzt beratenen Gesetzentwurf scharfe Kritik geübt haben. Sie haben darauf hingewiesen, dass wegen der unterschiedlichen Strukturen nicht einfach Zahlen aus anderen Bundesländern zugrunde gelegt werden können. Sie haben nachvollziehbare Berechnungen gefordert und belastbare Zahlen angekündigt.

Sehr geehrte CDU-Fraktion, die belastbaren Zahlen, die nachvollziehbaren Rechnungen würden mich wirklich einmal interessieren;

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

denn Sie beziehen sich in Ihrer Schätzung nebulös auf „Erkenntnisse anderer Bundesländer“

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sind jedenfalls seriöser als beim Nürburgring!)

und berücksichtigen dann die Gesamtlänge der Orts- und Gemeindestraßen in Rheinland-Pfalz.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Da redet einer, der den Hahn an die Wand genagelt hat! –

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Oberverrechner!)

Konkrete Berechnungen, die Sie angekündigt haben, bleiben Sie schuldig.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Geht es Euch so schlecht gerade?)

Gerade das Stützen auf „Erkenntnisse anderer Bundesländer“

(Zuruf von der CDU: Reifenhändler!)

ist – wie Sie selbst ausgeführt haben – eben keine verlässliche Grundlage.

(Unruhe bei der CDU)

– Wenn Sie noch einmal kurz zuhören würden,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Lohnt sich nicht!)

damit wir auch einmal konkrete Beispiele haben, im Gegensatz zu Ihnen: In Bayern reichen gerade beispielsweise die als Kompensation bereitgestellten Gelder für wegfallende Beiträge, die 150 Millionen Euro bei Weitem nicht aus. Die Stadt Würzburg hat beispielsweise in der Vergangenheit jährlich 2,3 Millionen Euro

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sagt doch gleich, dass Ihr die Leute abzocken wollt, ist doch okay!)

an Straßenausbaubeiträgen erhoben. Vom Land erhält Würzburg 900.000 Euro jährlich. Ich glaube, mehr muss ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:  
Eindeutig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die CDU will Geld von der einen in die andere Tasche verschieben, will Gemeinden in ihrer Entscheidungsfreiheit einschränken und tut dann so, als ob die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Blanke Unwahrheit!)

Ich glaube, Sie sind letztlich selbst froh, dass der Gesetzentwurf nicht umgesetzt wird, weil Sie sonst am Ende des Tages Ärger mit den Partnern in kommunaler Verantwortung bekommen würden.

(Abg. Martin Haller, SPD: Natürlich! Ist doch logisch!)

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Zu den Ausführungen des Staatssekretärs Stich hat sich der Abgeordnete Dr. Weiland zu einer Kurzintervention gemeldet. – Bitte schön, Herr Dr. Weiland, Sie haben das Wort.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Rede aber langsam, damit er es versteht! –  
Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

#### **Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen, liebe Freunde! Das, was die SPD von sich gibt, ist das reinste Regierungsmikado: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird nach 25 Jahren Regierungsmief

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,  
SPD)

der leiseste Lufthauch und die leiseste Luftzufuhr als lebensgefährlich betrachtet.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat mit dem Staatssekretär den größten Betonmischer hingestellt, den sie im Augenblick zur Verfügung hat, um Beton anzurühren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Staatssekretär, was Sie hier losgelassen haben, ist der blanke Zynismus auf dem Rücken der Anliegerinnen und Anlieger in unseren kleinen Dörfern.

(Beifall der CDU)

Das, was Sie hier gemacht haben, ist das reinste Bonzentum, das sich auf den Nöten der Bevölkerung vor Ort ausruht. Das, was Sie hier gemacht haben, ist schäbig.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,  
SPD –  
Abg. Alexander Fuhr, SPD: Da war eine  
Kamera! –  
Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Eine Erwiderung wird offensichtlich nicht gewünscht. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. – Doch, Herr Dr. Weiland, die CDU-Fraktion hat noch, unter Einrechnung der Großzügigkeit, die wir Herrn Noss gewährt haben, eine Redezeit von etwa zweieinhalb Minuten.

#### Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Innenminister, der sich nicht getraut hat, hier selbst zu reden, ruft jetzt von der Regierungsbank hinein. Ich will das nur für das Protokoll festhalten.

(Staatsminister Roger Lewentz: Lauter gute  
Leute im Haus!)

Lieber Herr Innenminister, reden Sie einmal mit Ihrem Staatssekretär, und bringen Sie ihn zur Vernunft.

(Beifall bei der CDU)

Das Bild in diesem Hause nach dieser Debatte ist klar. Die AfD will die Abschaffung, sie bekommt es aber handwerklich nicht hin. Die FDP will die Abschaffung, sie traut sich aber nicht. Die Grünen wissen es nicht so genau, aber ihnen ist es im Zweifelsfall ohnehin egal. Und die SPD spielt, wie ich es vorhin schon sagte, Regierungsmikado, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der geschätzte Kollege Noss hat sich hier mit sorgenvoller Miene hingestellt und davor gewarnt, das Thema „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ in den Wahlkampf zu ziehen.

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Ne, ne, ne!  
Das waren Sie!)

– Ja, Sie haben uns davor gewarnt, es nicht zu tun.

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Nein, ich  
habe Ihnen das nur unterstellt!)

– Dann habe ich Sie nicht verstanden, Herr Noss.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat es in der Hand, ob das im Wahlkampf Thema wird oder nicht. Sie brauchen nur unserem Gesetzesentwurf zuzustimmen. Dann ist es aus dem Landtag heraus.

(Beifall bei der CDU –  
Abg. Alexander Fuhr, SPD: Noch  
beschließt das Parlament die Gesetze!)

Er ist besser als das, was Sie üblicherweise vorlegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die SPD ist eigentlich nur dagegen, weil ihr nicht eingefallen ist, dass man die Straßenausbaubeiträge abschaffen könnte. Deshalb sollten Sie vielleicht einmal aus Ihrer Schmollecke herauskommen, nicht die beleidigte Leberwurst spielen, sondern sagen: Die CDU hat wirklich eine gute Idee gehabt,

(Abg. Alexander Fuhr, SPD: Da muss er  
selbst lachen!)

hat einen guten Gesetzesentwurf vorgelegt, und dem stimmen wir jetzt zu. Das könnten wir doch einmal machen.

(Beifall der CDU –  
Abg. Michael Frisch, AfD: Wer hat's  
erfunden? Nicht die CDU!)

Im Übrigen funktioniert es in anderen Bundesländern bereits sehr gut. Warum es in Rheinland-Pfalz nicht funktionieren soll, leuchtet niemandem ein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn einem nach langen Diskussionen als einziges Argument – auch der Herr Staatssekretär hat es vorhin gebracht –,

(Zurufe der Abg. Hans Jürgen Noss und  
Ingeborg Sahler-Fesel, SPD)

das einem vor Ort noch begegnet und vielleicht gegen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sprechen könnte,

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt  
den Vorsitz)

„Wir trauen aber der Landesregierung nicht, ob wir unser Geld dann auch bekommen“ einfällt,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, das ist  
ein Hammer!)

wenn das Misstrauen gegen die Landesregierung das einzig verbleibende Argument gegen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist



(Glocke der Präsidentin)

– Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss –, dann ist die Landesregierung das Problem und nicht die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Herr Dr. Weiland, es liegen vier Kurzinterventionen vor.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Noch eine halbe Stunde Redezeit!)

Ich rufe diese zunächst zusammen auf. Sie haben anschließend gebündelt die Möglichkeit zu antworten, wenn Sie einverstanden sind.

(Abg. Dr. Weiland, CDU: Vier mal drei?)

– Vier mal drei, so ist es.

(Unruhe im Hause)

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Beginnen wird die Kollegin Pia Schellhammer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Der Wortbeitrag von Herrn Kollegen Dr. Weiland hat mich gelockt, die blaue Karte zu zücken.

Was wir heute erlebt haben, möchte ich noch einmal im Verlauf skizzieren, weil die ganze Diskussion so bemerkenswert ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Die AfD setzt das Thema auf das Tableau. Sie springen über das Stöckchen. Sie ändern Ihre Position, eiern eine Zeit lang herum, wie Sie es konkret machen wollen. Jetzt legen Sie einen Gesetzentwurf vor, der in der Plenardebatte aufgrund seiner mangelhaften Finanzierung und des Angriffs auf die kommunale Selbstverwaltung maximal zerpfückt wird.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Oh, „maximal zerpfückt“!)

Was machen Sie? Sie machen die Flucht nach vorne. Mit markigen Worten kritisieren Sie die Landesregierung, werfen ihr Zynismus und Bonzentum vor. Ich kann es nicht anders sagen, es ist ein Trauerspiel.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und vereinzelt bei der AfD)

Dass Sie auf den Begriff „Bonzentum“ kommen, finde ich in dem ganzen Zusammenhang maximal absurd.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist ihm gerade eingefallen!)

Es geht in der ganzen Debatte um die Frage, ob wir Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer zulasten der Allgemeinheit

entlasten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja also!)

Sie werfen der Landesregierung, die sich dagegen positioniert, Bonzentum vor. Das ist wirklich nur absurd und zeigt, dass Sie hier keine stringente Argumentation haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Sie haben nicht mitbekommen, wir Grüne haben eine sehr klare Position. Diese wurde von unserem Parteitag gestärkt. Wir haben die wiederkehrenden Beiträge. Das verteidigen wir. Sie greifen die kommunale Eigenverantwortung an. Wir stehen zur kommunalen Eigenverantwortung. Die nächsten Wochen und Monate werden wir nicht müde werden, das zu betonen. Ihr Gesetzentwurf wird leider nicht annähernd dem gerecht, was eine verantwortungsvolle Politik wirklich bedeutet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Ich erteile Dr. Bollinger von der AfD-Fraktion zu einer weiteren Kurzintervention das Wort.

**Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:**

Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Weiland, ich darf Sie doch noch einmal daran erinnern, dass die AfD dieses Thema auf die Agenda gesetzt hat, die CDU zu Beginn dagegen war und sich dann angesichts der anstehenden Kommunalwahlen und des Interesses der Bürger eines Besseren besonnen hat.

(Beifall der AfD – Abg. Michael Frisch, AfD: Genau so ist es!)

Die handwerklichen und inhaltlichen Schwächen liegen nicht auf unserer Seite, sondern auf der Seite der CDU. Wir möchten Bürokratie abbauen. Sie schaffen zusätzliche Bürokratie durch die Beibehaltung des Antragswesens und eine zusätzlich erforderliche Verordnung.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Quatsch!)

Wir möchten den Gemeinden durch die frühzeitige Überweisung einer Pauschale Planungssicherheit geben. Bei Ihnen kommt es Geld im Nachhinein. Das ist genau das, was die Kommunen nicht wollen, weil sie befürchten, dass sich das Ganze hinauszögert.

(Zuruf des Abg. Gordon Schnieder, CDU)

Sie machen die Kommunen zum Bittsteller beim Land, was diese ablehnen, wie Herr Langner ausgeführt hat. Wir stehen dagegen für Subsidiarität und delegieren die Verantwortung komplett an die Kommunen.

(Zuruf des Abg. Gordon Schnieder, CDU)

Sie sollten auch einmal zur Kenntnis nehmen, alle Bundesländer, die bislang die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, haben sich entweder direkt für die von uns favorisierte Lösung einer pauschalen Abgeltung entschieden oder sind im Begriff, das zu tun.

Liebe CDU, ich glaube, Sie sind die Geisterfahrer. Sie sollten das anerkennen.

(Zuruf des Abg. Gordon Schnieder, CDU)

Wir haben die Diskussion im Ausschuss. Da haben Sie noch Gelegenheit, sich eines Besseren zu besinnen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich der Abgeordneten Becker das Wort zu einer Kurzintervention.

**Abg. Monika Becker, FDP:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Weiland, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie jetzt wirklich zuhören würden. Ich schätze Sie eigentlich wirklich als einen profunden Politiker, der hier im Landtag Inhalte nennt. Aber der Gesetzentwurf und die Einbringung des Gesetzentwurfes selbst waren schon schwach.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das stimmt aber nicht, was Sie sagen!)

Ich habe Ihnen das deutlich gemacht, die Kollegen übrigens auch. Die Gegenfinanzierung haben Sie nicht deutlich gemacht. Sie konnten nicht sagen, wie das Antragsverfahren ist. Das war schon schwach.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Stimmt überhaupt nicht!)

Herr Dr. Weiland, das, was Sie in der zweiten Runde hier gemacht haben,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Saustark!)

ist der Grund, warum Sie seit so vielen Jahren in der Opposition sitzen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Heiterkeit des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Das ist der Grund, warum Sie so viele Jahre in der Opposition sitzen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wo waren Sie vor drei Jahren?)

Sie werfen uns als FDP vor, wir würden zu etwas stehen, was wir uns nicht trauen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Vielleicht ist das der Grund, warum Sie aus dem Landtag geflogen sind!)

Nein, ich habe sehr klar und deutlich gemacht, die FDP hat einen Beschluss gefasst. Jetzt kommt das, was ich zum Schluss der Rede gesagt habe und was unser Erfolgsmodell in Rheinland-Pfalz ist: Diese Koalition steht zusammen. Wir sind koalitionsstreu.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Deshalb werden wir das in dieser Legislaturperiode nicht umsetzen.

Herr Dr. Weiland, deshalb sind wir an der Regierung, und nicht Sie.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Das Wort für eine weitere Kurzintervention hat der Abgeordnete Nico Steinbach für die SPD-Fraktion.

**Abg. Nico Steinbach, SPD:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Was ist nur aus der CDU Rheinland-Pfalz geworden?

Einen populistischeren und dilettantischeren Gesetzentwurf als das, was Sie beim Straßenausbaubeitrag liefern, haben wir in den letzten Jahren nicht erlebt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Schau mal nach Worms!)

Zunächst haben Sie sich im August hingestellt – Ihr Kollege Reichert ist nur noch zu bemitleiden – und richtigerweise den Gesetzentwurf der AfD als populistisch, nicht finanzierbar, unmöglich und in der kommunalen Praxis nicht umsetzbar abgetan.

(Zurufe der Abg. Christian Baldauf und Gordon Schnieder, CDU, und des Abg. Uwe Junge, AfD)

Zwei Monate später machen Sie durch den Fraktionsvorsitzenden einer 180-Grad-Wendung in der Haushaltsrede. Das muss man erst einmal liefern.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Auf das direkte Wortgefecht zur Gegenfinanzierung haben Sie mir geantwortet: Viel Spaß beim Wahlkampf. – Damit ist für mich alles gesagt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schnieder, Sie bekommen bei jeder Gelegenheit in kommunalen Zusammenkünften den Kopf gewaschen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Er muss auf ihn eingehen!)

Herr Dr. Weiland, vielleicht habe ich in der Berichterstat-

tung etwas verkehrt gelesen. Sie können es gerne gleich richtigstellen, aber mir ist zu Ohren gekommen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die Präsidentin ist eine Katastrophe!)

dass bei Ihnen in der Straße zu Hause auch ein Ausbau ansteht. Vielleicht ist das die Motivation, die Sie hier treibt. Sie können gerne etwas dazu sagen.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Ich möchte gerne präzisieren, was ich mit „dilettantisch“ meine. Ich habe aber nicht die Zeit, das hier zu vermitteln.

(Unruhe im Hause)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Einen Moment, Herr Kollege Steinbach. – Hören Sie bitte dem Redner zu! Vor lauter Lärm kommt das, was er sagt, hier oben nicht mehr an. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Abg. Nico Steinbach, SPD:**

In Ihrem Gesetzentwurf sprechen Sie von beitragsfähigen Bescheiden bis zum 31. Dezember diesen Jahres und von festgesetzten Beitragsbescheiden, die bestandskräftig sind.

Liebe Leute, Bestandskräftigkeit kann man durch einen Widerspruch sehr schnell auflösen. Es gibt viele dieser Beispiele.

Ich zitiere: „Vor diesem Datum erlassene (...) Bescheide (...) werden (...) aufgehoben.“ Das heißt nichts anderes, als dass die Beitragsbescheide der letzten 33 Jahre aufgehoben werden müssten.

(Glocke der Präsidentin)

Ich kann nur sagen, dieser Gesetzentwurf ist mehr als dilettantisch.

Ich mache einen letzten Satz.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie müssen auf ihn eingehen!)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Herr Steinbach, Sie müssen auf den Vorredner eingehen. Der Hinweis kam.

**Abg. Nico Steinbach, SPD:**

Ich gehe gern auf Herrn Dr. Weiland ein. – Herr Dr. Weiland, natürlich zahlt niemand gerne Beiträge. Arbeiten Sie aber an einer seriösen Lösung und nicht an Populismus. Wir sprechen uns für das wiederkehrende System aus und sehen Möglichkeiten, dies weiterzuentwickeln im Sinne der Bürger und insbesondere im Sinne der Gemeinden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Gordon Schnieder, CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Jetzt hat der Abgeordnete Dr. Weiland die Möglichkeit zu antworten. Herr Dr. Weiland, Sie haben zwölf Minuten Redezeit.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber bitte ausnutzen!)

**Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es kurz machen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Nein!)

Ich will zunächst auf die Kollegin Schellhammer eingehen.

Frau Schellhammer, wenn man hier das Neidargument spielt – nur die Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen sollen entlastet werden – und versucht, die Hausbesitzer gegen die Mieterinnen und Mieter in Stellung zu bringen, dann finde ich, ist das dem Problem nicht angemessen.

(Beifall der CDU –  
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Ich habe „die Allgemeinheit“  
gesagt!)

Es geht bei der Entlastung von Straßenausbaubeiträgen insbesondere im ländlichen Bereich vorrangig um alleinstehende alte Menschen mit niedrigen Renten,

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Um die Eigentümer!)

die in den Ortskernen oft auf alten landwirtschaftlichen Betrieben sitzen und dort wohnen und entsprechend große Grundstücke um das Haus herum haben.

(Abg. Christian Baldauf, CDU:  
17.000 Euro!)

Sie werden durch Straßenausbaubeiträge nicht selten dazu gezwungen, ihre Immobilie noch im hohen Alter zu verkaufen, weil sie sie nicht halten können.

(Zuruf von der SPD: Quatsch! –  
Zuruf der Abg. Pia Schellhammer,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Das ist die soziale Dimension dieses Gesetzentwurfs.

Von der infrastrukturellen Dimension zur Entwicklung der Ortskerne habe ich vorhin gesprochen. Was die kommunale Eigen- und Selbstverantwortung angeht, empfehle ich einen Blick in unseren Gesetzentwurf, weil er das Vorurteil, wir würden die kommunale Selbstverwaltung einschränken, völlig ausräumt.

(Beifall bei der CDU)

Erste Beratung

Wir haben an mindestens drei oder vier Stellen ausdrücklich die kommunale Selbstverwaltung betont und erläutert,

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

warum unser Gesetzentwurf in die kommunale Selbstverwaltung nicht eingreift, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Aber faktisch tut er es eben doch!)

Das, was die AfD mit einer pauschalierten Lösung vorschlägt, mag in anderen Bundesländern, in denen es ein anderes Verhältnis zwischen kommunaler Ebene und Landesebene gibt, passen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: In allen anderen!)

In Rheinland-Pfalz passt es nicht.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Es passt auch nicht dazu, dass Straßenausbaumaßnahmen Infrastrukturmaßnahmen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Infrastrukturmaßnahmen muss man gezielt fördern. Man kann sie nicht mit der Gießkanne fördern,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Spiegelfechtereien, was Sie hier machen!)

weil das insbesondere kleine Ortsgemeinden wieder benachteiligen würde.

(Beifall bei der CDU –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Kommunen selbst entscheiden lassen, ohne Anträge stellen zu müssen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Becker, ich kann Sie zu gut leiden, um auf Ihren Beitrag von hier aus einzugehen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 17/8673 – an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung**  
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
– Drucksache [17/8669](#) –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Frisch.

#### **Abg. Michael Frisch, AfD:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kaum eine andere Frage beschäftigt die Bürger einer Kommune so sehr wie die Ausweisung neuer Baugebiete. In meiner Heimatstadt Trier gab es unlängst eine breite und sehr kontroverse Diskussion um die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Brubacher Hof. Dort sollten nach dem Willen der Stadtverwaltung Hunderte neuer Wohnungen auf der grünen Wiese entstehen. Nicht nur die betroffenen Landwirte und Anwohner, sondern auch Naturschutzverbände und um die Lebensqualität ihrer Stadt besorgte Bürger engagierten sich im formellen Teilnahmeverfahren.

Sie beschäftigten sich intensiv mit verkehrlichen, ökologischen und städtebaulichen Problemen, formulierten ordnerweise Eingaben und Änderungsvorschläge, organisierten Versammlungen und Demonstrationen. Aber all diese Bemühungen blieben letzten Endes ohne Erfolg. Die Verwaltung erklärte sämtliche Einwände für nicht zwingend. Eine knappe Stadtratsmehrheit segnete das Projekt anschließend ab. Zurück blieben viele maßlos frustrierte Bürger, ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber einflussreichen Lobbygruppen, jede Menge Politikverdrossenheit und ein teurer Rechtsstreit.

Nur zu gern hätten es die Trierer den Freiburgern nachgemacht, die erst kürzlich in einem Bürgerentscheid darüber abstimmen durften, ob der neue Stadtteil Dietenbach gebaut wird oder nicht. Allein, die rheinland-pfälzische Gemeindeordnung lässt dies nicht zu. § 17 a Gemeindeordnung, in dem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid geregelt sind, schließt im Rahmen einer Negativliste die Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen ausdrücklich aus. Rheinland-Pfalz gehört damit zu jener Minderheit von sechs Bundesländern, in denen Bürgerentscheide zur Bauleitplanung vollständig unmöglich sind. Andere wie etwa Hessen und Nordrhein-Westfalen lassen sie in einem frühen Verfahrensstadium zu, eine weitere Gruppe, zu der beispielsweise Bayern und Berlin gehören, kennt diesbezüglich keinerlei Einschränkungen.

Dabei sollte die Situation in Rheinland-Pfalz eigentlich eine andere sein; denn schon im Jahr 2014 hatte die Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ in ihrem Abschlussbericht die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung gefordert und ausdrücklich vorgeschlagen, durch eine Neuformulierung des § 17 a Gemeindeordnung die Einleitung eines Bauleitverfahrens aus dem Negativkatalog herauszunehmen.

Die im Rahmen der Enquete-Kommission angehörten Experten befürworteten diese Änderung nahezu einhellig. Auch die kommunalen Vertreter, darunter der damalige Trierer Oberbürgermeister Jensen, erhoben keinen Einspruch dagegen, und selbst im Minderheitenvotum der

CDU-Abgeordneten fand sich kein Einwand gegen die Einführung eines solchen direktdemokratischen Instruments.

Warum aus der Empfehlung der Enquete-Kommission nichts geworden ist, wissen wir nicht. Fakt ist, im Gegensatz zu Baden-Württemberg, das im Jahr 2015 unter einer rot-grünen Landesregierung exakt diesen Weg gegangen ist, passierte in Rheinland-Pfalz nichts, und dies, obwohl hinsichtlich des zugrunde liegenden Sachverhalts und der mehrheitlich vorgetragenen Argumentation keine Veränderungen eingetreten sind.

Während Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, ansonsten nicht müde werden, über Demokratie zu reden und die Notwendigkeit demokratischer Beteiligung bis in die KITAS hinein zu betonen, findet sich weder in Ihrem Koalitionsvertrag noch in der bisherigen Regierungsarbeit ein Ansatz zur Umsetzung der von der Enquete-Kommission vorgeschlagenen Maßnahme. Das zeigt, wie wenig ernst es Ihnen mit der Mitbestimmung der Bürger als des eigentlichen Souveräns unseres Staates in Wirklichkeit ist.

(Beifall der AfD)

Für uns dagegen ist direkte Demokratie mehr als ein Lippenbekenntnis. Wir haben bereits im Jahr 2016 einen Gesetzentwurf zur Stärkung direkter Bürgerbeteiligung im Landtag eingebracht, und auch heute greifen wir den Wunsch der Menschen in diesem Land auf, gerade in wichtigen kommunalen Angelegenheiten mehr mitentscheiden zu können. Dabei haben wir uns mit Blick auf die Komplexität eines Bauleitverfahrens und das erforderliche Ja-Nein-Votum bewusst darauf beschränkt, nur dessen Einleitung einem Bürgerentscheid zugänglich zu machen.

Sowohl das von uns angeforderte Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes als auch die Gesetzeslage in anderen Bundesländern zeigen, dass dem rechtlich nichts entgegensteht, und sachlich spricht eigentlich alles dafür.

Repräsentative und direkte Demokratie sind keine Widersprüche, sondern ergänzen sich optimal. Die Bürger nach einem ausführlichen Diskussionsprozess in einer sie unmittelbar betreffenden Frage auch selbst entscheiden zu lassen, stärkt das Verantwortungsgefühl, das demokratische Bewusstsein und den Zusammenhalt vor Ort. Es wirkt der weitverbreiteten Politikverdrossenheit entgegen und erhöht die Bereitschaft, sich kommunalpolitisch zu engagieren, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gremien.

Der Politikwissenschaftler Volker Mittendorf von der Universität Wuppertal bezeichnete in der Anhörung der Enquete-Kommission die Bürgerbegehren sogar als eine „Schule der Demokratie“, weil sie sich oft aus Personen rekrutierten, die vorher nicht politisch aktiv gewesen seien. Zudem führen sie zu einer deutlich größeren Akzeptanz von getroffenen Beschlüssen und damit auch eher zu einer Befriedung der gerade in Baufragen nicht selten zerstrittenen Bürgerschaft.

Eine Behinderung der kommunalpolitischen Arbeit, wie Kritiker sie befürchten, dürfte dagegen nach den Erfahrungen anderer Bundesländer nicht zu erwarten sein. So ist in Baden-Württemberg die Anzahl der Bürgerentscheide

nach Einführung der Neuregelung nur geringfügig gestiegen, und aufgrund der zeitlichen Befristung für ein Bürgerbegehren herrscht frühzeitig Planungs- und Rechtssicherheit.

Meine Damen und Herren, der von uns vorgelegte Gesetzentwurf bedeutet einen Meilenstein für mehr Bürgerbeteiligung und eine Stärkung der Demokratie.

(Beifall der AfD)

Vertrauen wir dem Urteilsvermögen und der Sachkompetenz unserer Bürger! Ermöglichen wir ihnen in einer so wichtigen Frage wie dem Grundsatzbeschluss für eine Bauleitplanung das letzte Wort! Ich bin sicher, sie werden unser Vertrauen nicht enttäuschen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Koalitionsfractionen erteile ich der Abgeordneten Pia Schellhammer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Heute Morgen haben wir noch im Rahmen der aktuellen Debatte seitens der AfD gehört, dass, wenn man auf Bürgerprotest hört und ihn hier beantragt, man damit der parlamentarischen Debatte ihre Wirkung entzieht. Jetzt hören wir zu dem vorgestellten Gesetzentwurf, dass Bürgerbeteiligung ganz wichtig ist.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Wir haben nie etwas dagegen gesagt!)

Wahrscheinlich ist es nicht wichtig, wenn wir auf junge Menschen hören, die für Klimaschutz demonstrieren, aber Ihre mangelnde Logik müssen Sie selbst erklären.

Die AfD beantragt eine Öffnung der Bauleitplanung für Bürgerbegehren und -entscheide. Die Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ hat in der 16. Wahlperiode von 2011 bis 2014 sehr intensiv umfangreiche Aspekte der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie untersucht, umfangreiche Anhörungen durchgeführt und dann einen sehr umfangreichen Forderungskatalog verabschiedet.

Nach eingehender Beratung hat sich die Enquete-Kommission auch mit Mehrheit in ihrem Abschlussbericht zu der Frage der Bauleitplanung positioniert. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Konkret empfiehlt die Enquete-Kommission die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen von Fragen der Bauleitplanung (...), die lautet: die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen mit Ausnahme der Entscheidung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens.“

Darüber hinaus hat die Enquete-Kommission eine Reihe von weiteren Empfehlungen ausgesprochen, sowohl für

die kommunale Ebene als auch zur Frage der politischen Bildung, für die Landesebene und auch allgemein, was für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie notwendig ist.

Sie haben heute – das haben wir auch schon in den anderen Gesetzgebungsverfahren gehört – erneut behauptet – das sind einfach Fake News –, es sei seitdem nichts passiert.

(Abg. Michael Frisch, AfD: In der Sache nicht!)

Ich kann es gern noch einmal wiederholen, und das werde ich auch in jeder Debatte tun: Die Enquete-Kommission hat auf Grundlage des Abschlussberichts drei umfangreiche Gesetzgebungsverfahren ins Rollen gebracht, noch innerhalb derselben Legislaturperiode.

Auf Grundlage des Abschlussberichts der Enquete-Kommission wurde auch im Hinblick auf die Gemeinde- und Landkreisordnung eine umfangreiche Reform vorgenommen. Diese Reform hat Rechtskraft zum 1. Juli 2016 erlangt: das Landesgesetz zur Verbesserung der direkt-demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Darin wurde die Gemeinde- und Landkreisordnung geändert, der Einwohnerantrag wurde gestärkt. Ab 14 Jahren können nun alle Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von ihrem Stimmrecht bei Wahlen ein Thema auf die Tagesordnung des Kommunalen Rats setzen.

Wir haben die Bürgerbegehren und damit auch die Bürgerentscheide gestärkt und die Hürden deutlich gesenkt. Ursprünglich waren es 10 % der Unterschriften, die erforderlich waren, seit Juli 2016 sind in Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nur noch 9 % erforderlich. Diese Staffelung der Einwohnerzahlen zieht sich durch bis zu 5 % in Gemeinden mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wir haben die Gemeindeordnung also umfangreich geändert, um die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene zu stärken. Dass Sie sich ernsthaft hier hinstellen und sagen, es sei nichts passiert, ist wirklich absurd, und es ist einfach nicht richtig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese umfangreiche Reform – ich habe es schon gesagt – hat der Gesetzgeber in der letzten Legislaturperiode erlassen, und sie ist noch nicht einmal drei Jahre alt. Im Sommer werden es dann drei Jahre. Wir haben die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene gestärkt, und es sind seitdem auch mehr Bürgerentscheide entstanden.

Wir müssen uns intensiv anschauen, wie sich diese Reform ausgewirkt hat und ob die neu geschaffenen Instrumente tatsächlich mehr genutzt werden.

Gleichzeitig – auch darauf haben Sie abgehoben – hat auch in Baden-Württemberg eine umfangreiche Reform der Gemeindeordnung stattgefunden. Dort hat man sich entschieden, auch die Fragen der Bauleitplanung zu öffnen, und seitdem werden dort sehr interessante Erfah-

rungen gemacht. Zum einen werden sie kritisiert, zum anderen kann es zu einer Belebung der Debatte vor Ort beitragen, dass die Bürgerentscheide auch in diesem Bereich möglich sind. Das können wir uns in aller Ruhe anschauen.

Erlauben Sie mir aber eine grundsätzliche Ausführung; denn ich glaube, das ist Ihnen nicht gewärtig: Was ist der Sinn und Zweck einer Enquete-Kommission? Das Besondere einer Enquete-Kommission ist, dass wir abseits vom politischen Alltagsgeschäft Dinge grundsätzlich erörtern können und dann, nach einer gewissen Beratungszeit, einen ganzen Maßnahmenkatalog empfehlen. Das ist auch das Gute, denn wir können nicht nur kurzfristige Ziele, sondern auch mittel- und langfristige Ziele darin verabschieden.

Aber der Gesetzgeber ist nicht verpflichtet, diese tatsächlich umzusetzen. Deswegen ist es auch eher eine Besonderheit, dass sich innerhalb derselben Legislaturperiode, in der eine Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt hat, drei Gesetzgebungsmaßnahmen davon abgeleitet haben. Uns allen Ernstes zu unterstellen, wir würden die Bürgerbeteiligung und die direkte Demokratie und Transparenz und Informationsfreiheit nicht ernst nehmen, ist absolut falsch, und das können Sie auch wirklich nicht behaupten, weil die Fakten einfach andere sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Wir haben eine Reform durchgeführt. Die Ergebnisse, wie diese Reform tatsächlich wirkt, müssen wir abwarten. Wir sehen hier aber keinen punktuellen Änderungsbedarf.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Kurzintervention hat sich der Abgeordnete Frisch gemeldet.

(Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD: Oh! Warum wundert mich das jetzt nicht?)

#### **Abg. Michael Frisch, AfD:**

Meine verehrten Kollegen! Frau Schellhammer, es ist schon eine bemerkenswerte argumentative Verrenkung, die Sie hier vollziehen, um davon abzulenken, dass Sie wahrscheinlich einem Vorschlag widersprechen werden, den Sie vor wenigen Jahren in der Enquete-Kommission nicht nur mit erarbeitet, sondern damals ausdrücklich als Empfehlung beschlossen haben.

Die Argumentation, die damals in der Enquete-Kommission vertreten wurde – übrigens auch von den Anzuhörenden und anderen Experten –, war in dieser Frage eindeutig. Es ist eben keine Petitesse, es ist keine Nebensächlichkeitsache, sondern eine Sache, die die Bürger in den Kommunen sehr stark beschäftigt.

Wenn Sie sagen, wir haben nicht immer direkt alles um-

setzen können, hätten Sie hier und heute Gelegenheit, dem zuzustimmen. Aber ich habe keine ernsthaften Gegenargumente gehört, und ich glaube auch nicht, dass Sie ernsthaft bereit sind, sich damit auseinanderzusetzen.

Ich fürchte eher, es ist deshalb, weil die AfD diesen Antrag einbringt. Wir haben wieder einmal die Situation, egal, was wir machen, Sie sind prinzipiell dagegen, und das ist das, was die Bürger verärgert, weil es keine sachorientierte Politik mehr ist.

(Beifall der AfD)

Wissen Sie, Frau Schellhammer, ich habe mir schon manchmal überlegt, was wohl passieren würde, wenn wir beantragen würden, der Landtag möge feststellen, dass zwei mal zwei vier ist.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht Sache des Landtags, würden wir sagen!)

Ich vermute, Sie würden sich hier vorne hinstellen und mit großer moralischer Empörung darauf verweisen, dass wir damit zurückwollten in die 50er-Jahre oder noch weiter in die ganz schlimme Zeit. Sie würden dann feststellen, dass die AfD eine einfache Antwort auf eine komplexe Frage geben würde.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD –  
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oder dass Sie mit arabischen Zahlen arbeiten!)

Anschließend würden Sie mit großer Empathie davon sprechen, dass eine menschenverachtende Diskriminierung der ungeraden Zahlen stattfindet

(Heiterkeit und Beifall der AfD)

und man als Partei der Vielfalt und Toleranz auch offen dafür sein müsse, dass zwei mal zwei möglicherweise auch fünf sein könne, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall der AfD)

So machen Sie hier Politik, und das ist das, was bei den Bürgern zu der Politikverdrossenheit führt, die Sie immer beklagen. Wenn Sie einmal mit den Kommunen reden, stellen Sie fest, dort sind kaum noch Menschen bereit, sich für den Posten eines Bürgermeisters oder für den Stadt- oder Gemeinderat zur Verfügung zu stellen, und zwar genau deshalb, weil sie spüren, dass in der großen Politik nicht ernsthaft um sachgerechte Lösungen gerungen wird.

Es geht Ihnen nicht darum, die Interessen der Bürger zu vertreten, es geht um ein parteipolitisches Süppchen, das Sie kochen, und es geht so weit, dass Sie nicht einmal ansatzweise die Vorstellung zulassen können, auch die AfD als Oppositionspartei hat einmal eine gute Idee, der man schon deshalb zustimmen müsste, weil man selbst vor vielen Jahren genau die gleichen Vorschläge vertreten hat.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –  
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Heul doch! –  
Abg. Matthias Joa, AfD: Er macht es einfach besser als Sie!)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Die Möglichkeit zur Erwidern nutzt die Abgeordnete Schellhammer.

**Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Und das passiert, wenn man seine Kurzintervention anscheinend schon vorbereitet hat!

In meinem Redebeitrag habe ich mit keinem Wort erwähnt, dass wir den vorgelegten Gesetzentwurf deswegen ablehnen, weil die AfD ihn eingebracht hat, sondern auf der Grundlage, dass wir in Rheinland-Pfalz eine umfangreiche Reform durchgeführt haben, die im Sommer erst drei Jahre her ist und erst dann ihre Wirkung gezeigt hat.

Wir müssen abwarten, wie sich die Instrumente entwickelt haben und welche weiteren Maßnahmen notwendig sind, um die direkte Demokratie und die Bürgerbeteiligung vor Ort weiterzuentwickeln.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Drei Jahre warten Sie!)

Dass Sie es einzig und allein darauf reduzieren, dass es von der AfD kommt, das zeigt, Sie erwarten es auch nicht anders. Dies hat Ihre vorgefertigte Kurzintervention erneut belegt.

Ich merke von Politikverdrossenheit überhaupt nichts. Wir haben Parteimitglieder, wir haben viele Menschen, die sich auf die Listen setzen lassen, wir haben junge Menschen, die auf die Straße gehen und sich politisch engagieren.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Ich merke, dass der Diskurs sehr lebendig ist.

Ich sage noch einmal, die Enquete-Kommission hat diese Position verabschiedet.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Und was haben Sie daraus gemacht?)

Wir haben uns sehr genau angeschaut, welche Gründe dafür sprechen, und dafür waren wir auch ganz offen,

(Zurufe der Abg. Michael Frisch und Uwe Junge, AfD)

aber wir haben keine unserer Empfehlungen tatsächlich mit einem zeitlichen Marker versehen. Deswegen sage ich, es gibt keinen Automatismus, keine Garantie, und wir müssen schauen, wie sich die Reform inzwischen angelassen hat, und dann können wir das neu bewerten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Matthias Lammert.

**Abg. Matthias Lammert, CDU:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen über eine Gesetzesänderung zur Gemeindeordnung. Eine Bürgerbeteiligung nach § 17 a Gemeindeordnung über die Entscheidung auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens hört sich zunächst einmal unspektakulär an. Man muss aber in die Tiefe gehen.

Die Kollegin hat das schon gemacht und gesagt, in der vergangenen Legislaturperiode gab es eine Enquete-Kommission, die sehr lange zum Thema „Bürgerbeteiligung“ getagt hat. Ich war selbst als Obmann in dieser Enquete-Kommission dabei. Es gab durchaus kontroverse Debatten. Auch zu diesem Thema gab es kontroverse Debatten. Am Ende stand dann ein Abschlussbericht. Dieser hat keine zwingenden Auswirkungen, sondern enthält Handlungsempfehlungen mit Hinweisen. Wir als Union hatten dazu abweichende Meinungen. Deshalb haben wir nicht allen Punkten zugestimmt und das dezidiert ausgeführt, was in einem Bericht einer Enquete-Kommission ganz normal ist. Das gehört dazu.

(Beifall bei der CDU)

Das zunächst einmal zu den sachlichen Dingen.

Grundtenor unseres Ansatzes war und ist, wir als Repräsentanten der Demokratie sollten immer bemüht sein, demokratische Prozesse zu stärken. Ich denke, darin sind wir uns einig. Mehr Partizipation und zugleich die Stärkung des repräsentativen Systems sind zwei Seiten unserer Demokratiemedaille. Ich denke, auch das ist konsensfähig.

Wenn Sie aber in Ihrem Gesetzentwurf – das fand ich dann schon spannend – unter der Überschrift „Problem und Regelungsbedürfnis“ im dritten Absatz formulieren „Eine lediglich auf Information und Anhörung beschränkte Beteiligung, die in vielen Fällen mit einem dem Willen der Wählermehrheit zuwider laufenden Beschluss des Gemeinderates endet“, bestätigen Sie damit genau den Populismus, den man Ihnen immer wieder vorwirft.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie stellen sich nämlich grundlegend gegen das System des Gemeinderats und der repräsentativen Demokratie. Es ist Ihre typische Art und Weise, dass Sie immer wieder versuchen, das zu penetrieren und zu diskreditieren. Das lassen wir Ihnen so nicht durchgehen.

(Beifall der CDU und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir als CDU in einer abweichenden Meinung zum Ausdruck gebracht.

Ich denke, auch darin sind wir uns einig. Ja zur Bürgerbeteiligung, das ist gar keine Frage. Dazu ist auch einiges

in der Gemeindeordnung verändert worden. Die Kollegin hat das schon gesagt. Die Gemeindeordnung ist verändert worden. In ihr gibt es durchaus Prozesse, aber immer unter Wahrung des Rechtsstaatsprinzips. Auch das sind Punkte, die uns immer wichtig waren; denn hier sind auch schützenswerte Positionen Einzelner im Spiel. Auch das gehört dazu. Nicht dem Willen aller, sondern allenfalls dem gemeinsamen Willen müssen diese weichen.

Ich kann auch nicht feststellen, dass in der letzten Zeit das Thema an uns besonders herangetragen wurde. Ich habe das in meinen Bürgersprechstunden nicht erlebt. Das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen. Ich muss ganz ehrlich sagen, Gemeinderäte müssen auch ein Stück weit gestalten können. Bürger können sich durch Eingaben, über Fragestunden und bei der Auslegung der Pläne über Eingaben zu Wort melden. Das ist doch gar keine Frage.

Über die Kommunalwahl gibt es jetzt auch wieder Beteiligungsmöglichkeiten. Dazu sind die Menschen aufgefordert.

Vielleicht liegt das auch ein Stück weit daran – ich habe noch einmal in den Abschlussbericht der Enquete-Kommission geschaut –, dass bürgernahe Politik in den Gemeinden in Rheinland-Pfalz funktioniert. Vielleicht liegt die Tatsache, dass es so wenig Kritik gibt, auch daran, dass wir wirklich eine gute bürgernahe Politik vor Ort haben und unsere vielen Ehrenamtlichen, die dort in den Gemeinderäten und Stadträten unterwegs sind, sehr gute Arbeit leisten und diese transparent gestalten.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Ich denke, auch das ist vielleicht ein Punkt, weshalb so wenige Bürgerentscheide kommen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Ministerpräsidentin, im Übrigen hat Ihr Mann Klaus Jensen, der damals als Anzuhörender anwesend war, als er noch Oberbürgermeister von Trier war, gesagt, dass wir eine bürgerfreundliche Politik betreiben.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das ist immer noch mein Mann!)

– Ja, das meine ich ja. Damals war er Oberbürgermeister. Jetzt ist er Ihr Mann. Gott sei Dank. Alles ist gut. Ich will keine Gerüchte streuen. Ich freue mich immer über Menschen, die verheiratet bleiben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU)

Das ist zumindest auch mein familienpolitischer Status.

Jetzt zitiere ich noch Konrad Adenauer, weil das ganz gut passt; man muss noch etwas aus der tiefen Trickkiste hervorholen können.

(Heiterkeit im Hause)

Konrad Adenauer hat gesagt: Wir wollen keine Allmacht des Staats, aber auch keine Allmacht des Kollektivs. – Ich finde, das trifft es sehr gut.



(Beifall bei der CDU)

Es ist klar, die Wahrheit liegt natürlich immer in der Mitte. Planungsrecht ist die vornehmste Pflicht der politischen Repräsentanten. Deshalb ist Bürgerbeteiligung in diesem Bereich natürlich eine informelle Bürgerbeteiligung. Informelle Bürgerbeteiligung ist auch Bürgerbeteiligung. Sie ersetzt auch nicht, dass die Mandatsträger vor Ort Verantwortung tragen und in die Pflicht zu nehmen sind. Es ist natürlich wichtig, dass diese sich darum kümmern.

Es gäbe noch viel zu sagen, aber vor dem Hintergrund muss man den Gemeinderäten ein Stück weit Vertrauen entgegenbringen. Wir wollen den Repräsentationsgedanken dort stärken.

Ein Punkt, den man nie vergessen darf, ist der Minderheitenschutz. Nicht der, der am lautesten ruft, darf das Recht bekommen, sondern wir müssen auch immer wieder an die denken, die dort vielleicht nicht die ganz Starken sind. Ein Kompromiss gehört in einer repräsentativen Demokratie eben dazu. Deswegen werden wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Danke schön.

(Beifall der CDU und des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für eine Kurzintervention zu dieser Rede hat sich der Abgeordnete Frisch gemeldet.

#### **Abg. Michael Frisch, AfD:**

Verehrter Herr Kollege Lammert, Sie weisen darauf hin, dass wir angemerkt haben, es gäbe Fälle, in denen eine Mehrheit der Bürger etwas anders sieht als der Rat. Das ist so. Wir hatten – daher kommt es auch, dass ich mich mit dieser Thematik beschäftigt habe – in Trier eine Abstimmung über eine Tankstelle im Alleebereich. Das ist eigentlich ein völlig marginales Thema, das die Bürger aber intensiv beschäftigt hat. Der Rat hat mit großer Mehrheit dafür gestimmt, dass diese Tankstelle wekommt. Die Bürger haben ein Bürgerbegehren gemacht. Dem schloss sich ein Bürgerentscheid an. Dann haben sich die Mehrheitsverhältnisse komplett umgekehrt.

(Zuruf der Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch gut so. Das zeigt aber, dass das, was wir schreiben, durchaus berechtigt ist. Wenn wir sagen, repräsentative und direkte Demokratie ergänzen sich, dann ist das ein wunderschönes Beispiel dafür. Auch ein Rat kann irren. Er kann die Meinung der Bürger vertreten, er kann sie auch nicht vertreten.

Bei Baugebieten haben wir das in besonderer Art und Weise, weil zum Beispiel in dem Fall, den ich aus Trier geschildert habe, der Rat, als er gewählt wurde, überhaupt nicht mit der Thematik befasst war. Das heißt, die Bürger hatten bei dieser Wahlentscheidung gar keine Möglichkeit, den für sie wichtigen Aspekt, kommt dort ein Baugebiet

hin oder nicht, in irgendeiner Form zu berücksichtigen.

Gerade wenn sich Bürger in einem informellen Verfahren intensiv mit einer Sache beschäftigt haben, macht es doch Sinn, sie abstimmen zu lassen.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Haben sie doch!)

Es kommt immer wieder die Kritik, die Bürger seien mit den Dingen überfordert, weil sie zu komplex seien. In diesem Bauleitverfahren gab es eine intensive informelle Beteiligung.

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie einmal zu. Ich bin noch gar nicht fertig. Sie krakelen schon herum, bevor die Dinge zu Ende erzählt sind.

Die Bürger haben sich intensiv damit beschäftigt. Jetzt haben sie aber gerade bei der Entscheidung über das Baugebiet nicht mehr wie bei der Tankstelle die Möglichkeit gehabt, selbst darüber zu entscheiden, weil eben die Bauleitungsplanung im Negativkatalog in der Gemeindeordnung enthalten ist.

(Zurufe von der SPD)

Das wollen wir ändern, weil Baufragen für die Bürger in einer Kommune von ganz erheblicher Bedeutung sind.

(Beifall der AfD)

Wir haben jetzt die Situation, dass die Bürger frustriert sind.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Sie haben Einwendungen gemacht. Sie haben ganze Ordner voll mit klugen Gründen vorgebracht, warum es vielleicht nicht sinnvoll wäre, dieses Baugebiet da zu errichten, aber der Rat hat anders entschieden.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Überhaupt keiner ist frustriert!)

Viele haben den Eindruck, dass Lobbyinteressen mitgespielt haben.

Herr Lammert, wenn Sie sagen, wir müssen schauen, dass nicht die Minderheiten zu kurz kommen, kann man das auch andersherum sehen: Ein Rat ist immer auch für gewisse Einflüsse von Lobbyisten zugänglich. Das ist selbstverständlich auch in der Kommune so.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb wäre es vielleicht gut, die Bürger in dieser Frage selbst entscheiden zu lassen.

Noch ein Letztes: Die Evaluationen in den Ländern, die das eingeführt haben, sind ausgesprochen positiv. Es gab weder eine Inflation von Bürgerentscheiden noch gab es irgendwelche Probleme mit der Verwaltung. Sie haben nach wenigen Monaten Rechts- und Planungssicherheit. Ich sehe also nicht, was dagegen spricht, außer tiefes

Misstrauen gegenüber unseren Bürgern,  
(Glocke der Präsidentin)

das sich in der Ablehnung manifestiert.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Die Gelegenheit zur Erwidmung möchte der Kollege Lammert nicht nutzen?

(Abg. Matthias Lammert, CDU: Man muss nicht auf alles antworten!

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Dann erteile ich für die Landesregierung Staatssekretär Stich das Wort.

**Randolf Stich, Staatssekretär:**

Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem Landesgesetz zur Verbesserung der direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene – das hat Frau Schellhammer schon zu Recht gesagt – wurden die Rahmenbedingungen für die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bereits erheblich verbessert. Mit dem Landesgesetz wurden die Empfehlungen der Enquete-Kommission, wenn man das in der Gänze sieht, weitestgehend umgesetzt.

Die Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungsprozessen – ich glaube, darin sind wir uns alle einig – ist für die gelebte Demokratie vor Ort essenziell wichtig. Die Einbindung der Bevölkerung in kommunalpolitische Entscheidungen kann eben auch helfen, Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Die kommunale Selbstverwaltung ist auf bürgerschaftliches Engagement ganz klar angewiesen. Sie lebt davon, dass sich der Einzelne in die Gemeinschaft einbringt. Die Absenkung der Hürden für die Instrumente gerade des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids war der wichtige, der entscheidende Schritt. Die Landesregierung wird sich natürlich auch weiter dafür einsetzen, dass bürgerschaftliches Engagement in ganz unterschiedlichen Formen gefördert wird und gefördert werden kann.

Die Enquete-Kommission hat im Jahr 2015 auch vorgeschlagen, den Negativkatalog in § 17 a Abs. 2 Gemeindeordnung, wie jetzt von der AfD gefordert, zu ändern. Davon ist aus unserer Sicht zunächst einmal zu Recht abgesehen worden; denn gerade bei dem für die kommunale Selbstverwaltung ganz zentralen Bereich der Bauleitplanung gilt es, sensibel vorzugehen.

Es handelt sich um einen sehr komplexen Aufgabenbereich mit ganz eigenen Spannungslagen, die in dem Feld immanent sind. Die Bauleitplanung ist auf einen langfristigen Zeitraum angelegt. Sie muss die unterschiedlichsten Aspekte berücksichtigen. Es gibt nicht umsonst bei der Bauleitplanung den Abwägungsgrundsatz. Dazu gehört

auch die Frage, ob eine Bauleitplanung überhaupt eingeführt wird. Beim Prozess der Bauleitplanung gilt es, die unterschiedlichsten Interessen abzuwägen. Es geht darum, einen fairen Ausgleich zu schaffen.

Bevor dieser für die kommunale Selbstverwaltung ganz wesentliche Bereich angegangen wird, sollten wir zunächst einmal die Auswirkungen der bisherigen Gesetzesänderung abwarten. Wir reden hier – das muss man ganz klar sehen – über einen Zeitraum von noch nicht einmal drei Jahren seit Inkrafttreten des Landesgesetzes zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Bevor wir weitere legislative Maßnahmen im Bereich der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vornehmen, sollte zunächst einmal der Einfluss auf das kommunalpolitische Ehrenamt genauer betrachtet werden.

Wenn der zentrale Bereich der Bauleitplanung für direktdemokratische Beteiligungsformen geöffnet wird, kann das möglicherweise negative Auswirkungen gerade auf die Motivation zur Übernahme von Ratsmandaten haben. Ratsmitglieder – das müssen wir alle sehen – übernehmen heute Verantwortung für ihre Gemeinde. Sie müssen dabei Entscheidungen treffen, die in Teilen der Bevölkerung gegebenenfalls auf Ablehnung stoßen. Sie tun dies in dem Bewusstsein, dem Wohl und dem Interesse der gesamten örtlichen Gemeinschaft verpflichtet zu sein. Die Entschlusskraft und auch die Entschlussfreude der Ratsmitglieder – ich glaube, darin sind wir uns alle einig – muss erhalten werden.

Den Medien war zu entnehmen – ich glaube, das ist ein wichtiges Signal –, dass der Gemeinde- und Städtebund den Vorstoß der AfD ablehnt. Diese ablehnende Reaktion auf den vorliegenden Antrag zeigt, dass hier mit Augenmaß vorgegangen werden muss.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Vor diesem Hintergrund ist derzeit keine Änderung der bestehenden Regelung geplant.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Innenausschuss – federführend – und mitberatend an den Rechtsausschuss zu überweisen. Widerspruch sehe ich nicht. Dann verfahren wir so und haben den Tagesordnungspunkt damit abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

**Jungen Rheinland-Pfälzerinnen und  
Rheinland-Pfälzern eine Stimme geben –  
Kommunales Wahlrecht ab 16 jetzt!**

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 17/8658 –

Es wurde von den Fraktionen eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Marc Ruland. Bitte schön.

**Abg. Marc Ruland, SPD:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie alt ist eigentlich Greta Thunberg? Greta ist im Januar gerade 16 geworden. Greta ist eine Jugendliche im Alter von 16 Jahren. In Rheinland-Pfalz leben über 70.000 16- und 17-jährige junge Menschen. Geben wir also jungen, engagierten Menschen, jungen Menschen wie Greta, eine Stimme! Es ist höchste Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU!

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere: „In Sonntagsreden wird gerne das Engagement von jungen Menschen eingefordert. Ich möchte, dass sie auch an Wahlsonntagen was zu sagen haben,“ so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Ich habe einen schönen Auszug aus einer solchen Sonntagsrede gefunden.

Ich zitiere: „Es widerspreche sich, dass jemand einerseits das zentrale Bürgerrecht zu wählen wahrnehmen kann, den die Gesellschaft aber andererseits nicht für reif genug hält, allein einen Vertrag abzuschließen (...)“. Junge Leute ernst zu nehmen, sei keine Frage, die auf das Wahlrecht reduziert bleiben solle“, so der parlamentarische Geschäftsführer der CDU.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Guter Mann!)

Ich kann Ihnen an dieser Stelle nur zurufen: Machen Sie endlich die Augen auf! Junge Menschen ab 16 wollen sich einbringen, mitbestimmen und kommunal aktiv wählen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das stimmt  
ja nicht!)

Das spüren wir nicht nur bei „Fridays for Future“. Es ist höchste Zeit, dass Sie endlich Ihre Blockadehaltung aufgeben. Stimmen Sie endlich zu, und geben Sie jungen Menschen in Rheinland-Pfalz eine Stimme!

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Union gleicht einem kleinen Häschen, das sich ängstlich hinter dem Stein der Volljährigkeit wegduckt. Ich kann Sie nur ermuntern, geben Sie sich einen Ruck, so klein sind Sie nun wirklich nicht.

Wir haben Ihnen außerparlamentarisch die Hand gereicht. Was ist passiert? Sie haben sich wieder im Volljährigkeitselfenbeinturm verlaufen. Leider war unser guter Wille vergebens.

Zu Ihrer Argumentation und Ihren Wertungswidersprüchen möchte ich Folgendes ausführen. Erstens: Das kommunale Wahlrecht ab 16 ist verfassungskonform, das bestätigte das Bundesverwaltungsgericht am 13. Juni 2018.

Zweitens: Eine 16-jährige Auszubildende ist mündig, Sozialversicherungsabgaben zu zahlen, aber nach Ihrer Logik nicht mündig, kommunal zu wählen.

Drittens: Nehmen wir die 14-Jährigen. Sie sind doch die Partei mit dem „C“ im Namen. Mit 14 ist jede und jeder nach dem Grundgesetz in unserem Land religionsmündig. Man ist also reif, über transzendente Fragen des eigenen Glaubens und der Religionszugehörigkeit zu entscheiden.

(Zurufe der Abg. Gabriele Wieland, CDU,  
und Michael Frisch, AfD)

Man ist aber nach Ihrer Logik anscheinend nicht reif genug, um mit 16 kommunal zu wählen und darüber zu entscheiden, wer Ortsbürgermeister oder im Gemeinderat sein soll. Merken Sie etwas? Ich sage nur: allein im Elfenbeinturm verirrt. Geben Sie endlich Ihre Blockadehaltung auf. Junge Menschen brauchen Ihre Stimme!

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut!)

Wenn wir mit jungen und ehrenamtlich engagierten Menschen sprechen, beispielsweise denen des Landesjugendrings, was ist von ihnen zu hören? Wir möchten uns stärker einbringen. Wir möchten eine hörbare Stimme erhalten.

72 % möchten nach dem aktuellen „dorf-test“ das Wahlrecht ab 16.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:  
Mainstreamsurfing!)

Volker Steinberg, Vorsitzender des Landesjugendrings, gibt ein klares Plädoyer für mehr Vertrauen und mehr Respekt für unsere Jugend. Genau das ist das Stichwort, Frau Kollegin Huth-Haage: mehr Respekt für unsere Jugend. Wir finden: Genau das hat sie verdient. Sie hat es auch verdient, das Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz zu erhalten.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die anderen Bundesländer angeht, so genießen junge Menschen in 11 von 16 Bundesländern das Königsrecht unserer Demokratie. Mit Blick auf die Einwohnerzahlen dürfen über 60 % der jungen Menschen in Deutschland kommunal wählen – in Rheinland-Pfalz ist das nicht so. Das finden wir schade. Wir als SPD-Fraktion finden, unsere Jugend verdient mehr Vertrauen und Respekt. Sie sollten endlich den Weg für ein kommunales Wahlalter ab 16 mitgehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von uns sind in den kommunalen Räten, ob Stadt- oder Ortsgemeinderat, groß geworden. Wir wissen doch, dass Kommunalpolitik dort am unmittelbarsten, am erfahrbarsten ist. Schauen wir uns doch einmal die Themen an, die wir beispielsweise im Stadtrat von Andernach – meinem Stadtrat – diskutieren. Dort geht es darum, wie die Schulausstattung aussieht, ob wir einen Jugendbeirat oder besser ein Jugendforum

brauchen, was gute Standorte für eine Skateranlage, einen Stadtstrand oder ein Beachvolleyballfeld sind. Bis jetzt entscheiden wir diese Fragen allein, ohne die Stimmen der 16- bis 18-Jährigen. Ich glaube, es würde uns bereichern, wenn sie ihre Stimme abgeben können. Wir finden, sie verdienen ein kommunales Wahlrecht ab 16, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Als Willy Brandt im Jahr 1969 zum Bundeskanzler gewählt wurde, sprach er die bekannten Worte: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Das Wahlalter wurde in der Brandt-Ära von 21 auf 18 Jahre gesenkt, die Volljährigkeit erst ein gutes Jahr später. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, das zeigt noch einmal, wie verfehlt es ist,

(Glocke der Präsidentin)

sich in der Volljährigkeit festzubeißen, um das kommunale Wahlrecht mit 16 abzulehnen. Mir geht es heute weniger um eine politische Diskussion dieses Herzensthemas. Ich finde, es ist vielmehr eine Gewissensfrage von 101 Abgeordneten, auch im Interesse von Jugendlichen wie Greta.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Jens Guth, SPD: Sehr gut!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Martin das Wort.

#### **Abg. Dr. Helmut Martin, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe ehrlich zu, auf die Idee, dass es um eine Gewissensfrage geht, bin ich bei der Vorbereitung nicht gekommen. Aber der Begriff ist offensichtlich relativ.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Wohl wahr!)

Das Thema, über das wir reden, ist es allerdings wert, es mit Herzblut zu behandeln, wie ich finde. Es ist ein wichtiges Thema; denn natürlich begrüßen wir es als CDU-Fraktion, wenn in diesem Hohen Hause immer wieder die Frage gestellt wird, wie wir Menschen für die Politik interessieren und zum politischen Engagement motivieren können.

(Beifall der CDU)

Aber das gilt doch nicht nur für Jugendliche, sondern nach unserer Überzeugung gilt das für alle Altersgruppen. Sich diese Frage immer wieder zu stellen, ist aller Mühen wert, aber eben nicht nur für Jugendliche. Aber – ich konzediere – natürlich auch für Jugendliche.

Deswegen hat die CDU-Fraktion zu diesem Ziel in der Vergangenheit schon konkrete Vorschläge gemacht, etwa in

unserem Antrag „Jugendpolitik mit Zukunft – Interessen junger Menschen ernst nehmen“. Meine Damen und Herren, der Umstand, dass die Junge Union die mit Abstand größte politische Jugendorganisation im Land ist, zeigt, so ganz erfolglos sind wir offensichtlich nicht, wenn es darum geht, junge Menschen zu motivieren, mitzuneehmen und ihnen eine Stimme zu geben. Dazu brauchen wir von niemandem Belehrungen.

(Beifall der CDU)

Natürlich kann man über den Weg, wie man das macht, trefflich streiten. Da können Sie von uns, wie das Beispiel Junge Union zeigt, durchaus lernen.

Der Weg der Ampel ist jetzt die Absenkung des Wahlalters auf 16. Darüber sollen wir jetzt zum dritten Mal debattieren, und zwar – so ein Zufall – kurz vor der Kommunalwahl,

(Heiterkeit bei der CDU –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Nein, das ist es nicht, nein!)

obwohl Sie natürlich ganz genau wissen, dass Ihre Forderung für die anstehende Wahl schon zeitlich gar nicht mehr umsetzbar wäre.

(Zurufe der Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU,  
und Martin Haller, SPD)

Meine Damen und Herren von der Ampel, durch dieses Timing wird Ihr Vorgehen allzu durchschaubar und leider auch ein Stück weit ungläubwürdig.

(Beifall der CDU –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist eine Unverschämtheit! –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Nein, das ist die Wahrheit! –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist die reine Wahrheit!)

Wir werben dagegen für ein Mehr an Sachlichkeit und eine differenzierte Sichtweise, die die Einzelentscheidung in einen größeren Rahmen einordnet.

In Rheinland-Pfalz ist auch für Kommunalwahlen das Wahlalter auf 18 Jahre festgelegt worden, und zwar durch die Verfassung. Das ist eine Besonderheit; damit soll das Wahlalter wie die anderen Wahlgrundsätze aus dem Parteienstreit herausgehalten werden, weil eine Änderung nur im breiten Konsens möglich ist.

Die Mütter und Väter unserer Verfassung haben mit dieser Festschreibung und der herausgehobenen Stellung als Verfassungsnorm den hohen Rang des Wahlrechts in unserer repräsentativen Demokratie gewürdigt; denn das Wahlrecht ist, um es mit dem Bundesverfassungsgericht zu sagen, das „vornehmste Recht“ der Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Staat. Für uns als CDU-Fraktion gilt das uneingeschränkt auf allen Ebenen, also im Bund, im Land und in den Kommunen.

Nun werden die unter 18-Jährigen in unserer Rechtsordnung durchgängig besonders geschützt. Das klang eben bereits an, zum Beispiel bei der Geschäftsfähigkeit, bei der

persönlichen Schadensersatzhaftung und im Strafrecht. Ich frage Sie: Wollen Sie an diesem System etwas ändern? Wollen Sie dieses System, das die Jugendlichen schützt, wirklich abschaffen? Wir als CDU-Fraktion wollen das nicht.

(Beifall der CDU)

Wir gehen davon aus, dass sich die Rechtsordnung etwas dabei gedacht hat. Da sich vorhin von Ihnen niemand gemeldet hat, unterstelle ich einmal, Sie wollen dieses Schutzsystem auch nicht grundsätzlich ändern.

Sie müssen dann aber auch begründen, warum jugendliche Minderjährige in besonderer Weise geschützt oder in manchem, das sie tun und lassen wollen, eingeschränkt werden. Alle, die dafür sind, dieses Schutzsystem beizubehalten – das ist auch die Begründung der Rechtsordnung – sehen es also so, dass Minderjährige noch nicht immer in gleicher Weise wie Erwachsene die Folgen ihres Tuns überblicken können und vielleicht auch leichter beeinflussbar sind.

Das ändert überhaupt nichts an dem Respekt, den jene, die das so einschätzen – also unsere Rechtsordnung –, allen Jugendlichen zollen, die sich mit viel Schwung und Herzblut für ein Thema einsetzen, beispielsweise bei den Freitagsdemonstrationen. Das hat überhaupt nichts damit zu tun. Es ist aber diese Erkenntnis, wonach Minderjährige besonders schutzwürdig sind. Dem stellen wir uns.

(Beifall der CDU)

Wenn es so ist, dass wir eigentlich einen Konsens darüber haben, dass die Jugendlichen die Tragweite ihres Tuns nicht immer so gut einschätzen können wie Erwachsene, dann wäre es doch ein Wertungswiderspruch, wenn wir auf der anderen Seite gleichzeitig diesen, von uns als besonders schutzwürdig erachteten Minderjährigen, das vornehmste Recht in der Demokratie zur Ausübung überlassen. Das passt nicht zusammen, zumindest dann nicht, wenn man das Wahlrecht auf kommunaler Ebene ernst nimmt.

(Abg. Steven Wink, FDP: Falsch!)

Nun kommt der nächste Punkt. Ihnen geht es doch eigentlich gar nicht nur um das Wahlalter bei Kommunalwahlen. Sie wollen in Wirklichkeit auch bei Landtagswahlen das Wahlalter senken. So steht es in Ihrem Koalitionsvertrag, und so hat es die Kollegin Schellhammer in ihrer Kleinen Anfrage deutlich bestätigt.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Wahrscheinlich aus Sorge vor zu viel Gegenwind schneiden Sie jetzt lieber eine dünnere Salamischeibe; denn vom Timing her wäre es völlig in Ordnung gewesen, auch das andere zu fordern.

(Abg. Martin Haller, SPD: Wir wollen Euch entgegenkommen, wir wissen, Ihr seid schnell überfordert!)

Das hätte Sie dann aber genau zu diesem Problem ge-

führt, nämlich sagen zu müssen: Warum kann jetzt auf einmal der Minderjährige wählen? Ist das so einfach? Bedarf diese Entscheidung bei einer Landtagswahl weniger Einsichtsfähigkeit als bei einem Handyvertrag? – Das hätten Sie beantworten müssen.

Noch ein Punkt zu Greta: Bei den Freitagsdemonstrationen marschieren oder laufen auch Jugendliche mit, die vielleicht jünger als 16 Jahre sind.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Heute marschieren sie nicht mehr, das ist gut so!)

Die Frage ist doch, warum gerade 16? – Vorhin sprach der Kollege Ruland die Religionsmündigkeit mit 14 an. Warum nicht 14? – Meine Damen und Herren, wenn Sie für das Wahlalter von einem anderen Alter als der Volljährigkeit ausgehen, wird alles andere willkürlich. Das wollen wir nicht machen.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Abg. Michael Hüttner, SPD: Das haben Sie damals schon gesagt, als das Wahlalter auf 18 gesenkt wurde!)

Deswegen sage ich: Selbst wenn es politisch jetzt vielleicht bequem wäre, es wäre nicht richtig, Ihrem Vorschlag aus den genannten Gründen zu folgen. Es wäre nicht richtig.

(Glocke der Präsidentin)

Hören Sie auf die Jugendlichen, auch in den vielen Schülergruppen; vorhin kamen die Beispiele. Fragen Sie sie. Sie werden erleben, viele Minderjährige sehen das wie wir.

(Abg. Steven Wink, FDP: Falsch! Falsch!)

Ich fordere Sie auf: Vertrauen Sie doch einmal diesen kritischen Jugendlichen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Zuruf aus dem Hause: Das war mall!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Kurzintervention auf diesen Redebeitrag hat sich der Abgeordnete Ruland gemeldet.

#### **Abg. Marc Ruland, SPD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Lieber Kollege Dr. Martin, ich schätze Sie wirklich sehr als Kollegen, das wissen Sie. Allerdings muss ich einige Ihrer Ausführungen geraderücken und klarstellen.

Erstens: Es ist schön, dass die Junge Union eine klare Positionierung hat. Die Mehrheit der jungen Menschen wird in diesem Land vom Landesjugendring vertreten, der sich einstimmig für ein kommunales Wahlalter ab 16 ausgesprochen hat.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Der Landesjugendring! Darin sitzt die DITIB! –  
Zurufe von der CDU)

Das wäre die erste Botschaft.

Die zweite Botschaft ist: Sie mögen sich in Ihrer – verzeihen Sie den Ausdruck – Sonntagsrede, in Ihrem Elfenbeinturm weiter einmauern, aber Folgendes ist Fakt: Die Ampelkoalition hat der Union im letzten Herbst mit einem Schreiben ein Angebot gemacht, über diese Frage außerparlamentarisch zu sprechen.

(Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus! –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hört,  
hört!)

Wir mussten mehrfach bei Ihnen nachfragen, damit Sie überhaupt zum Gespräch erschienen sind, Herr Kollege Baldauf.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist eine  
Frechheit! Ich habe einen Antrag  
bekommen! Was soll der Blödsinn? –  
Unruhe bei der CDU)

– Nein, das stimmt nicht. Das ist nicht wahr.

(Abg. Martin Haller, SPD: Genau so war  
es! –  
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich weigere  
mich nie bei Terminen! Nehmen Sie das  
zurück! Eine Anfrage!)

– Nein, wir haben Ihnen im Herbst ein Schreiben geschickt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Euch geht's  
zu gut! Ihr seid doch nicht ganz frisch! –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:  
Vorsicht! –  
Weitere Zurufe von CDU und SPD)

Es tut mir leid, wenn Sie sich aufregen, aber das ist eben die Wahrheit. Wir haben Ihnen im Herbst dazu ein Schreiben geschickt.

(Unruhe im Hause –  
Glocke der Präsidentin)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Einen kleinen Moment bitte, Herr Abgeordneter Ruland.

Wir mäßigen uns im Sprachgebrauch. Danke schön.

#### **Abg. Marc Ruland, SPD:**

Sie haben im Herbst ein Schreiben der SPD-Fraktion bekommen, und erst Anfang dieses Jahres gab es die Möglichkeit.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Der Herr Ruland  
soll auf Herrn Martin antworten!)

– Ich beziehe mich auf Dr. Martin, wenn Sie uns heute vorwerfen, wir würden quasi kurz vor der Kommunalwahl diesen Antrag stellen. Wir haben versucht, Ihnen die Hand zu reichen. Wenn man uns dann unterstellt, wir würden

hier Kommunalwahlkampf betreiben, ist das einfach unerhört.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Martin und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zudem sei Folgendes ausgeführt: Wenn Sie ein wenig guten Willen gehabt hätten, wäre es ohne Probleme möglich gewesen, mit der Verabschiedung und Veränderung des Kommunalwahlrechts heute Morgen auch das in Einklang zu bringen. Deswegen wäre es eine Option gewesen und ist es kein Kommunalwahlkampf, den wir hier betreiben.

Ein Letztes: Wenn Sie von Greta sprechen, ist das ein bisschen so, vom Elfenbeinturm schauen wir einmal, wo irgendwo der Hafen ist. – Wir haben heute Morgen junge Menschen von „Fridays For Future“ getroffen. Wenn man mit ihnen spricht und spürt, welches Herzblut sie haben, noch nicht einmal nur für Klimaschutz, sondern generell für Demokratie, dann sieht man, das ist die Zukunft unseres Landes. Sie brauchen eine Stimme, auch im Alter von 16 Jahren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Erwiderung erteile ich dem Abgeordneten Dr. Martin das Wort.

#### **Abg. Dr. Helmut Martin, CDU:**

Frau Präsidentin! Herr Kollege Ruland, so ganz habe ich das Bild mit dem Elfenbeinturm noch gar nicht nachvollziehen können. Ich brauche dafür vielleicht noch das Wochenende, um richtig einordnen zu können, welche Botschaft Sie mir damit wirklich vermitteln wollen.

(Abg. Alexander Fuhr, SPD: Lassen Sie  
sich ruhig Zeit!)

– Ja, ich glaube, das braucht man manchmal.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Das andere, meine Damen und Herren, dieses Bestreben, bestimmte Protagonisten zu vereinnahmen, die sich jetzt profilieren und einen großen Respekt heischende Wirkung beim Bemühen um Klimaschutz erreichen, liegt nun auf einer anderen politischen Ebene als der, auf der wir das machen wollen.

(Beifall der CDU)

Ich bin einmal gespannt, wenn wir das eine oder andere energiepolitisch diskutieren, was man aus Gretas Ecke hört, ob Sie sie dann immer noch so vereinnahmen. Darauf bin ich einmal sehr gespannt.

(Beifall der CDU und der AfD)

Uns geht es nämlich nicht darum – um das klar zu sagen –, einzelne Personen zu vereinnahmen und uns hinter denen zu verstecken, sondern uns geht es jeweils darum zu überlegen, was deren Anliegen sind und wie wir diese, wenn wir sie teilen, in einem guten und bewährten System möglichst voranbringen können. Ich denke, das ist nicht der schlechtere Weg.

Eines möchte ich auch noch sagen. Die Jugendlichen, um die es geht, spüren sehr wohl, ob jemand, selbst wenn es politisch unbequem ist, bestimmten Grundsätzen treu bleibt. Darauf bauen wir. Das hat bisher durchaus Erfolg gehabt. So wollen wir auch weitergehen; denn die Beliebigkeit, in der ich bestimmte Grundsätze schnell über Bord werfe, ist nicht unser Weg. Wir bleiben lieber konsistent und sehen allem Weiteren ganz entspannt entgegen.

Danke.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Abg. Sven Teuber, SPD: Einmal Blockade,  
immer Blockade! –  
Weitere Zurufe aus dem Hause)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Fraktion der AfD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Bollinger das Wort.

#### **Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Ampelparteien wünschen sich seit geraumer Zeit eine Senkung des Wahlalters für die Kommunalwahlen auf 16 Jahre. Zur Umsetzung dieses Wunsches müsste unsere Landesverfassung geändert werden. Dafür wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, die erkennbar nicht gegeben ist.

Trotzdem bringen die Ampelfraktionen alle Jahre wieder zu jedem passenden oder unpassenden Anlass entsprechende parlamentarische Initiativen ein, so zum Beispiel am 24. Mai 2018 mit dem Antrag der Ampelfraktionen „An historische Orte der Demokratie in Rheinland-Pfalz erinnern und unsere Demokratie gemeinsam weiterentwickeln“ und am 20. Juni 2018 mit einer Aktuellen Debatte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kommunalwahl mit 16 verfassungskonform – Teilhabe junger Menschen auch in Rheinland-Pfalz ermöglichen“.

Anlass für den aktuell vorliegenden Antrag „Jungen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern eine Stimme geben – kommunales Wahlrecht ab 16 jetzt!“ waren offenbar die aktuellen Freitagsdemonstrationen von Schülern während der Schulzeit für Umwelt- und Klimaschutz.

In der Begründung verweisen die antragstellenden Fraktionen unter anderem darauf, dass man damit schon frühzeitig das Interesse für Politik wecken und heranwachsenden Bürgern unseres Landes mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumen könne. Dies – so die Argumentation – stärke die Demokratie und trage dazu bei, schon 16- und 17-Jährige zu mündigen Bürgern zu erziehen.

Meine Damen und Herren, der Gesetzgeber hat aus guten

Gründen die Volljährigkeit an das Erreichen einer Altersgrenze geknüpft. Erst mit 18 Jahren sind junge Männer und Frauen vollumfänglich in der Lage, Rechte und Pflichten in unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Ja, in vielen Fällen gestehen wir sogar über die Volljährigkeit hinaus jungen Menschen eine besondere Behandlung zu, eben weil wir davon ausgehen, dass ihnen doch noch die Reife fehlt, um in gleichem Maße wie Erwachsene verantwortliche Entscheidungen treffen zu können.

So sind sie erst mit 18 Jahren uneingeschränkt geschäftsfähig, dürfen harten Alkohol trinken und alleine Auto fahren. Das Jugendstrafrecht gilt für Jugendliche von bis zu 17 Jahren und kann und wird auch in der Realität auf Heranwachsende von bis zu 20 Jahren angewendet. Das heißt, voll straffähig sind junge Menschen sogar erst ab 21 Jahren.

Darüber gibt es – das haben wir vorhin wieder festgestellt – einen breiten Konsens über alle Parteien hinweg. Daran möchte auch niemand etwas ändern. Dann aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir auch die Finger vom Wahlrecht lassen; denn es gibt einen inneren Zusammenhang von Rechten und Pflichten, von Mitbestimmung und Verantwortung.

(Beifall der AfD)

Liebe Kollegen, warum sollte man jemandem das Wahlrecht – das wichtigste aller Bürgerrechte – gewähren, wenn man ihm nicht zugesteht, volle Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen? Wie können wir Menschen über die Geschicke unserer Kommunen oder unseres Landes entscheiden lassen, denen man ohne Einwilligung ihrer Eltern nicht einmal den Abschluss eines Handyvertrags zugesteht? Meine Damen und Herren, das wäre unverantwortlich und würde das höchste Recht des Staatsbürgers entwerten.

Jugendliche haben auch ohnedies bereits jetzt eine Vielzahl an Möglichkeiten, am demokratischen Diskurs teilzunehmen. So gibt es beispielsweise auf der kommunalen Ebene Jugendbeiräte. Es gibt Jugendparlamente, und es gibt die Jugendorganisationen der Parteien, in denen bereits jetzt eine Teilhabe an der Politik ermöglicht wird.

Es klang vorhin schon an, erfreulicherweise machen wir immer wieder die Erfahrung, dass viele junge Menschen charakterlich so reif sind, dass sie das selbst erkennen.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Das hat aber  
auch nichts mit dem Alter zu tun!)

So kam das Thema erst kürzlich – am 19. März 2019 – in einem Schülersgespräch mit der 12. Klasse eines beruflichen Gymnasiums aus dem Lahntal auf, das ich mit Frau Kollegin Becker und Herrn Kollegen Lammert führte. Die Meinung der anwesenden Schüler war eindeutig. Auch in Bezug auf die eigene Person, so sagten die Schüler, habe sich in der Zeit vom 16. bis zum 18. Lebensjahr eine enorme persönliche Entwicklung vollzogen und sei die für eine verantwortliche Wahrnehmung des Wahlrechts erforderliche charakterliche Reife mit 16 Jahren noch nicht gegeben gewesen.

(Beifall der AfD)

Eine Absenkung des Wahlrechts wurde von den Schülern durch die Bank abgelehnt. Liebe Kollegen, diese Haltung wird auch von vielen repräsentativen Studien untermauert, so zum Beispiel durch verschiedene Shell Jugendstudien.

In ihrem Antrag argumentieren die antragstellenden Fraktionen, dass das Wahlalter in elf Bundesländern schon auf 16 Jahre gesenkt wurde. Wenn man sich nur die betreffenden Länder und die Umstände der Senkung des Wahlalters anschaut, dann handelt es sich allerdings sämtlich um Länder, die das Unglück haben oder hatten, von SPD, Grünen und/oder Linkspartei regiert zu werden oder zum fraglichen Zeitpunkt regiert worden zu sein.

Angesichts der Tatsache, dass diese Parteien an der Wahlurne bei jüngeren Menschen und Jugendlichen deutlich besser als bei lebenserfahrenen Bürgern abschneiden, wird die Gewinnung zusätzlicher Wählergruppen als Handlungsmotiv klar erkennbar, insbesondere bei der SPD, deren Dauertief von 15 bis 18 % auf der Bundesebene

(Beifall des Abg. Uwe Junge, AfD)

mittlerweile auch auf etwas höherem Niveau auf Rheinland-Pfalz durchgeschlagen ist und sich stabilisiert hat.

(Beifall der AfD)

Aus dieser Logik werden auch die von Ihnen schon vorgeschlagenen Erweiterungen des Wahlrechts auf Landesebene für EU-Ausländer und auf kommunaler Ebene für Drittstaatsangehörige verständlich.

Ein nächster Schritt dürfte dann das Wahlrecht ab 16 und für Drittstaatsangehörige auf Landesebene sein. Wahrscheinlich dürfen wir von Ihren Bundestagsfraktionen ähnliche Vorschläge auf der Bundesebene erwarten.

Meine Damen und Herren, das Wahlrecht ist das vornehmste Recht eines Bürgers und gründet auf der Fähigkeit, Verantwortung und Pflichten in einem demokratischen Gemeinwesen zu übernehmen. Die Mütter und Väter der Landesverfassung waren gut beraten,

(Glocke der Präsidentin)

als sie dieses Recht mit dem Erreichen der Volljährigkeit verknüpft haben. Wir sollten es dabei belassen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die FDP-Fraktion spricht die Fraktionsvorsitzende Cornelia Willius-Senzer.

#### **Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne stehe auch ich zum dritten Mal zu diesem Thema am Pult. Gerne sage ich das, was ich schon dreimal gesagt habe,

wieder; denn dafür, dass wir den Menschen in Rheinland-Pfalz die Chance geben wollen, selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben zu können, treten wir Freien Demokraten und tritt die Koalition hier ein.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, dass gerade in Rheinland-Pfalz wie in keinem anderen Bundesland das Ehrenamt so geschätzt wird, dass sich in der Freizeit so stark engagiert wird wie in keinem anderen Bundesland. Die Menschen engagieren sich aus freien Stücken. Dass sich die Jugend verändert hat, wird doch an niemandem vorbeigehen. Sie werden doch nicht sagen können, dass die Jugend von heute mit 16 Jahren noch die gleiche Jugend ist, wie sie vielleicht einmal vor 15 Jahren war.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Dann können Sie auch Auto fahren mit 16! Dann senken wir auch da das Alter auf 16 Jahre ab!)

Es hat sich wirklich ganz viel verändert. Die Jugendorganisationen gewinnen politisch in stürmischen Zeiten an Mitgliedern. Schülerinnen und Schüler gehen auf die Straße. Die Rhein-Zeitung hat am Samstag getitelt: „Jugend will mehr mitreden.“ Heute Morgen war in der Berliner Zeitung ein Beispiel, wie Politik damit umgeht. Das heißt, die Jugend steht mit großen Sprechchören da, und die Politiker setzen sich die Kopfhörer auf, damit sie nicht hören, was die Schüler sagen. – Das ist das Bild, welches man häufig hört,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ich kann doch keinen wählen lassen, der nicht geschäftsfähig ist!)

dass man sich einfach nicht der Jugend annehmen will. Da war auch ein Artikel in der Zeitung, der in einem Nebensatz sagte: Hat die CDU eventuell Angst, dass die Schüler sie nicht wählen? – Kann es sein, dass es stimmt, dass Sie es aus diesem Grund nicht machen, weil Sie Ihr konservatives Wählerklientel vielleicht nicht bekommen? Sie sollten sich dann einmal Gedanken machen, wie sich die CDU vielleicht verändern könnte.

(Zurufe von der CDU)

Sie müssen den 16-Jährigen erklären, warum sie brav ihre Steuern zahlen, aber über die Verwendung nicht mitbestimmen können. Sie müssen ihnen erklären, warum 16-Jährige eine fehlende Perspektive ihrer Heimat beklagen, aber nicht ihre politischen Vertretungen wählen dürfen. Sie müssen ihnen erklären, warum sie in fünf Jahren das Europäische Parlament wählen, aber nicht über den ÖPNV und über den Bolzplatz reden dürfen. Das müssen Sie der Jugend alles erklären, meine Damen und Herren der CDU.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie vorhin gesagt haben, dass es hier so häufig um Fake News geht, dann komme ich gleich dazu. Überlegen Sie einmal, wie wichtig es gerade im ländlichen Raum ist, dass die jungen Menschen dort mitbestimmen können. Sie wollen entscheiden: Bleibe ich im ländlichen Raum, oder



gehe ich weg?

(Abg. Ralf Seekatz, CDU: Ohne  
Straßenausbaubeiträge wäre es besser!)

Wir wollen hinhören. Wir müssen das in den Blick nehmen und den jungen Menschen sagen: An was fehlt es Ihnen? Sie dürfen gerne mitstimmen. – Ich möchte, dass die Belange der jungen Menschen gehört werden. Dazu brauchen wir die Wahl ab 16 Jahren.

Ich habe mein Handy hier. Wir haben gestern eine Nachricht bekommen, die ich ganz spannend finde. Herr Baldauf, Sie sprachen von Fake News. Also lese ich Ihnen das vor: #dorftest hat gestern getweetet: „72,1 % der im dorftest befragten Jugendlichen würden gerne mit 16 Jahren wählen“ – jetzt kommt die Einschränkung –, „wenn sie im Vorfeld besser vorbereitet wären.“ – So. Da gebe ich den Jugendlichen recht.

Herr Baldauf, aus diesem Grund haben wir uns gesagt, wenn Sie Ihre Blockadehaltung nicht aufgeben, dann haben Sie mehr Gründe als das, was Sie jetzt anführen. Sie wollen vielleicht ein Paket schnüren. Gerne. Wir wollen es hören. Deswegen haben wir Sie im November angeschrieben und haben gesagt, wir setzen uns zusammen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Moment  
mal!)

sagen Sie, welches Konzept Sie gerne hätten. Was meinen Sie, was wir gemeinsam machen, um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen? Im November haben wir Sie angeschrieben.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Ich war an dem Tag persönlich da und habe mich nur gewundert, dass vor mir eine Mannschaft saß, die überhaupt nicht zuhören wollte, die durch die Tür hineinkam nach dem Motto „Wir ändern uns sowieso nicht“.

Wissen Sie, wenn man keine Fehler im Leben machen will, wird man auch nicht mehr besser. Sie sollten wirklich einmal hingehen und mit uns reden. Sie sollten sagen: Ja, wir können es uns schwer vorstellen, aber lassen Sie uns einmal darüber reden. Vielleicht finden wir einen gemeinsamen Weg, damit die Jugend politisch besser vorbereitet ist.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Da gibt es nichts  
zu reden!)

Die Jugend ist es wert, dass man sie ernst nimmt. Ich nehme sie seit vielen Jahren sehr ernst. Ich werde wieder hier stehen, viermal, fünfmal, sechsmal, bis wir es irgendwann einmal erreicht haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Pia Schellhammer das Wort.

#### **Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! „Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Das skandieren junge Menschen freitags bei Demonstrationen „Fridays for Future“ in ganz Rheinland-Pfalz. Ihnen wird die Zukunft geklaut, fremdbestimmt.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wählen können sie noch nicht. Eine Meinung, eine starke Meinung haben sie schon.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Junge Menschen sind politisch. Das ist der entscheidende Punkt.

Dr. Martin hat uns eben für die CDU vorgeworfen, wir würden diesen Protest instrumentalisieren. Dem muss ich entschieden entgegengetreten. Er stärkt ein Argument, das wir haben, nämlich dass Jugendliche politisch interessiert sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Es ist nicht nur „Fridays for Future“. Wir merken es auch in anderen Untersuchungen, beispielsweise in der Shell Studie. Die kann man sich anschauen. Noch im Jahr 2002 bezeichneten sich lediglich 30 % der Jugendlichen als politisch bzw. an gesellschaftlichen Fragen interessiert. Im Jahr 2015 waren es schon 41 %. Wir merken es.

Frau Willius-Senzer hat es angesprochen. Es hat sich etwas verändert. Die Jugend ist politisch. Das ist hervorragend. Sie gehen auf die Straße, sie zeigen das im Netz, und wir merken es auch in unseren Diskussionen mit den Schülerinnen und Schülern.

Ich bin seit acht Jahren Abgeordnete und seitdem in Schulklassen. Es hat sich etwas verändert in der Art und Weise, wie mit jungen Menschen diskutiert wird. Es ist hervorragend. Nutzen wir diese Chance und Entwicklung. Geben wir ihnen eine Stimme; denn sie haben es wirklich verdient. Es ist an der Zeit.

Wir merken, es ist nicht nur diese Entwicklung, sondern wir merken, dass Jugendliche vor Ort sehr stark ehrenamtlich engagiert sind. Sie sind in Vereinen und Verbänden oftmals die tragende Säule in ihren Gemeinden. In den Kommunen vor Ort machen sie sich stark. Diese jungen Menschen, die sich vor Ort starkmachen und sich für die Gesellschaft einbringen, haben es verdient, dass wir ihnen nicht nur Respekt in Sonntagsreden entgegenbringen, sondern dass sie auch wählen gehen können, um in ihren Kommune vor Ort mitzubestimmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei SPD und FDP)

Wir fordern mit Nachdruck als Grüne die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Seit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ von 2001 bis 2006 sind wir Verfechterinnen und Verfechter der Absenkung des Wahlalters. Die SPD hat sich nach Beschluss des Schülerlandtags im Jahr 2009 für das Wahlalter mit 16 Jahren positioniert.

Die FDP ist auf Grundlage des Koalitionsvertrags mit uns gemeinsam für die Absenkung des Wahlalters.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das musste mal gesagt werden! –  
Zurufe von der CDU: Ah!)

Jetzt fehlt in diesem Reigen die CDU. Es zeigt wieder, man braucht einen langen Atem, bis sich Dinge bewegen. Wir haben mehrere Entwicklungen. Wir haben Jugendliche, die sich immer mehr politisch interessieren.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben schon eine sehr breite politische Mehrheit, aber noch keine Zweidrittelmehrheit. Wir haben zugleich den Druck aus den Verbänden.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Ich finde es ganz schlecht, wenn es hier marginalisiert wird. Wenn wir uns anschauen, wie die Lage bei den Verbänden ist, dann wird der Landesjugendring erwähnt. Das ist nicht unerheblich; denn hier wird eine ganze Reihe von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz repräsentiert. Aber es sind auch die Landesschülervertretung, die Jusos, die Grüne Jugend und die JuLis (Junge Liberale), die das fordern. Wenn Sie auf die Junge Union abheben, dann ist sie leider im Reigen der politischen und weiteren ehrenamtlichen Jugendverbände in der Minderheitsposition. Deswegen zieht das Argument an der Stelle nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
SPD und FDP –  
Zuruf der Abg. Simone Huth-Haage, CDU)

Politik braucht einen langen Atem. So ist es leider auch beim Wahlalter mit 16 Jahren. Wir werden nicht müde werden, es anzusprechen. Es ist ganz klar, dass es keine rechtlichen Hürden gibt. All diese Diskussionen über Altersgrenzen sind doch nur vorgeschobene Argumente. Die CDU hat sich mit dieser Argumentation in eine Sackgasse bugsiert. So ist es leider.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Aus dieser Sackgasse kommen Sie mit Ihrer Blockade nicht heraus. Ich sage gerade als Grüne, wir hätten Ihnen wirklich sehr gerne eine Brücke gebaut.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Eine „Grünbrücke“!)

– Eine „Grünbrücke“, genau.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Bauen Sie erst einmal eine Mittelrheinbrücke!)

Wir haben die politische Bildung in Rheinland-Pfalz massiv ausgebaut. Ich sage ganz ehrlich, für uns war es nie eine Grundvoraussetzung, warum wir das Wahlalter senken würden. Aber nichtsdestotrotz haben wir die politische Bildung gestärkt. Wir werden den Sozialkundeunterricht ausweiten. Das wäre eine Brücke gewesen, über die Sie hätten argumentativ gehen können. Ich verstehe nicht,

warum Sie sich mit dieser Blockadehaltung in Ihre Sackgasse bugsieren.

Wir werden aber so lange und hartnäckig argumentieren, bis Sie aus dieser Sackgasse herauskommen. Das kann ich Ihnen hier an dieser Stelle versprechen.

Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie Angst vor den 16- und 17-Jährigen haben. Ich glaube, eine große Volkspartei könnte sich der Herausforderung stellen und sagen, wir versuchen diese Wählerinnen und Wähler – wenn sie irgendwann Wählerinnen und Wähler sind – zu gewinnen. Es tut doch nicht weh, dass diese Menschen künftig wählen könnten.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist ein Aspekt, der sich wirklich geändert hat. Elf andere Bundesländer haben diese Erfahrung gemacht. Nutzen wir diese Erfahrung, und geben wir den jungen Menschen in Rheinland-Pfalz endlich eine Stimme.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei SPD und FDP)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Landesregierung spricht Staatssekretärin Steingäß.

(Abg. Matthias Lammert, CDU: Der Minister spricht heute gar nicht mehr!)

#### **Nicole Steingäß, Staatssekretärin:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gerade in Vorwahlzeiten sind häufig folgende Sätze zu hören: Wer nicht wählen geht, verschwendet seine Stimme und lässt andere für sich entscheiden. – Oder: Aus Protest nicht zu wählen, ist keine Lösung. – Demokratie lebe vom Mitmachen.

Der Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zielt genau darauf ab, nämlich jungen Menschen von 16 und 17 Jahren die Möglichkeit zu geben, ihre Wahlentscheidung bei den Kommunalwahlen zu treffen. Wir sehen doch im Moment ganz deutlich, zum Beispiel beim Pulse of Europe, beim Klimaschutz und bei vielen anderen Themen, dass junge Menschen eine Haltung haben und gehört werden wollen.

Es ist den jungen Menschen nicht egal, in welcher Welt sie leben. Sie sind diejenigen, die den größten Teil ihres Lebens mit den Entscheidungen verbringen, die heute getroffen werden.

Die Interessen und das Engagement der Jugendlichen sind vielfältig. 16- und 17-Jährige interessieren sich nicht nur für die großen Themen. Sie engagieren sich auch ehrenamtlich in ihren Heimatgemeinden, Sportvereinen, Kirchen und Hilfsorganisationen. Sie engagieren sich in zahlreichen Jugendorganisationen, politischen Parteien und kämpfen in Jugendvertretungen für ihre Überzeugungen.

Sie nehmen dabei zahlreiche Ämter und Funktionen wahr und füllen diese in den allermeisten Fällen mit einem hohen Maß an Engagement aus. In diesen Zusammenhängen müssen sie oftmals widersprüchliche Interessen gegeneinander abwägen. Genau dies ist der Kern unserer Demokratie.

In elf Bundesländern können Jugendliche ab 16 Jahren bei den Kommunalwahlen bereits wählen. In vier Ländern besteht sogar die Möglichkeit, dass Jugendliche ab 16 Jahren an den Landtagswahlen teilnehmen. Ihre Wahlbeteiligung unterscheidet sich dabei nicht wesentlich von der Altersgruppe der 18- bis 23-Jährigen.

Auch wählen sie nicht häufiger extreme Parteien als ältere Wahlberechtigte. Kurzum, auch den rheinland-pfälzischen 16- und 17-Jährigen ist die Wahlentscheidung durchaus zuzutrauen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Entscheidung ist den Jugendlichen nicht nur zuzutrauen, sondern ihre Wahlbeteiligung ist auch für unsere Demokratie – also für uns alle – von großer Bedeutung; denn das politische Interesse der Jugendlichen muss so früh wie möglich geweckt werden, um einer langfristigen Politikverdrossenheit vorzubeugen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wer an Wahlen teilnehmen darf, ist nicht in Stein gemeißelt. Erst vor gut 100 Jahren wurde das allgemeine Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt. Vor dem Juni 1972 lag das Wahlalter bei Bundestagswahlen noch bei 21 Jahren. Das passive Wahlrecht erlangte man sogar erst mit 25 Jahren. Niemand hier wird bestreiten können, dass sich seit 1972 unsere Gesellschaft, unsere Gesetze und die Verfassung weiterentwickelt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke den Koalitionsfraktionen für ihren erneuten Vorstoß, das Wahlalter bei Kommunalwahlen abzusenken.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gerne!)

– Danke schön.

Die Landesregierung schließt sich den vorgetragenen Argumenten uneingeschränkt an. Wir bedauern es, dass die 16- und 17-Jährigen nach heutigem Stand an den Kommunalwahlen im Mai nicht teilnehmen können.

Es ist notwendig, dass wir das Wahlrecht ein weiteres Mal an die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen und den jungen Menschen zwischen 16 und 18 Jahren ihre Stimme bei den Kommunalwahlen lassen. Dies wäre ein Ausdruck von Respekt und Wertschätzung, und es wäre an der Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die antragstellenden Fraktionen haben die Ausschussüberweisung beantragt, und zwar an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz. Wir diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke.

(Zurufe von der SPD)

– Moment, dann machen wir das noch einmal.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich möchte ein eindeutiges Bild haben. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Damit ist die Ausschussüberweisung mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD beschlossen.

Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Damit haben wir den Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

#### **Polizeiliche Kriminalstatistik optimieren – Transparenz fördern**

Antrag der Fraktion der AfD  
– Drucksache [17/8670](#) –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart.

Für die AfD-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Junge.

#### **Abg. Uwe Junge, AfD:**

Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Wesentlicher Bestandteil einer stabilen Inneren Sicherheit ist eine gut aufgestellte Landespolizei, die sowohl in der repressiven wie auch in der präventiven Kriminalitätsbekämpfung auf umfassende Informationsquellen zurückgreifen kann. Eine der wichtigsten Informationsquellen ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Diese wird sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene geführt. Während die Bundes-PKS einheitlichen Erfassungs- und Qualitätskriterien unterliegt, haben die Länder einen gewissen Spielraum, ihre Statistiken inhaltlich zu erweitern, oder auch nicht.

Auch die rheinland-pfälzische PKS macht von diesem Spielraum Gebrauch, indem sie beispielsweise zusätzliche Auswertungen im Bereich der Beziehungsstraftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit Schulen aufführt und auswertet. Dabei belegen wir aber im Ländervergleich noch lange keinen Spitzenplatz, sondern bewegen uns eher im Mittelfeld.

Nicht berücksichtigt werden in dieser PKS beispielsweise die Jugendgruppenkriminalität, politisch motivierte Straftaten und eine Erfassung des Tatmittels Messer. In anderen Länderstatistiken sind die Phänomenebereiche Rauschgiftkriminalität, Waffenkriminalität, der Mehrfachtäter oder

auch der nichtdeutschen Tatverdächtigen viel detaillierter dargestellt.

Was hält uns davon ab, hier deutlich nachzubessern? Interessieren uns diese Phänomenbereiche nicht? Ist es für unsere Innere Sicherheit weniger oder gar nicht relevant, wie ausgeprägt die politische Kriminalität, die Jugendgewalt ist und wie viele Menschen durch Messerangriffe zu Schaden kommen? Ich denke schon.

Wer mit Informationsvorbehalt arbeitet, hat meist etwas zu verbergen. Wird hier die Statistik nicht etwa als Abbild der realistischen Fakten verstanden, sondern als Instrument politischer Indoktrination, wenn unliebsame Tatsachen verschleiert werden?

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität kommt einem natürlich der Gedanke, dass die mit Linksextremisten sympathisierenden Kollegen von SPD und Grünen gar kein besonderes Interesse daran haben, ihre ideologischen Mitstreiter und Mithelfer durch die PKS entlarvt zu sehen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin hat sich wirklich aufgeregt, als ich das bei meinem letzten Redebeitrag gesagt habe. Das war beabsichtigt.

Auch das schwache Argument, der Verfassungsschutz befasse sich bereits mit politisch motivierter Kriminalität, greift hier nicht wirklich, da er in seinem Bericht im Auswertungs- und Detaillierungsgrad nicht an das Niveau der PKS heranreicht und somit nur unzureichend verwertbar ist. Vergleichbares gilt für die Jugendgruppengewalt.

Zwar zeigt die PKS bereits eine gewisse Grundsensibilität für das Thema an sich, da sie diesen zusätzlich noch im schulischen Bereich beleuchtet. Erstaunlicherweise ist es in diesem Zusammenhang auch bereits jetzt möglich, das Tatmittel Messer im Teilbereich der Jugendkriminalität im schulischen Umfeld zuverlässig zu erfassen, insgesamt aber nicht. Hier wird es also geradezu zwingend, genauer zu analysieren, wo sich welche Gefahrenherde entwickeln oder bereits bestehen, um gezielte Präventionsmaßnahmen zu erarbeiten. Dafür ist aber auch in diesem Phänomenbereich eine Erweiterung der PKS erforderlich.

Gerne weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass es nun trotz der Ablehnung unseres Antrags vom 20. April 2018, das Tatbegehungsmittel Messer in die PKS aufzunehmen, zu einem einhelligen Beschluss im Rahmen der 209. Innenministerkonferenz gekommen ist, Messer aufzunehmen. – Belehrung durchgeführt, könnte man sagen.

Trotz dieser klugen Übereinkunft wird sich dennoch darum bemüht, die Umsetzung möglichst weit nach hinten, genauer bis 2022, hinauszuzögern. Warum eigentlich? Anscheinend grassiert die nackte Angst in der Regierungskoalition, zeitnahe und detaillierte Erkenntnisse könnten die Befürchtungen der AfD und vieler besorgter Bürger bestätigen und negativen Einfluss auf kommende Wahlergebnisse haben, nämlich bis 2022.

Meine Damen und Herren, wer am vorvergangenen Montag das Spektakel vor dem Abgeordnetenhaus beobach-

tet hat, der hat ein ganz eigenes Bild von der Sicherheit in unserem Land gewonnen. Solange kulturfremde Menschen mit Messern auf unseren Straßen herumfuchtelten und unbescholtene Bürger vom Motorrad zerren und lebensgefährlich bedrohen, dürfen Sie eben nicht sagen, dass Rheinland-Pfalz sicher ist. Das ist tatsächlich, aber auch statistisch eine gefährliche Unwahrheit. Je länger Sie vor dieser Realität die Augen verschließen, desto höher wird der Blutzoll unter Ihrer Verantwortung werden.

(Beifall der AfD)

Deshalb ist gerade die Maßnahme, Messer als Tatmittel in der PKS zu erfassen, eigentlich schnell, effizient und denkbar einfach umzusetzen. Das polizeiliche Vorgangsbearbeitungssystem POLADIS ist bereits jetzt in der Lage, Tatmittel ganz konkret zu erfassen. Diese Funktion ist bislang jedoch lediglich optional, weshalb sie nur sporadisch von unseren Ermittlungsbeamten genutzt wurde.

Meine Damen und Herren, es darf auch bei diesem Thema bitte nicht darum gehen, wieder einmal an einem Antrag der AfD ein parteipolitisches Exempel zu statuieren und ihn einfach abzulehnen oder den ideologisch indoktrinierten Kampf gegen Rechts auf Kosten der Sicherheit unserer Bürger zu zelebrieren. Ich glaube, unsere Forderung ist klar und eindeutig und auch für jeden anderen nachvollziehbar. Ich bitte um die verzugslose Aufnahme der Tatbestände Jugendgruppenkriminalität und politisch motivierte Kriminalität sowie des Tatwerkzeugs Messer in die PKS.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Koalitionsfraktionen spricht der Abgeordnete Wolfgang Schwarz.

#### **Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:**

Frau Präsidentin, wehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat einmal wieder einen für sie typischen Antrag zur Inneren Sicherheit gestellt, und wie immer ist deutlich, dass es Ihnen nur um Populismus, Schubladendenken und Verunsicherung geht.

Aber bei aller Kritik kann ich Ihrem Antrag dennoch auch etwas Positives abgewinnen. Er hat nämlich bewirkt, dass ich mich noch einmal speziell mit den Polizeilichen Kriminalstatistiken anderer Bundesländer beschäftigt habe. Die PKS-Daten werden nach bundeseinheitlichen Kriterien erfasst und sind deshalb absolut vergleichbar. Das haben Sie mittlerweile schon verstanden.

Das Ergebnis ist sehr positiv: Wir stehen in Rheinland-Pfalz mit der PKS im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehr gut da. Unsere Polizei arbeitet mit ganz hervorragenden Ergebnissen. Wie schon wiederholt festgestellt, können unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Rheinland-Pfalz beruhigt und sicher leben.

Ja, Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Bundesland, Herr Jun-

ge, und das zeigt unsere PKS auch sehr deutlich. Wenn Sie sie gelesen haben, wissen Sie, dass die Zahl der Straftaten schon wieder gesunken ist, die Häufigkeitsziffer, also Opfer einer Straftat zu werden, wesentlich geringer ist als im Bundesdurchschnitt, und dass die Aufklärungsquote zum wiederholten Mal auf über 60 %, auf 63,7 %, angestiegen ist. Das ist die höchste Quote seit Einführung der PKS im Jahr 1971. Deshalb ein herzliches Dankeschön an unsere Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, richtig ist, dass manche Bundesländer auch unterschiedliche länderspezifische Schwerpunkte erfassen. Auch wir in Rheinland-Pfalz tun das. Auch das haben Sie richtigerweise erkannt und erwähnt.

Ich komme nun zu Ihren Forderungen im Antrag. Sie wollen das Berliner Vorgangsbearbeitungssystem als Vorbild. – Berlin hat für sich als Schwerpunkt das Tatmittel Messer erfasst, aber auch nicht umfassend. Nur in drei Deliktsbereichen ist es verpflichtend dort festgehalten. Dies ist also nichts anderes als bei uns mit dem Geografischen Polizeilichen Informationssystem Kriminalität (Geopolis-K).

Deshalb kann man festhalten: Wir arbeiten gemeinsam bundesweit an der Thematik weiter und unterstützen die Bestrebungen der Innenministerkonferenz. Herr Minister Lewentz hat dort immer wieder interveniert, dass man sich mit dem Thema beschäftigt; denn in diesem Bereich allein vorzustoßen wäre sicherlich der falsche Weg.

Ich lege Ihnen noch eines ans Herz: Schauen Sie sich einmal die Kleine Anfrage der AfD im Saarland zu Häufigkeitszahlen der Messerangriffe bzw. des Stichwaffeneinsatzes an.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ich rede über  
Rheinland-Pfalz und nicht über das  
Saarland!)

Auch wenn man fünfmal herumgefragt hat: Von den 13 Namen, die dort zu den Tätern erfasst sind, sind alle 13 klassische deutsche Namen. Was Sie uns also vorgaukeln wollen, ist offensichtlich nicht der Fall.

Die Jugendgruppengewalt ist eine besondere Form der Jugenddelinquenz. Eine bundeseinheitliche Definition gibt es dafür nicht. In Rheinland-Pfalz ist es meines Erachtens besser. Hier werden schon lange Jungtäter – das sind Tatverdächtige unter 21 Jahren – als Tatverdächtige in allen Deliktsbereichen erfasst. Außerdem werden alle Straftaten in der Schule, aber auch auf dem Weg zur Schule, in der PKS dokumentiert. Diese werden nach wie vor als aussagekräftig angesehen und bedürfen sicher keiner Veränderung in der PKS.

Zur politisch motivierten Kriminalität: Ich glaube, Sie schießen mit Ihrem Antrag ein klassisches Eigentor. Ich habe mir die Erfassung und die Zahlen der von Ihnen angeführten Bundesländer einmal angeschaut. Sie decken sich absolut mit den Zahlen, die wir auch in Rheinland-Pfalz kennen. Herr Junge, Sie haben sie selbst in einer Kleinen Anfrage – Drucksache 17/7638 – erfragt, und die Zahlen zeigen in allen Ländern wie bei uns deutlich, die größte

Gefahr kommt aus dem rechten Spektrum.

(Abg. Martin Haller, SPD: Woher denn auch  
sonst?)

Zahlen rechtsmotivierter Straftaten sind dreifach, ja, bis zu zehnfach größer als die von links- bzw. religiös motivierten Straftaten.

Und was schließen wir daraus? – Geben Sie sich selbst einmal die Antwort. Wir kennen sie.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut! –  
Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

Unsere PKS – vorausgesetzt, man kann und möchte sie so lesen und ihren Zweck richtig interpretieren – ist also transparent und gibt alle Informationen her, die wir in unserem Land zur präventiven und repressiven Bekämpfung von Straftaten benötigen.

Ich darf für die Koalitionsfraktionen sagen, Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: Was auch sonst?)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herber.

#### **Abg. Dirk Herber, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich ist es so, dass ich mich nicht erst, seitdem ich im Landtag bin, gern mit sinnvollen Vorschlägen beschäftige, die unser Land, unser Leben und unser Umfeld besser machen. Gerade aus meiner Profession als Schutzmann heraus ist es insbesondere im Polizeibereich der Fall, dass ich mich gern mit sinnvollen Vorschlägen beschäftige.

Sinnvoll angestregte Debatten regen einen zum Nachdenken über die eigenen Ziele, über die eigenen Vorgehensweisen an, und von uns sind in den letzten drei Plenartagen sinnvolle Vorschläge gekommen, und auch von den Fraktionen auf meiner linken Seite sind die Vorschläge weitestgehend sinnvoll.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Aber nicht die  
Straßenbaubeitragsdiskussion!)

Sinnvoll heißt in dem Zusammenhang noch nicht einmal unbedingt, dass man allem zustimmen kann; aber sinnvoll heißt für mich, dass das Einbringen eines Themas von Vernunft und von Verstand getragen ist, und das kann man bei Ihnen eben nicht sagen. Sinnvolle Vorschläge kenne ich von der AfD nicht.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: So ein  
Schwachsinn! Sie kopieren doch unsere  
Vorschläge! Straßenausbaubeitragsgesetz!)

Genau das ist auch der Grund, weshalb es immer so mühselig und anstrengend ist, sich mit Ihren Eingaben zu beschäftigen. Aber wir nehmen es jetzt einfach einmal als eine der Herausforderungen dieser Legislatur an, dass wir uns eben auch mit Ihren Eingaben beschäftigen.

Sie hätten also gern, dass wir die Landesregierung auffordern, Dinge schnellstmöglich umzusetzen und die Polizeiliche Kriminalstatistik um Datensätze zu ergänzen. Nun bin ich tatsächlich nicht bekannt dafür, dass ich der Landesregierung gern zur Seite springe; der Kollege Schwarz hat auch schon viel zu der guten Erhebung in den von Ihnen geforderten Datensätzen gesagt. Ich ergänze dies gerne noch ein bisschen an der Stelle.

Zu Ihrer ersten Forderung: Ich weiß nicht, ob Sie im Innenausschuss am 4. Februar dabei waren oder ob Sie zugehört haben, als der Innenminister Ihnen zu Ihrem Antrag berichtet hat. Ich fasse es Ihnen gerne noch einmal kurz zusammen. Im Juni 2018 hat sich die Innenministerkonferenz dafür ausgesprochen, dass Messerangriffe bundeseinheitlich statistisch erfasst werden, und man hat Fachgremien damit beauftragt – das sind Menschen, die Ahnung haben –, entsprechende Lösungsalternativen zu erarbeiten.

Abgesehen davon, dass Sie ins Spiel brachten, dass diese Messerangriffe Ihrer Ansicht nach immer von den Ausländern und von den Flüchtlingen kommen, hat der Kollege Schwarz auch gesagt, und ich ergänze das gern – Sie haben es abgefragt –, im Saarland hießen die meisten der Messerangreifer Michael, Daniel und Andreas. – Das ist nicht der klassische Flüchtlingsname.

Im November hat man dann die Einführung eines gänzlich neuen Katalogs zur Erfassung von Tatmitteln beschlossen. Sinnvolle und durchdachte Änderungen brauchen manchmal eben technischen und organisatorischen Umsetzungsaufwand, und es sind erhebliche Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Deswegen soll die tatsächliche Umsetzung auch erst zum Datum 1. Januar 2022 erfolgen.

Das Ganze wurde maßgeblich von Unionsministern vorangetrieben, aber ich glaube auch, dass Herr Minister Lewentz hinter diesem Beschluss steht. Schließlich sind die Beschlüsse der Innenministerkonferenz, die umgesetzt werden, immer einstimmig.

Ich traue den Innenministern der Länder tatsächlich so viel zu, dass gemeinsam beschlossene Zeitschienen ihren Sinn haben und dann auch umgesetzt werden. Mit aller Gewalt etwas schneller umzusetzen, birgt in der Regel nur die Gefahr von Fehlern, und die müssen dann im Nachgang aufwendig wieder korrigiert werden.

Auch Ihre zweite Forderung ist wenig durchdacht. Datensätze zur politisch motivierten Gewaltkriminalität oder überhaupt Kriminalität werden bereits erfasst und verarbeitet, eben nur nicht in der PKS des Landes,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Genau!)

aber auch in der Bundes-PKS finden Sie keine Staatschutzdelikte wieder.

Nun erklären Sie mir doch einmal den Sinn dessen, wenn ich den Datensatz erstellt habe, einfach nur, um einen anderen Namen weiterzuführen. Es gibt keinen Sinn. Aber es ist tatsächlich so: Sinn ist bei Ihnen offenbar nicht so notwendig.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Nicht das prioritäre Ziel!)

Auch die PKS hat nämlich, wenn man sie ganz nahe betrachtet, nur eine begrenzte Aussagekraft, weil sie eben nicht nur von dem Katalog der zu erhebenden Daten abhängt, sondern auch von ganz vielen anderen Einflussfaktoren. Da haben wir ein Dunkelfeld, ein Anzeigeverhalten, die Kontrollintensität. Das heißt, sie ist nicht die tatsächlich getreue Darstellung der Realität, unter anderem auch deswegen, weil sich keine Verurteilungen und Verfahrenseinstellungen darin wiederfinden. Die PKS liefert nur eine starke Annäherung an die Realität.

Aber nichtsdestotrotz ist sie das Beste, was wir haben, und ohne eine ernsthafte Alternative. Aber für ernsthafte Alternativen sind Sie wahrscheinlich auch der falsche Ansprechpartner.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ihre letzte Forderung ist die Übernahme des Phänomenbereichs „Jugendgruppengewalt“ in die PKS. Wir sollen ihn aus der PKS Berlin übernehmen. – Ich erkläre es Ihnen gerne noch einmal: Wissen Sie, die bundesweite PKS beschäftigt sich mit Datensätzen, deren Auswertung für das gesamte Bundesgebiet von Bedeutung ist. Die Länder haben dann die Möglichkeit, dort sinnvolle Daten zu erheben, wo Auffälligkeiten in verschiedenen Themenbereichen erkannt werden, um eine valide Datenbasis zu erhalten.

Mit Ihrem Wunsch der Übernahme des Phänomenbereichs „Jugendgruppengewalt“ aus Berlin sagen Sie nichts anderes, als dass wir in Rheinland-Pfalz das gleiche Problem haben. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse das Ganze noch einmal in einem Satz zusammen: Wir können – wie so oft, wie eigentlich immer – in Ihrem Antrag den Sinn nicht erkennen, und aus dem Grund – und nicht, weil Sie AfD heißen – lehnen wir ihn ab.

Danke schön.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Kurzintervention auf die Rede des Abgeordneten Herber hat sich der Abgeordnete Junge gemeldet.

#### **Abg. Uwe Junge, AfD:**

Herr Herber, ich muss mich schon wundern, mit welcher Radikalität Sie einfach grundsätzlich jeden Antrag der AfD als nicht sinnvoll erachten.

(Abg. Dirk Herber, CDU: Oh!)

Damit verlassen wir doch schon ein bisschen den guten Ton des Parlamentarismus,

(Heiterkeit bei der CDU)

einfach pauschal zu sagen, diese Anträge sind wir von Ihnen gewohnt. – Ich bin das von Ihnen nicht gewohnt, Herr Herber. Darüber muss ich mich schon sehr wundern.

(Zuruf von der CDU: Mimöschchen, Mimöschchen!)

Wenn Sie sagen, dass diese Dinge nicht stimmen, frage ich mich, warum wir sie dann nicht umsetzen. Wir schreiben das Jahr 2019. Warum brauchen wir drei Jahre, um die PKS zu ergänzen, was die Innenministerkonferenz doch durchaus gesagt und auch festgehalten und beschlossen hat? – Das ist mir nicht eingängig, das ist einfach nicht nachzuvollziehen.

Wenn Sie das Saarland bemühen, müssen wir sehen, dass von 1.480 Tatverdächtigen tatsächlich 158 Nichtdeutsche waren. Wenn Sie das zum Bevölkerungsanteil ins Verhältnis setzen, ist das ein deutlich hoher Anteil, der ansteigt. Das wissen Sie auch. Das haben wir erst vor wenigen Tagen noch festgestellt. Also reden Sie das nicht schön.

Ich will das gar nicht dramatisieren. Es ist nicht unsere Absicht zu sagen, alles ist schlecht, aber es gibt Ergänzungsbedarf. Darüber können wir doch reden. Das sollten wir auch tun.

Fangen Sie jetzt nicht auch noch damit an, reflexartig alles abzulehnen, was von der AfD kommt. Das ist doch lächerlich. Wir haben uns schon einmal darüber unterhalten. Wir wissen ganz genau, dass die PKS, so wie sie interpretiert wird, eben keine deutlichen Aussagen trifft.

(Zuruf des Abg. Dirk Herber, CDU)

Ja, die Zahl der Kriminalitätsfälle ist gesunken, aber bei den Gewaltverbrechen und bei den Sexualdelikten ist sie angestiegen. Das ist das, was die Menschen verunsichert. Das ist das, was die Menschen sehen und was sie uns ganz klar und deutlich sagen.

Die PKS ist ein Analysetool, ein Tool, mit dem wir durchaus arbeiten müssen und sollen, aber sie soll bitte schön die Informationen bringen, die wir brauchen, um präventiv arbeiten zu können. Das unisono abzulehnen, finde ich einfach unparlamentarisch und ist Ihrer auch nicht würdig, Herr Herber.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Die Gelegenheit zur Erwidmung hat der Abgeordnete Herber.

#### **Abg. Dirk Herber, CDU:**

Sie haben genauso viel parlamentarische Erfahrung wie

ich. Ich gehöre nämlich auch zum ersten Mal dem Landtag an. Wenn ich den Aufschrei auf der von mir aus gesehen linken Seite gehört hätte, wäre es mir zu Herzen gegangen, wenn ich mich unparlamentarisch verhalten hätte. Ich glaube aber, dass ich das nicht getan habe.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

– Nein, ich bin mir nicht sicher, ob Sie mich verstanden haben.

(Beifall der CDU und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen gesagt, die CDU-Fraktion ist nicht bereit – für die kann ich sprechen –, sinnfreien Anträgen zuzustimmen. Genau diese kommen von Ihnen. Ich kann nichts dafür.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Wieder ein Pauschalurteil!)

– Nein, in der Vergangenheit. Vielleicht werden Sie klüger und werden in der Zukunft irgendwann einmal einen Antrag bringen, über den Sie vorher nachgedacht haben. Dann sind wir gerne bereit, darüber zu reden. Es kam aber nichts. Es ist keine pauschale Vorverurteilung, wenn von Ihnen nichts kommt.

Ich habe es Ihnen erklärt. Die drei Punkte, die Sie fordern, haben wir. Ich will dem Kind einen anderen Namen geben: Das verschafft mir keine validere Datenbasis. Das wird uns nicht gelingen.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Prävention zu betreiben, wird aufgrund der vorhandenen Datenlage gelingen. Das gelingt uns in Rheinland-Pfalz.

Ich habe es gesagt, ich bin keiner, der der Landesregierung zur Seite springt, nicht nur an dieser Stelle. Wenn es aber so ist, dass sie gute Arbeit macht, und wenn es so ist, dass valide Daten in dem Bereich vorliegen – an anderen Stellen sieht das ganz anders aus –, dann unterstütze ich das an der Stelle. Deshalb verstehe ich Ihren Vorwurf nicht, was das Ganze mit dem Aushebeln mit Parlamentarismus zu tun hat.

(Beifall der CDU und bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Landesregierung spricht Staatsminister Lewentz.

#### **Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, der Lewentz ist wieder da. Er hat sich vorhin sehr gefreut, dass das Bundesverwaltungsgericht ein tolles Urteil in Sachen Finanzierung Fußball und Polizei im inneren Zusammenhang gefällt hat. Da ich einer der Mitinitiatoren war, werden Sie mir nachsehen, dass ich mir das sehr genau anschauen musste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vor einigen Tagen gemeinsam mit dem Präsidenten des Lan-

deskriminalamts die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2018 vorgestellt. Ich will uns allen noch einmal sieben Tatsachen in Erinnerung rufen, die unter Beweis stellen, dass wir eine sehr gut aufgestellte und sehr leistungsfähige Polizei haben, auch wenn wir mit Herrn Schwarz und Herrn Herber zwei Leistungsträger ins Parlament geschickt haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Erstens: Nach einem Rückgang um mehr als 8 % im Jahr 2017 reduzierte sich die Zahl der in Rheinland-Pfalz registrierten Straftaten im Jahr 2018 um nahezu weitere 3 %. Meine sehr geehrte Damen und Herren, das ist die niedrigste Zahl registrierter Straftaten in den letzten 23 Jahren. Die niedrigste Zahl seit 23 Jahren!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: Die Häufigkeitszahl – wer nicht dem Innenausschuss angehört, der muss wissen, sie bringt zum Ausdruck, wie viele Menschen bezogen auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner Opfer einer Straftat werden – lag im Jahr 2018 auf dem niedrigsten Niveau seit 1992.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Drittens: Die Polizei konnte die Aufklärungsquote noch einmal um fast 1 % auf nunmehr rund 64 % steigern. Das ist der höchste Wert seit der Einführung der bundeseinheitlichen Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 1971. Auch im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt – wir 64 %, der Bundesdurchschnitt rund 57 % – ist dies ein hervorragendes Ergebnis.

Viertens: Die Straftaten gegen das Leben – das sind die von Herrn Junge genannten schweren Straftaten – nahmen um mehr als 7 % ab. Morddelikte sanken um knapp die Hälfte auf 14 Fälle, wobei es in sieben Fällen Gott sei Dank beim Versuch blieb.

Fünftens: Die Gewaltkriminalität – hierzu zählen unter anderem Körperverletzung und Raubdelikte – und die Straftaten im öffentlichen Raum, die sogenannte Straßenkriminalität, reduzierten sich im Jahr 2018 um jeweils 3 %.

Sechstens: Der Polizei war es bereits im Jahr 2017 gelungen, die Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle – wir haben hier intensiv darüber diskutiert – um mehr als 28 % zu reduzieren. Im Jahr 2018 ging die Zahl der Wohnungseinbrüche um weitere 15 % zurück. Bei nahezu der Hälfte dieser Delikte handelte es sich um Versuche. Die Zahl der tatsächlich vollendeten Wohnungseinbrüche ist die niedrigste seit 20 Jahren.

Siebtens: Die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren lag im Jahr 2018 auf dem niedrigsten Niveau der letzten zehn Jahre. Wurden im Jahr 2009 noch 30.700 Jungtäter verzeichnet, waren es im Jahr 2018 nur noch – immer noch zu viele, aber nur noch – 21.300.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, diese sieben Punkte müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, wenn wir mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen. Wir

haben – die Landesregierung und das Landesparlament – die Verantwortung, alles für die Innere Sicherheit zu tun.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht  
übernimmt den Vorsitz)

Ich bin dem Haushaltsgesetzgeber sehr dankbar, dass man uns die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt. Wir alle sollten froh und stolz sein über die hohe Leistungsfähigkeit unserer Polizei und diese Punkte immer wieder draußen betonen; denn dadurch steigt auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch auf zwei Punkte eingehen, weil sie angesprochen wurden. Lassen Sie mich noch auf die Jugendgruppengewalt eingehen. Ziel einer Polizeilichen Kriminalstatistik ist eine valide Darstellung der Kriminalitätslage. Die PKS enthält jetzt schon Angaben zu Delikten, die durch Jugendliche und Heranwachsende, aber auch durch Kinder alleine oder gemeinschaftlich begangen wurden. Ein darüber hinausgehender Erfassungs- und Auswertungsbedarf besteht nicht. Deshalb ist auch dieser Vorschlag der AfD abzulehnen.

Zum Schluss: Wie im Antrag der AfD tatsächlich richtig dargestellt, hat die Innenministerkonferenz im vergangenen Jahr die Erfassung von Messerangriffen in der PKS beschlossen. Derzeit steht im Raum – das ist mehrfach erwähnt worden –, dass dieser Beschluss aus technischen Gründen erst im Jahr 2022 umgesetzt werden kann. Aus meiner Sicht ist dies deutlich zu spät. Ich habe deshalb bereits den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz schriftlich gebeten, auf eine Beschleunigung dieses Prozesses hinzuwirken. Ich glaube, die Gründe liegen auf der Hand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Herrn Herber und Wolfgang Schwarz noch einmal herzlich danken. Sie sind auf die AfD-Anfrage im Saarland eingegangen. Insgesamt gab es in diesem Phänomenbereich 1.490 Tatverdächtige. Davon waren 842 Deutsche. In der Tat hat man im Saarland seitens der AfD auch die meistregistrierten Vornamen genannt:

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Michael 24-mal, Daniel 22-mal, Andreas 20-mal. Ich weiß nicht, ob sich das nach kulturfremden Menschen anhört. Ich glaube, das hört sich eher nach waschechten Saarländern an.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Unruhe im Hause)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Zu den Ausführungen des Ministers gibt es eine Kurzintervention vom Abgeordneten Junge von der Fraktion der AfD. Bitte schön.



**Abg. Uwe Junge, AfD:**

Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Natürlich ist es richtig, dass man die Bevölkerung nicht verunsichern soll, aber man muss mit den Tatsachen so umgehen, wie sie sind.

Sie interpretieren die PKS eben so, wie Ihnen das am besten in den Kram passt. Ich sage Ihnen, es muss doch einen Grund dafür geben, warum wir unsere Polizei immer mehr militarisieren, warum wir unsere Polizeibeamten immer mehr zu Soldaten machen, indem sie entsprechende Waffen tragen und entsprechend ausgerüstet sind, warum unsere Ordnungskräfte und Bürgermeister nach dem Taser fragen und ihn einfordern. Das hat doch etwas mit einer veränderten Sicherheitssituation und -lage zu tun.

(Beifall bei der AfD –  
Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Das kann man doch nicht einfach weglassen. Natürlich kann man das alles statistisch auch so darstellen, dass man sagen kann, schau einmal, prima, überall geht es herunter. – Aber das subjektive Sicherheitsgefühl ist eben ein anderes. Ich glaube, dem müssen wir Rechnung tragen, und darauf müssen wir entsprechend reagieren. Sie tun das in Teilen. Die Fahrzeuge werden ganz andere werden. Wir haben eine ganz andere Bewaffnung bekommen usw. Dafür gibt es doch Gründe. Die sind doch nicht aus Wunsch-Dir-was-Situationen der Polizeibeamten entstanden, sondern – so hoffe ich doch – aus einer sauberen Sicherheitsanalyse heraus. Ich glaube, das muss man einfach berücksichtigen.

Ich weiß immer noch nicht, warum es bis zum Jahr 2022 dauern soll, bis wir das Messer in die PKS aufgenommen haben. Das haben Sie mir und auch dem Parlament nicht erklärt.

Danke.

(Beifall der AfD –  
Staatsminister Roger Lewentz: Das will ich  
auch nicht akzeptieren!)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Dann können wir ihn abschließen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8670 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Damit ist für Enthaltungen kein Raum. Ich stelle fest, dass der Antrag der Fraktion der AfD mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt wurde.

Ich rufe **Punkt 23** der Tagesordnung auf:

**5G-Ausbau in Rheinland-Pfalz vorantreiben – Status quo der Mobilfunkinfrastruktur ermitteln**  
Antrag der Fraktion der AfD

– Drucksache 17/8671 –

Auch hierzu ist eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart worden. Zur Begründung des Antrags erteile ich einem Mitglied der antragstellenden Fraktion das Wort. Herr Abgeordneter Paul, Sie haben das Wort.

**Abg. Joachim Paul, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! 5G ist insbesondere seit der Versteigerung der Lizenzen hier in Mainz in aller Munde.

Zu unserem großen Bedauern haben Sie unseren Antrag auf Einrichtung einer Enquete-Kommission „Digitalisierung, Mobilfunk und Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz“ in der 74. Plenarsitzung abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Frau Schellhammer begründete ihre Ablehnung damit, dass die Enquete-Kommission nicht das geeignete Instrument sei, um die Digitalisierung sowie den Breitband- und Mobilfunkausbau voranzutreiben. Sie sei lediglich dazu da, um Grundlagen zu erarbeiten. Diese seien aber bereits hinreichend bekannt.

Die Antworten auf unsere Große Anfrage sprechen eine andere Sprache. Sie verwundern; denn die Landesregierung hatte noch im Oktober 2018 keine Kenntnis darüber, wie viele Mobilfunkbasisstationen es in Rheinland-Pfalz gibt, wie viele davon über Glasfaseranschluss verfügen und wo sich im Land Funklöcher befinden. Das gilt auch für den Einfluss auf die Immobilienpreise, wenn man dort wohnt, wo man keinen oder nur sehr schlechten Mobilfunkempfang oder lahmes Internet hat. Das alles weiß die Landesregierung nicht. Angesichts dieser Faktenlage frage ich mich, um welche hinreichend bekannten Grundlagen es sich handelt, von denen Frau Schellhammer sprach.

Zur Landesregierung: Sie spricht mittlerweile immer intensiver vollmundig von 5G an jeder Milchkanne. Das hat sicherlich nichts mit den Wahlen zu tun. Da möchte ich Ihnen nichts unterstellen.

Die SPD-Fraktion fordert, dass in Rheinland-Pfalz eine 5G-Modellregion aufgebaut wird. Ich frage Sie: Wo soll eine solche Modellregion entstehen, wenn die Landesregierung in ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage noch nicht einmal sagen kann, wo eine potenziell 5G-fähige Infrastruktur im Land vorhanden ist?

Bei kritischen Fragen zu diesem Thema verweisen Sie gerne auf die 5G-Frequenzauktion und die damit im Zusammenhang stehenden Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur. Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Worte zu den Versorgungsaufgaben verlieren.

Mobilanbieter, welche 5G-Frequenzen ersteigern, sollen unter anderem bis zum Ende des Jahres 2022 1.000 5G-Basisstationen und 500 Basisstationen mit mindestens 100 Mbit/s in weißen Flecken in Betrieb nehmen. Auf den ersten Blick mag das vielversprechend klingen, aber schauen wir doch einmal genauer hin.

Im Tätigkeitsbericht der Bundesnetzagentur ist zu lesen, dass die Zahl der Mobilfunkbasisstationen in Deutschland Anfang 2017 bei 174.400 lag. Allerdings werden von der Bundesnetzagentur Standorte, die mehrere Technologien verwenden, auch mehrfach gezählt, genauso wie Standorte, die von mehreren Netzbetreibern gemeinsam genutzt werden.

Experten gehen davon aus, dass die Zahl der physischen Standorte in Deutschland bei nur 70.000 liegt. Zum Vergleich: Allein in Tokio stehen laut Expertenschätzung ca. 156.000 Basisstationen. Das ist eine Modellregion.

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Schon das Wort „Basisstation“!)

Zurück zu den Versorgungsaufgaben: Trauen wir den Experten und gehen von einer Zahl von 70.000 Basisstationen aus. Sollten nun die drei großen Mobilfunkanbieter Frequenzen ersteigern, würden 3.000 5G-fähige und 1.500 weitere Basisstationen bis zum Ende des Jahres 2022 dazukommen. Damit wären 74.500 Basisstationen in Betrieb, 3.000 davon wären 5G-fähig. Ich halte fest: Nur rund 4 % der gesamten Mobilfunkinfrastruktur wären 5G-fähig, nur dort könnte man 5G im mobilen Netz nutzen.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass 5G auf einer Frequenz von ca. 3,6 GHz ausgestrahlt wird. Die LTE-Frequenzen liegen im Vergleich dazu bei 800 MHz, 1.800 MHz und 2.600 MHz. Grundsätzlich gilt, je höher die Frequenz, desto schlechter sind Reichweite und Ausbreitung. Man muss kein Prophet oder Schwarzseher sein, um zu prognostizieren: Ende des Jahres 2022 werden es noch nicht einmal 4 % sein. – Modellregion?

Die BASF hat bereits auf dieses Desaster reagiert. Sie wissen, dass es nicht so kommen wird, wie Sie in Ihren Hochglanzbroschüren behaupten. In Ludwigshafen baut sich der Konzern sein eigenes 5G-Netz auf. Kleine und mittelständische Betriebe können sich ein solches Netz aber nicht leisten. Sie sind darauf angewiesen, dass die Politik schnell Lösungen findet und vor allem umsetzt.

Deshalb mein Appell: Nehmen Sie sich des Problems endlich in ernsthafter Weise an. Ob Sie das Monitoring nennen, ist mir gleichgültig. Fangen Sie an, diese Ausbaustrukturen, dieses Vorhaben mit sauberen Datenerhebungen zu unterlegen, die mehr bieten als Text für Hochglanzbroschüren, die vor der Wahl für Sie von besonderem Interesse sind.

(Beifall des Abg. Uwe Junge, AfD –  
Zuruf von der SPD: Vor welcher Wahl?)

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Er ist im Prinzip ideologiefrei. Es geht um Datenerhebung, um Transparenz und Erkenntnisgewinne für uns alle.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Haller für die Fraktion der SPD.

#### **Abg. Martin Haller, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu dieser Thematik bereits gestern ausführlich debattiert. Unsere Position hat sich nicht geändert. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zuruf von der AfD: Die wollen alle nach Hause! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Das war jetzt eine sehr differenzierte Auseinandersetzung!)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich dem Abgeordneten Dötsch für die Fraktion der CDU das Wort.

#### **Abg. Josef Dötsch, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits gestern konnte ich für die CDU-Fraktion das Notwendige zu dem vorliegenden Antrag sagen. Dem ist heute nichts hinzuzufügen.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr schön!)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Antrag nicht vor. Wir können damit unmittelbar zur Abstimmung kommen. Ich rufe die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8671 – auf.

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Wollte die Landesregierung sprechen? Dann muss sie sich melden. Frau Staatssekretärin Schmitt, Sie haben das Wort.

(Zurufe aus dem Hause: Zu spät! –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Nicht so lange, die anderen wollen offensichtlich nach Hause!)

#### **Daniela Schmitt, Staatssekretärin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern wurde über das Thema schon ausführlich gesprochen. Dennoch möchte ich heute einige kurze Ausführungen machen.

Die Landesregierung ist bereits sehr aktiv geworden, um den weiteren Mobilfunkausbau in Rheinland-Pfalz zu unterstützen. So werden wir zur Erfassung der weißen Flecken im Mobilfunk ein Monitoring veranlassen, das bei der Bewertung der zeitlichen und geografischen Ausbaupläne der Netzbetreiber hilfreich sein wird.

Die Landesregierung hat bereits im Beirat der Bundesnetzagentur Netzversorgungskarten angemahnt. Die Bundesnetzagentur hat angekündigt, aktuelle Karten Ende Juni

bis Anfang Juli 2019 vorzulegen. Als Ergebnis des Runden Tisches „Mobilfunk“ haben wir dieses Vorgehen mit den Netzbetreibern vereinbart.

Im Bundesrat haben wir gemeinsam mit allen anderen Ländern auf unsere Initiative hin ein komplementäres Mobilfunkförderprogramm des Bundes gefordert und ebenso eine Gesamtkonzeption des Bundes, die nicht nur den Mobilfunkausbau, sondern auch die Glasfasererschließung umfasst. Der Bund ist an dieser Stelle zuständig, deswegen muss der Bund handeln.

Nach Auffassung der AfD erreichen wir die geschilderten Innovationen nur durch einen Staatsplan für 5G. Meine Damen und Herren von der AfD, wir haben in Deutschland seit über 20 Jahren einen sehr erfolgreichen privatisierten Telekommunikationsmarkt. Wir haben zurzeit drei, vielleicht bald vier Betreiber im Mobilfunk, die im Wettbewerb technische Innovationen wie den 5G-Mobilfunk hervorgebracht haben. Wir haben solche günstigen Verbraucherpreise in den Telekommunikationsmärkten, wie dies unter der Bundespost nicht einmal ansatzweise denkbar gewesen wäre.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Und ein Netz wie Angola!)

Nun verlangen Sie von der Landesregierung, dass wir diesen erfolgreichen Weg verlassen sollen?

Die Telekommunikationsinfrastruktur ist durch private Investitionen in Milliardenhöhe entstanden. Das soll nun nach Ihrem Willen durch einen rheinland-pfälzischen Staatsplan für einen flächendeckenden 5G-Infrastrukturausbau aufgelöst werden? Wer soll nach Ihren Vorstellungen denn das Ausbaurisiko tragen?

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Von Ausbauauflagen in Frequenzvergabeverfahren abgesehen kann und will Rheinland-Pfalz den Netzbetreibern nicht vorschreiben, wie diese ein Mobilfunknetz aufzubauen haben.

Nach welchen Kriterien wollen Sie entscheiden, welche Gebiete und Regionen zuerst zu erschließen sind, wenn unternehmerische Investitionsentscheidungen Ihrer Meinung nach offenbar keine sonderliche Rolle dabei spielen sollen?

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Zum Schluss will die AfD die Landesregierung sogar dafür verantwortlich machen, dass der Industrie die 5G-Technologie zur Verfügung steht. Meine Damen und Herren, der Aufbau sogenannter 5G-Privatnetze auf Betriebsgeländen oder landwirtschaftlichen Nutzflächen befindet sich längst in Vorbereitung. Eigens für diesen Zweck ist ein Frequenzspektrum von 100 MHz reserviert, das gar nicht versteigert wird, sondern den Unternehmen auf Antrag zugeteilt werden kann. Antragstellungen bei der Bundesnetzagentur werden ab dem dritten Quartal 2019 möglich sein.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist keineswegs so tatenlos, wie Sie glauben. Wir haben mit den Be-

dingungen der Frequenzvergabe dafür gesorgt, dass der 5G-Mobilfunk auch in die Fläche kommt. Wir werden mit der Änderung des Telekommunikationsgesetzes Rechtssicherheit und gute Investitionsbedingungen schaffen. Durch unsere Bundesratsinitiative wird der Bund hoffentlich ein ergänzendes Mobilfunkförderprogramm schaffen, um wirklich überall mobile Daten- und Sprachkommunikation zu ermöglichen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Zu einer Kurzintervention auf die Ausführungen von Frau Staatssekretärin Schmitt hat sich der Abgeordnete Paul von der Fraktion der AfD gemeldet.

(Zuruf aus dem Hause: Das war ja klar!)

#### **Abg. Joachim Paul, AfD:**

Frau Staatssekretärin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie wollen offenkundig auch einen Staatsplan, nur eben einen Staatsplan des Bundes. Wir wollen ein stärkeres Engagement des Landes. Ich kann daran außer der Ebene gar keinen Unterschied feststellen.

Zu den Verbraucherpreisen: Das ist eine klassische Nebelkerze. Es geht gar nicht um die Verbraucherpreise, sondern um den Empfang. Das ist das Problem, nicht die Verbraucherpreise.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Darüber habe ich gar nicht gesprochen. Es geht um den Empfang, das ist der neuralgische Punkt, der die Lebensqualität der Menschen insbesondere auf dem Land einschränkt.

Die Landesregierung will das nicht sagen, aber Immobilien, die quasi in einem Mobilfunkloch liegen und bei denen im Grunde genommen die Internetversorgung nicht ausreichend ist, sind de facto unverkäuflich. Darum geht es. Es geht um mangelnden Ausbau.

Sie versuchen jetzt mit den Ausbaubedingungen, die bei den Frequenzversteigerungen vorliegen oder gewünscht sind, LTE- und 4G-Löcher zu stopfen, um überhaupt nachholende Ausbaupolitik zu betreiben. Das muss auch festgehalten werden.

Wir kommen an einer Frage nicht vorbei: Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem Flächen besonders ausgeprägt sind. Wir haben viele ländliche Regionen und relativ wenige Ballungsgebiete. Sie müssen doch die Frage beantworten, wenn die ökonomischen Anreize nicht vorliegen. Es ergibt für den einen oder anderen Mobilfunkversorger gar keinen Sinn, in der Fläche auszubauen, weil dort zu wenige Verträge geschlossen werden können. Wir müssen doch die Frage beantworten und in Betracht ziehen, wie wir dieses Problem lösen.

Sie sagen, das muss man alles dem Markt überlassen. – Wir sind anderer Meinung. Das ist heute so wichtig – denken Sie an die Immobilienpreise und diese Gegebenheiten – wie Wasser und Strom. Das kann man nicht einfach so dem Markt überlassen. Das halte ich für meine Fraktion fest.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Deshalb können abschließend über den Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8671 – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Wer ist dagegen? – Ich sehe, dass für Enthaltungen kein Raum ist. Damit stelle ich fest, dass der Antrag der Fraktion der AfD mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt wurde.

Ich rufe als letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung **Punkt 24** auf:

**Modellprojekt „Eingliederungsbrücke“**

Antrag der Fraktion der AfD  
– Drucksache 17/8672 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Zur Begründung erteile ich dem Abgeordneten Dr. Böhme von der Fraktion der AfD das Wort.

**Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete und Regierungsmitglieder! Am 20. September 2018 hat die AfD-Fraktion bereits das Modellprojekt „Perspektiven eröffnen – Potenziale erschließen“ zur betrieblichen beruflichen Weiterbildung von Geringqualifizierten in das Plenum eingebracht. Sie haben damals unseren Antrag abgelehnt. Frau Arbeitsministerin Bätzing-Lichtenthäler sprach davon, dass dieses Modellprojekt unnötig sei.

In der 22. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses im Januar gab sie allerdings zu, dass unsere Idee, die Umschulung zum Erwerb eines neuen Berufsabschlusses drei Jahre zu fördern – nicht nur zwei Jahre, wie im Qualifizierungschancengesetz verankert –, gar nicht so schlecht ist.

Die Bürger, mit denen wir an Infoständen und auf Veranstaltungen über unseren Vorstoß sprachen, fanden diesen ebenfalls grundsätzlich gut und stellten sich die Frage, warum die anderen Fraktionen im Parlament nicht einmal bereit sind, einen solchen Antrag an den entsprechenden Ausschuss zu überweisen.

Meine Damen und Herren, die AfD wirkt und trägt mit guten Ideen zur politischen Debatte bei,

(Beifall der AfD)

vor allen Dingen zum Wohle derjenigen, welche nicht zu

den Eliten und Gewinnern dieser Gesellschaft gehören. Weil das so ist, sehen wir uns motiviert, Ihnen heute einen weiteres Landesmodellprojekt mit dem Titel „Eingliederungsbrücke“ vorzuschlagen, welches helfen soll, eine Lücke zu schließen, die wiederum ein erst kürzlich beschlossenes Gesetz, das Teilhabechancengesetz, hinterlassen hat.

Dieses fördert zwar Beschäftigungsmöglichkeiten für Bürger mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit, benachteiligt aber andere Arbeitslose, welche dadurch keine oder nur in Zeitarbeitsfirmen eine Beschäftigung finden, was wiederum mit spezifischen Belastungen der Zeitarbeit wie Unsicherheit, häufiger Arbeitgeberwechsel und Instabilität des sozialen Umfelds verbunden ist.

An dieser Stelle setzt unser Vorschlag an. Dabei geht es nicht darum, die Zeitarbeit zu beklagen oder als wichtige wirtschaftliche Flexibilitätsreserve infrage zu stellen. Es geht schlicht um den Test eines alternativen Förderinstruments zum Wohle der betroffenen Bürger.

Im Rahmen des Modellprojekts „Eingliederungsbrücke“ soll das Land Rheinland-Pfalz unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausfallbürgschaft für anfallende Kosten des Arbeitgebers im Zusammenhang mit der Beschäftigung zuvor arbeitsloser Menschen für die Zeiten übernehmen, in denen der Arbeitnehmer keine Arbeitsleistungen erbringt. Berücksichtigt werden dabei Entgeltkosten für Zeiten der Arbeitsunfähigkeit, soweit kein anderweitiger Erstattungsanspruch besteht, und Entgeltkosten für Zeiten, in denen der Arbeitnehmer keine Arbeitsleistungen erbringt und kein Anspruch auf Erholungsurlaub besteht, einschließlich der Zeit einer Freistellung nach ausgesprochener Kündigung, soweit diese die jeweils gültige Kündigungsfrist nicht übersteigt.

Mit anderen Worten ausgedrückt: Der Arbeitgeber zahlt in den ersten eineinhalb Jahren also nur die Kosten der wirklich geleisteten Arbeitszeit, was in etwa den Konditionen der Leiharbeit entspricht, muss dabei jedoch per Arbeitsvertrag eine dauerhafte Beschäftigung anbahnen. Der Arbeitnehmer wiederum erhält einen unbefristet geschlossenen Arbeitsvertrag, der den tariflichen oder ersatzweise ortsüblichen Bedingungen entspricht und ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis begründet.

Das Modellprojekt „Eingliederungsbrücke“ soll damit vor allem gering qualifizierten Menschen zum Wiedereinstieg verhelfen. Deswegen sollen nur Beschäftigungsverhältnisse mit einem Bruttoentgelt von höchstens 3.000 Euro als Vollzeitentgelt gefördert werden.

Die Zahl der Ausfallbürgschaften soll im Rahmen des Modellprojekts auf 60 Einzelfälle innerhalb von drei Jahren begrenzt werden. Damit werden auch die Kosten des Projekts im Rahmen von ca. 500.000 Euro verbleiben. Des Weiteren soll das Projekt wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden.

Wir schlagen weiterhin vor, das Projekt in einem ausgewählten Arbeitsagenturbezirk durchzuführen, in dem die Arbeitslosigkeit, aber auch die Anzahl potenzieller Arbeitgeber hoch ist. Zum Beispiel könnte dieser Bezirk Ludwigshafen am Rhein sein.

Meine Damen und Herren, helfen Sie mit, arbeitslosen Menschen mit der Erweiterung der Vielfalt der Förderinstrumente eine Chance auf eine dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Die weiteren Details der Ausgestaltung dieses Projekts würden wir gern im zuständigen Ausschuss mit Ihnen debattieren und beantragen daher die Überweisung dieses Antrags an den Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort dem Abgeordneten Teuber für die Fraktion der SPD.

**Abg. Sven Teuber, SPD:**

Sehr geehrter Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, auch für die lieben Koalitionspartner mit sprechen zu dürfen und deutlich zu machen, dass die Vorstellungen in dem vorliegenden Antrag nicht mit den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Ampelkoalition einhergehen und wir deswegen den Antrag ablehnen werden.

Warum? – Weil das gar keine Förderung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder für Langzeitarbeitslose ist, sondern eigentlich eine Förderung dafür, dass Unternehmen ihre zuvor Langzeitarbeitslosen schnell wieder loswerden können; denn wenn man Kündigungen und Ausfallzeiten quasi noch unterstützt in der Zeit, in der keine Arbeitsleistung erbracht wird, trägt das nicht dazu bei, dass man schaut, wie man weiterhin Beschäftigung ermöglicht.

Unser Ansinnen ist, dass wir qualifizieren. Deswegen das Teilhabechancengesetz im Bund oder auch vor allem das Bedarfsgemeinschaftscoaching, das aus Rheinland-Pfalz bundesweit zum Vorbild geworden und aus der Westpfalzinitiative nach Berlin in die Gesetzgebung gekommen ist. Wir sehen, dass Coaching und Begleitung von Langzeitarbeitslosen im ganzheitlichen Ansatz für alle Familienangehörigen der richtige Ansatz ist und nachhaltige sowie gute Arbeit schafft.

In diesem Sinn wollen wir Menschen qualifizieren, wertschätzen und zu unserem – wie wir heute lesen konnten: sehr florierenden – Arbeitsmarkt beitragen; die Arbeitslosenquote ist nochmals weiter gesunken, auf 4,4 % im ganzen Land.

Wir haben also eine gute Arbeitssituation, aber wir investieren weiter in Coaching, in Maßnahmen zur Qualifizierung, und – ein ganz wichtiger Punkt zum Abschluss – wir investieren als Land auch dahin gehend, dass wir Ausbildungsabbrüche vermeiden wollen, weil wir jungen Menschen frühzeitig die Chance vermitteln wollen, dass sie tatsächlich bei ihrer Ausbildung bleiben oder einen anderen Ausbildungsweg finden. Indem wir gute Arbeitskräfte im Land halten, stärken wir das Handwerk und die Unternehmen.

Aus diesem Grund sehen wir eine gute, erfolgreiche Ar-

beitsmarktpolitik im Land und danken der Landesregierung dafür. Das ist der richtige Weg. Ihren Antrag müssen wir deswegen aus Überzeugung ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Michael Frisch, AfD: Nur  
Textbausteine!)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Zu den Ausführungen des Abgeordneten Teuber gibt es eine Kurzintervention des Abgeordneten Dr. Böhme. – Herr Dr. Böhme, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

Herr Teuber, das war wieder einmal ein Glanzstück, wie man am Thema vorbeireden kann – das muss man ganz ehrlich sagen –,

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

weil das Bedarfsgemeinschaftscoaching mit unserem Ansatz überhaupt nichts zu tun hat. Damit werden Menschen erst einmal fit gemacht, um überhaupt in einen Job eintreten zu können.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Das ist die  
Grundlage, um einen Job zu erhalten, Herr  
Böhme!)

Uns ging es darum, dass Menschen, die ohnehin schon fit sind, dann auch einen Job bekommen.

Aber gut, ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe nichts anderes erwartet. Und wenn Sie von Ausbildung reden, muss ich sagen, dass Sie unseren Antrag zu einem Modellprojekt zur Ausbildung genauso abgelehnt haben. Dann kann ich mich am Ende nur noch für die Wahlkampfhilfe bedanken, die Sie uns geben; denn wir haben die Argumente, und Sie blockieren, und das wird der Bürger merken.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –  
Zuruf der Abg. Dr. Tanja Machalet, SPD)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort dem Abgeordneten Kessel für die Fraktion der CDU.

**Abg. Adolf Kessel, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das zum 1. Januar 2019 eingeführte Teilhabechancengesetz soll eine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt bauen und somit Menschen wieder eine soziale Teilhabe ermöglichen. Dazu stehen in Jobcentern nun die neuen Regelinstrumente „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ sowie „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ zur Verfügung, mit denen

Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber gefördert werden können.

Fördervoraussetzungen sind sechs Jahre Leistungsbezug innerhalb von sieben Jahren – das ist in § 16 i SGB II verortet – bzw. zwei Jahre Arbeitslosigkeit nach § 16 e SGB II. Die Förderung unterscheidet sich von bisherigen Regulierungsinstrumenten und Programmen durch die Dauer von bis zu fünf Jahren, die Höhe von bis zu 100 % sowie die Einbeziehung aller Arbeitgeber unabhängig von ihrer Rechtsform, Art, Branche und der Region. Neu ist auch die Finanzierung eines Coachings, mit dessen Hilfe die Arbeitsverhältnisse unterstützt und stabilisiert werden sollen.

Das Teilhabechancengesetz enthält die richtigen Ansätze, um Langzeitarbeitslosen den Weg in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Der AfD-Antrag hingegen ist unklar formuliert, in sich widersprüchlich und enthält eine Reihe von unzutreffenden Annahmen. Die Behauptung der Antragsteller, wonach die Anspruchsvoraussetzungen für eine Förderung nach dem Teilhabechancengesetz eng gesteckt seien, entspricht nicht der Realität. So ist der Leistungsbezug nicht allein auf das Arbeitslosengeld II, wie in Ihrem Antrag dargestellt, beschränkt, sondern findet auch bei Leistungen für die sogenannten Aufstocker und für Zeiten ohne Einkommen Anwendung.

Der Antrag hebt zudem die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Leiharbeitsbranche bei der Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt besonders hervor. Er bezieht sich insoweit auf Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Diese Bezugnahme unterschlägt, dass das IAB auch festgestellt hat, sogenannte Klebeeffekte treten ganz überwiegend nur bei qualifizierten Leiharbeitern ein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Sven Teuber, SPD)

In Bezug auf die hier betroffene Zielgruppe der gering qualifizierten Leiharbeiter sagt das IAB schlussfolgernd Folgendes: „Somit zeigen die deskriptiven Auswertungen, dass für ehemals Arbeitslose mittels Leiharbeit keine breite Brücke, sondern wohl eher ein schmaler Steg aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung außerhalb der Branche führt.“

Die Forderung, Fehlzeiten im Betrieb wegen Arbeitsunfähigkeit durch eine Ausfallbürgschaft des Landes mit der Übernahme der Lohnkosten zu kompensieren, läuft ins Leere, da die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bereits in § 3 Entgeltfortzahlungsgesetz geregelt ist. Auch im Fall einer Kur, im Gesetz „Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation“ genannt, besteht ein Entgeltfortzahlungsanspruch nach § 9.

Mit dem Qualifizierungschancengesetz vom 18. Dezember 2018 haben wir ein Förderinstrument, das den Beschäftigten die Möglichkeit eröffnet, durch Fortbildung und Weiterqualifizierung ihren Arbeitsplatz im bestehenden Beschäftigungsverhältnis zu sichern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der AfD, Ihr Antrag besteht fast ausschließlich aus Forderungen, die bereits

durch bestehende Gesetze wie das Teilhabechancengesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz und das Qualifizierungschancengesetz geregelt sind, ganz abgesehen davon, dass Sie mit Ihrem Modellprojekt ein Bürokratiemonster schaffen, das vor allem die Arbeitgeberseite unnötig belastet und Landesgelder unnötig blockieren würde. Aus besagten Gründen sehen wir keinen Bedarf für ein Modellprojekt „Eingliederungsbrücke“ und lehnen somit Ihren Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und des Abg. Sven Teuber, SPD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für die Landesregierung hat nun Staatsministerin Bätzing-Lichtenthäler das Wort.

#### Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrem Antrag fordert die Fraktion der AfD die Landesregierung auf, ein Modellprojekt „Eingliederungsbrücke“ zu initiieren. Ich habe Ihren Antrag folgendermaßen verstanden: Sie wollen gering qualifizierten Menschen zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt verhelfen und Beschäftigungsverhältnisse mit einem Bruttoentgelt von höchstens 3.000 Euro bei einer Vollzeitbeschäftigung fördern.

Das klingt – noch, bis dahin – nachvollziehbar. Aber ich frage mich: Wie wollen Sie das tun? Sie wollen nämlich nicht den Arbeitsplatz selbst fördern. Nein, gefördert werden soll eine Ausfallbürgschaft. Klartext: Die Landesregierung soll in Unternehmen die anfallenden Kosten für Zeiten erstatten, in denen Beschäftigte keine Arbeitsleistung erbracht haben. An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, stimme ich Ihnen ausdrücklich nicht zu.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich kann nämlich überhaupt nicht erkennen, welche Verbesserungen dieser Vorschlag den Menschen bringen soll. Im Gegenteil, ein solcher Vorschlag könnte den Beschäftigten sogar schaden. So, wie ich Ihren Ansatz verstanden habe, unterstützt dieser nämlich nur einseitig die Arbeitgeberseite,

(Abg. Sven Teuber, SPD: Genau!)

indem das Land die Kosten für ausgefallene Zeiten und sogar für Freistellungszeiten bis zum Ende der Kündigungsfrist finanziert.

Meine Damen und Herren, das ist nicht meine Vorstellung von guter arbeitsmarktpolitik.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir investieren lieber in Arbeitsplätze statt in Ausfallzeiten. Genau deshalb setzt hier auch das neue Teilhabechancengesetz an. Dieses finanziert nämlich Beschäftigung, und

keine Ausfallzeiten. Durch ein beschäftigungsbegleitendes Coaching während der gesamten Förderdauer sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und arbeitslose Menschen während der Beschäftigung qualifiziert werden.

Die Förderung über das Teilhabechancengesetz unterscheidet sich auch von den bisherigen Regelinstrumenten und Programmen durch die Dauer und vor allen Dingen die Höhe sowie durch die Einbeziehung aller Arbeitgeber, unabhängig von ihrer Art, Rechtsform, Branche und Region. Im neuen Teilhabechancengesetz sind auch die harten Förderkriterien wie Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität entfallen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Schritt, den die Landesregierung schon seit langen Jahren eingefordert hat.

Von daher: Dem Antrag der Fraktion der AfD zur Initiierung eines Modellprojekts „Eingliederungsbrücke“ muss ich als Arbeits- und Sozialministerin eine klare Absage erteilen, weil die Landesregierung nicht als Bürge für Ausfallzeiten herhalten kann. Mir geht es um echte und nachhaltige Chancen für arbeitslose Menschen, und ich bin davon überzeugt, dass die neuen Regelinstrumente nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, das Bedarfsgemeinschaftscoaching, unser Förderansatz „Perspektiven eröffnen“ und unsere Arbeitsmarktpolitik dazu die besten Chancen bieten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Zu den Ausführungen der Frau Staatsministerin gibt es eine Kurzintervention des Abgeordneten Dr. Böhme. – Bitte schön.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Das Fleißkärtchen könnte jetzt unterschrieben werden! –

Abg. Uwe Junge, AfD: Herr Teuber, wie haben Sie sich eigentlich nach vorne gearbeitet? Sie sitzen doch sonst immer hinten! –

Abg. Sven Teuber, SPD: Das geht ruck, zuck!)

#### **Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

Sehr verehrte Frau Ministerin! Es ist mir klar, dass Sie das Gesetz Ihrer Partei verteidigen und es für ausreichend halten. Alles andere wäre ein Widerspruch zu Ihrem eigenen Agieren.

Aber eines verstehe ich jetzt wirklich nicht: Ob ich nun dem Arbeitgeber von vornherein verspreche, sozusagen die Lohnkosten pauschal zu übernehmen,

(Abg. Sven Teuber, SPD: Kündigungen zu unterstützen!)

oder ihm ein Angebot mache und sage, wenn es zu Unstimmigkeiten kommt und er Ausfallzeiten hat, gebe ich

ihm das Geld, was ist denn da der Unterschied? Es fließt Geld an den Arbeitgeber. Was Sie hier an angeblichen Unterschieden konstruiert haben, kann ich nicht erkennen.

(Beifall der AfD –  
Zuruf des Abg. Sven Teuber, SPD)

Im Übrigen haben die Damen und Herren hier im Saal alle nicht erkannt, worum es geht.

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es! –  
Abg. Sven Teuber, SPD: Dann haben Sie es schlecht ausgedrückt! Das liegt wohl am Absender, nicht am Empfänger!)

Es geht darum, dass das Teilhabechancengesetz nur Menschen fördert, die mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit dastehen. Aber das sind nicht alle Arbeitslosen. Wir haben viele Menschen, die wechselnde Beschäftigungen haben, die immer wieder in die Arbeitslosigkeit abrutschen und nur als Leiharbeiter eine Chance finden. Auch dann müssen sie häufiger den Arbeitgeber wechseln.

Genau an diesem Punkt wollten wir die Vielfalt der Förderinstrumente erweitern und das auch testen und wissenschaftlich begleiten und einfach einmal schauen, was passiert, wenn man die Unsicherheit aufseiten des Arbeitgebers reduziert, sein Risiko reduziert – man könnte auch von einer Versicherung reden, wenn man nicht Ausfallbürgschaft sagen will – und den Arbeitgeber motiviert, solche Menschen einzustellen, aber eben unter der Voraussetzung, dass er auch einen Beitrag bringen, eben ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis anbahnen muss.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Eine Absicherung! Das haben die nicht verstanden! Sie haben es nicht kapiert!)

Das, finden wir, ist eine gute Idee. Es würde die Vielfalt der Instrumente erweitern. Aber leider: Die Landesregierung spielt nicht mit.

Danke.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, ist eine Ausschussüberweisung beantragt. Wir stimmen zuerst über die beantragte Ausschussüberweisung ab. Es geht um den Ausschuss für Soziales und Arbeit. Wer dieser Ausschussüberweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Wer ist dagegen? – Danke schön. Damit ist die beantragte Ausschussüberweisung mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag – Drucksache 17/8672 – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die

## Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 79. Sitzung, 29.03.2019

Stimmen der AfD abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende einer dreitägigen Plenarsitzung. Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, dem 15. Mai 2019, ein und wün-

sche Ihnen einen guten Nachhauseweg und ein schönes Wochenende.

Ende der Sitzung: 14:59 Uhr